

05.2012

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	9
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	13
Konsum & Verbraucherschutz	16
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	19
Stadt & Region	21
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	24
Wirtschaft & Ressourcen	27

VERBÄNDE



Thema: Transformationskongress	28
DNR intern	30
Aus den Verbänden	31
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Rezensionen	32
Internet	35
Impressum	35
Termine	35

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	37
Online vernetzen – offline arbeiten	
Schwerpunkt: Netzwerke	

THEMEN DES MONATS

Pestizide

Rien ne va plus

**Französische Bauern brechen das Schweigen über
Gesundheitsschäden durch Pflanzenschutzmittel**

Seite 2

Kroatien

Party, bis der Kommissar kommt?

**Die kroatische Umweltpolitik kurz vor dem EU-Beitritt
des Landes ist widersprüchlich und riskant**

Seite 3

Polen

Zwischen Ökolandbau und Gentechnik

**Europäische Zwänge und hausgemachte Defizite machen
der polnischen Landwirtschaft das Leben schwer**

Seite 5

Kreislaufwirtschaft

Geplanter Verschleiß schadet allen

**BürgerInnen wehren sich gegen das absichtliche
Verkürzen der Lebensdauer von Produkten**

Seite 7

Interview: Transformationskongress

„Die Krise ist viel tiefer“

**Umweltverbände, Gewerkschaften und Kirchen debattieren
über eine breite gesellschaftliche Reformbewegung**

Seite 28

Pestizide

Rien ne va plus

Französische Bauern brechen das Schweigen über Gesundheitsschäden durch Pflanzenschutzmittel

Lebensmittelkandale wegen erhöhter Pestizidwerte in Erdbeeren, Trauben und diversen Gemüsesorten sind inzwischen fester Bestandteil der Medienberichterstattung. Diese Gefahr betrifft hauptsächlich die VerbraucherInnen. Konventionell arbeitende Landwirte haben aber tagtäglich mit Pestiziden zu tun. Gesund ist das nicht. An Parkinson und Krebs erkrankte Bauern in Frankreich kämpfen um Wiedergutmachung – mit Erfolg. ■ VON ANNE STAUFFER, HEAL

Wenn es um Pestizide geht, stehen in Deutschland in der öffentlichen Debatte meist die gefährlich erhöhten Werte in Obst und Gemüse im Vordergrund. Auch das Bienensterben alarmiert inzwischen die Gemüter. Im Nachbarland Frankreich kommt noch ein weiteres Thema hinzu: Hier kämpfen Landwirte für die Anerkennung ihrer Gesundheitsschäden durch Pestizide als Berufskrankheit. Das Schicksal der Bauern beschäftigt mittlerweile auch die französische Politik: Gerade hat der Senat, die zweite Kammer des Parlaments, eine Untersuchungskommission eingesetzt, die vor allem die Gesundheitsschäden bei Landwirten untersuchen

soll.⁽¹⁾ Nach Informationen eines Senators, der Ende März auf einer Konferenz in Paris über den Auftrag der Kommission berichtete, sollen mehrere Hundert Personen befragt und die Ergebnisse im Herbst vorgestellt werden.

Risiken und Nebenwirkungen

Dass Bauern, Landarbeiter und ihre Kinder ein erhöhtes Risiko für Gesundheitsschäden durch langjährige Pestizidexposition haben, hat bereits 2008 eine Studie⁽²⁾ für den Umweltausschuss des Europaparlaments gezeigt. In der Studie sind weitere wissenschaftliche Analysen aufgelistet, die dementsprechende Ergebnisse hatten.

Neu ist in Frankreich, dass sich die betroffenen Bauern selbst zu Wort melden und aktiv werden. Im Netzwerk Association Phyto Victimes haben sich Landwirte und LandarbeiterInnen zusammengeslossen, deren Gesundheit durch Pestizide geschädigt wurde.⁽³⁾ Was als Austausch zwischen Betroffenen begann, hat sich mittlerweile als Verein etabliert, der gezielt die Öffentlichkeit informiert. Bei der diesjährigen nationalen Landwirtschaftsausstellung im Februar in Paris hat eine öffentlichkeitswirksame Demonstration am Ausstellungsstand der Vereinigung der Pestizidproduzenten UIPP bereits das Medieninteresse auf sich gezogen.

Paul François, der Vorsitzende von Phyto Victimes, hat schwerwiegende neurologische Gesundheitsprobleme, die durch die Inhalation des Monsanto-Pestizids Lasso hervorgerufen wurden. Er sagt, dass er sich an die Öffentlichkeit wenden musste, um das Tabu über Gesundheitsschäden durch Pestizide zu brechen.

Der Verein Phyto Victimes hat drei Ziele: erstens Bauern zu ermutigen, über ihre Gesundheitsprobleme durch Pestizide zu sprechen. Zweitens sich zusammenzuschließen, um sich gegenseitig zu unterstützen und um die Anerkennung als Berufskrankheit sowie Kompensation zu erhalten. Drittens sollen die Pestizidproduzenten dazu gebracht werden, endlich Verantwortung zu übernehmen. Mehrere Vereinsmitglieder haben inzwischen erreicht, dass ihre Parkinson- und Krebserkrankung als Berufskrankheit anerkannt wurde.

Juristischer Meilenstein

Ein Meilenstein für die Arbeit des Vereins, aber auch grundsätzlich für den Gesundheitsschutz, war der Sieg von Paul François in einem Gerichtsprozess gegen den Pestizidhersteller Monsanto im Februar. In diesem bisher einmaligen Prozess in Frankreich hatte François wegen seiner pestizidbedingten Erkrankung Monsanto verklagt. Das Gericht in Lyon stellte fest, dass tatsächlich Monsanto für die negativen Gesundheitsauswirkungen verantwortlich zu machen ist.

Der Anwalt von Paul François hatte wesentliche Beweise dafür vorbringen können, dass Monsanto über mögliche Gesundheitsauswirkungen informiert war. Denn in Belgien waren die problematischen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit ein Grund, das Produkt Lasso bereits 1990 vom Markt zu nehmen, während es in Frankreich noch bis 2007 zugelassen war und in dieser Zeit die Gesundheit von Paul François schädigte. Laut dem Anwalt von Paul François ist das Gerichtsurteil „von historischer Bedeutung,

Pestizidfreie Zonen schaffen

Auch Umweltverbände wie die französische Organisation Générations Futures setzen sich für ein Verbot gefährlicher Pestizide ein und unterstützen die Öffentlichkeitskampagne der Landwirte. Die Health and Environment Alliance (HEAL), ein Zusammenschluss von über 70 Umwelt- und Gesundheitsorganisationen mit Sitz in Brüssel, informiert im Internet über Pestizide und ihre Gesundheitsauswirkungen und gibt Anregungen, was auf lokaler Ebene getan werden kann, um Pestizide zu reduzieren. HEAL hofft, dass das Beispiel der Vorreiter aus Frankreich auch in Deutschland und anderen Ländern Bauern ermutigt, das Schweigen zu brechen. Mit der Kampagne „Sick of Pesticides“ will das Netzwerk europaweit pestizidfreie Zonen in öffentlichen Parks, Schulen und Kindergärten schaffen.

da zum ersten Mal ein Pestizidhersteller der chemischen Vergiftung schuldig gesprochen wurde“.⁽⁴⁾

Protest per Videobotschaft und auf der Leinwand

Für weiteren Gesprächsstoff wird zweifelsohne ein Dokumentarfilm sorgen, der am 17. April im französischen Fernsehen Premiere hatte und die Lebens- und Leidensgeschichten mehrerer Bauern erzählt. Auch im Internet sind inzwischen Videozeugnisse betroffener Bauern zu sehen.⁽⁵⁾ „Die langsame Ansammlung von Pesti-

ziden in meinem Körper hat einen Krebs hervorgerufen, durch den ich meine Beine verloren habe“, sagt der 48 Jahre alte Denis im Film. Er arbeitet weiterhin als Bauer – im Rollstuhl – auf seinen 78 Hektar Land und beabsichtigt, seinen Bauernhof auf ökologische Produktion umzustellen.

Zum Thema siehe auch S. 11, 18 und 34 in diesem Heft.

Anmerkungen

- ▶ (1) www.senat.fr/commission/missions/pesticides
- ▶ (2) The Benefits of Strict Cut-off Criteria on Human Health in Relation to the Proposal for a Regulation Concerning Plant Protection Products. www.kurzlink.de/stud-cut-off-criteria

- ▶ (3) www.phyto-victimes.fr
- ▶ (4) www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,815062,00.html
- ▶ (5) www.victimes-pesticides.fr

Die Soziologin und Politologin Anne Stauffer ist stellvertretende Geschäftsführerin der Health and Environment Alliance (HEAL) mit Sitz in Brüssel. Sie koordiniert die HEAL-Kampagne „Sick of Pesticides“.

Kontakt:
Tel. +32 (0)2 / 23436-43,
Fax -49, E-Mail:
anne@env-health.org,
www.env-health.org
www.pesticidescancer.eu



Kroatien

Party, bis der Kommissar kommt?

Die kroatische Umweltpolitik kurz vor dem EU-Beitritt des Landes ist widersprüchlich und riskant

Kroatien soll 2013 EU-Mitglied werden. Die Beitrittsverhandlungen sind schon lange abgeschlossen und haben aus Sicht der Zivilgesellschaft viel Positives bewirkt, auch im Umweltschutz. Jetzt macht eine neue Regierung Hoffnung auf weitere Verbesserungen. Gleichzeitig gibt es aber Anzeichen für einen Rückfall in alte Muster der Intransparenz und Rechtsbeugung, um vor dem EU-Beitritt noch schnell Fakten zu schaffen. ■ VON ENES ČERIMAGIĆ, ZELENA AKCIJA

Es ist erst ein paar Monate her, seit die neue Regierung in Kroatien im Dezember 2011 ihr Amt angetreten hat. Natürlich bleibt es noch zu beobachten, wie die sozialliberale Koalition sich insgesamt zu umweltpolitischen Fragen stellen wird, aber einige Veränderungen und Trends lassen sich schon erkennen.

Kroatien hat die Verhandlungen mit der EU im vergangenen Jahr abgeschlossen, doch bis zum erwarteten Beitritt im Juli 2013 wird die EU-Kommission weiter ein Auge auf das Land werfen, besonders was Kapitel 23 der Beitrittsverhandlungen betrifft – das Kapitel Justiz und Grundrechte. Während die kroatische Regierung die vollständige Erfüllung der Anforderungen von Kapitel 23 meldete, hatte die EU-Kommission, bevor dieses letzte Kapitel geschlossen wurde, eine sogenannte zweite Meinung der zivilgesellschaftlichen Organisationen eingeholt. Die Organisationen schickten eine Liste mit zwölf Forderungen

zurück, die ihrer Meinung nach erfüllt sein müssten, bevor das Kapitel Justiz und Grundrechte abgeschlossen werden könnte. Drei dieser zwölf Forderungen bezogen sich direkt auf die Umwelt: die Änderung des Gesetzes über öffentliche Versammlungen, die Änderung des Gesetzes zum Zugang zu Informationen entsprechend der Aarhus-Konvention und die Rücknahme des Gesetzes über Golfplätze.

Es gab bereits einige Änderungen, um die schlimmsten Probleme mit diesen Gesetzen auszubügeln. Doch diese Änderungen berührten nicht die strukturellen Fragen, die hinter diesen Problemen stehen und sie überhaupt erst aufkommen ließen.

Eine ganz besondere Bedeutung für die kroatische Umweltbewegung hat das Gesetz über öffentliche Versammlungen. Im Jahr 2010 wurden mehrmals friedliche Aktivisten der Organisationen Zelena akcija (Grüne Aktion) und Pravo na Grad (Recht auf Stadt) inhaftiert. Ein Höhepunkt war

der 15. Juli 2010, als 150 Menschen verhaftet wurden, die gegen ein Privatunternehmen demonstrierten, das mit öffentlichen Mitteln öffentlichen Raum zerstören wollte. Das Gesetz über öffentliche Versammlungen ist zwar nun verbessert worden, doch viele Bestimmungen, die sich in der Praxis als sehr restriktiv erwiesen haben, sind in ihrer Formulierung immer noch schwammig und auslegbar.

Neues Transparenzgesetz bleibt schwach

Im selben Jahr ist das Recht auf Zugang zu Informationen in die Verfassung aufgenommen worden. Bei allen Umweltangelegenheiten ist eine zentrale Frage, welches Gewicht öffentliche und welches private Interessen bekommen. Für echte Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung muss der Zugang zu Informationen auch dann gewährleistet sein, wenn private Interessen berührt werden. Allerdings ist

das kroatische Gesetz über den Zugang zu Informationen dafür immer noch ein zu schwaches Instrument, denn es wird schlecht umgesetzt und es fehlt an Kriterien, nach denen öffentliche und private Interessen gegeneinander abgewogen werden sollen. Die Möglichkeiten der Justiz, diesen Mangel durch Festlegung solcher Kriterien zu korrigieren, werden durch deren begrenzte Kapazitäten und den kaum zu bewältigenden Aufgabenstau behindert.

Diese Fehlentwicklungen des politischen Systems müssen dringend öffentlich diskutiert und korrigiert werden. Die neue Regierung hat auch klar ihr Interesse daran gezeigt, hier einen effektiven Wandel durchzusetzen. Einige positive Veränderungen spiegeln dies wider. So sind Umwelt- und Naturschutzangelegenheiten endlich in einem Ministerium zusammengefasst worden. Dieses Ministerium für Umwelt- und Naturschutz hat ein Beratungsgremium mit VertreterInnen unterschiedlicher Interessengruppen einberufen, das Umweltforum. Eine Revision des bestehenden Umweltschutzgesetzes hat begonnen, um unter anderem eine Neudefinition und Stärkung der Umweltverträglichkeitsprüfung zu erreichen. In den Revisionsprozess hat das Ministerium auch die interessierte Öffentlichkeit mit Multi-Stakeholder-Arbeitsgruppen einbezogen.

Beispiellos: Das Gesetz über Golfplätze

Die Begleitumstände eines weiteren Gesetzes deuten jedoch leider auf eine Rückkehr der neuen Regierung zur alten Taktik der subtilen juristischen Manipulation hin. Es handelt sich um das Gesetz über Golfplätze⁽²⁾, bei dem der Missbrauch der räumlichen Ressourcen des Landes durch die alte Regierung am deutlichsten wurde. Glücklicherweise wurde das Gesetz im November 2011 nach massivem Protest der Zivilgesellschaft zurückgezogen, doch viele seiner problematischen Regelungen sind einfach in andere Gesetze übertragen worden. Sie wurden in eine Reihe von Baugesetzen⁽³⁾ aufgenommen, die zusammen mit dem im Mai 2011 neu gefassten Gesetz über landwirtschaftliche Flächen⁽⁴⁾ eine ernste Gefahr für Kroatiens Naturräume

und Kulturlflächen – eine seiner wertvollsten Ressourcen – darstellen. Selbst städtische Flächen sind von diesen Änderungen betroffen. Die neue Regierung hat nichts unternommen, um diese Gesetzesänderungen zurückzunehmen. Sie hat sogar vorgeschlagen, ein anderes Baugesetz zu überarbeiten, das Gesetz über den Umgang mit illegal errichteten Bauten. Dabei sollen Regelungen gekippt werden, die die Küsten und besonders wertvolle Wald- und Ackerflächen schützen. Die wertvollsten Flächen sind also weiter stark unter Druck, statt endlich wieder ihren ursprünglichen Zwecken dienen zu können.

Die Beispiele zeigen, dass die Regierung sich immer noch für umweltschädliche Projekte einsetzt, weil sie unfähig ist, ökonomische und ökologische Interessen angemessen gegeneinander abzuwägen.

Das trifft auch für das geplante Wasserkraftwerk am Fluss Ombla bei Dubrovnik zu. Das Projekt basiert auf einer Umweltverträglichkeitsprüfung von 1999 und wird gegen den Willen der lokalen Bevölkerung und der Umweltorganisationen Zelena akcija und Pravo na Grad durchgedrückt. Sein Hauptnutzen besteht in der Hoffnung der Regierung, dass die 152 Millionen Euro Investitionen der schwächelnden Wirtschaft auf die Beine helfen. Aber die geplante Baustelle liegt in einem für das europäische Natura-2000-Netzwerk vorgeschlagenen Gebiet. Für das Projekt muss ein Unterwassertamm in den Karst hineingebaut werden, was ein hohes Risiko birgt. Das umgebende Areal ist auch noch eines der am meisten erdbebengefährdeten Gebiete des Landes. Zu alledem wurde die Öffentlichkeit aus dem Entscheidungsprozess ausgeschlossen. Eine unabhängige Studie der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die das Projekt finanzieren soll, hat das ganze Unterfangen als ökonomisch nicht überlebensfähig eingestuft. Diese Liste ließe sich fortsetzen.

Ein letztes Beispiel: In einem hochsensiblen Bereich des Naturparks Kopački Rit sollen Deichbauarbeiten an der Donau durchgeführt werden, ohne die ökologischen Gefahren einzukalkulieren. Die Gewässerabschnittsklassifikationen der Internationalen Kommission zum Schutz

der Donau werden dabei völlig ignoriert, um das Projekt rechtfertigen zu können. Die Maßnahmen stehen im Widerspruch zur europäischen Wasserrahmenrichtlinie, und sobald der Beitritt Kroatiens zur EU vollzogen ist, muss wahrscheinlich alles wieder zurückgebaut werden, um den Vorschriften der Richtlinie zu entsprechen.

Druck auf die Regierung weiter nötig

All diese Projekte werden wegen ihrer wirtschaftlichen Vorteile ohne Rücksicht auf mögliche Umweltzerstörungen verfolgt. Transparenz und Rechtsstaatlichkeit werden umgangen, um die Projekte noch vor dem EU-Beitritt Kroatiens durchzuziehen.

Eine bestimmte Art von Druck ist jetzt nötig, um Kroatien davor zu bewahren, alle Fortschritte aus der Phase der EU-Beitrittsverhandlungen wieder rückgängig zu machen – Druck aus der Gemeinschaft der EU-Staaten, damit Kroatien konsequent weiter im Geist der Verhandlungen agiert. Es ist wichtig, auf die Einhaltung von Standards wie Kapitel 23 zu bestehen, damit jeder EU-Staat Umweltbelangen das gebührende Gewicht verleiht und sie genauso achtet wie die Grundrechte.

Anmerkungen

- ▶ (1) Forderungen (engl.): www.kurzlink.de/opinion-chapter23
- ▶ (2) Das Gesetz über Golfplätze war ein so wohl nur in Kroatien existierendes Einzelgesetz. Es sicherte eine bevorzugte Behandlung von Golfplatzbetreibern und erleichterte Dinge wie die Umwandlung von Ackerflächen in Bauland, den Verkauf staatlichen Grundbesitzes ohne Ausschreibung oder die Enteignung privater Eigentümer. Das Motiv dahinter war vermutlich Immobilienspekulation.
- ▶ (3) Gesetz über Raumplanung und Bauwesen und Gesetz zum Umgang mit illegal errichteten Gebäuden.
- ▶ (4) Das Gesetz liberalisierte die Umwandlung in Bauland.

Übersetzung aus dem Englischen: Juliane Grüning

Der Rechtsanwalt Enes Ćerimagić arbeitet für Zelena akcija/Friends of the Earth Croatia, die größte und älteste Umweltorganisation Kroatiens. Seine Schwerpunkte sind Umweltrecht und Partizipation.

Kontakt: Tel. +385 (0)99 / 3149625, E-Mail: enes@zelena-akcija.hr, www.zelena-akcija.hr



Polen

Zwischen Ökolandbau und Gentechnik

Europäische Zwänge und hausgemachte Defizite machen der polnischen Landwirtschaft das Leben schwer

Die EU-Agrarpolitik beschleunigt die Spezialisierung und Modernisierung der Landwirtschaft auch in Polen, mit allen positiven und negativen Folgen. Letztere bekommen besonders die kleinen Betriebe zu spüren. Die Probleme auf dem Land werden aber nicht nur in Brüssel, sondern auch in Warschau verursacht. ■ VON DOROTA METERA, BIOEKSPERT

Die Landwirtschaft in Polen verändert sich rasch. Nach den jüngsten Zahlen von 2010 gibt es noch knapp 1,6 Millionen landwirtschaftliche Betriebe. In den acht Jahren zuvor ist ihre Zahl um 19 Prozent gesunken. Dafür ist die durchschnittliche Fläche eines Betriebes um 13 Prozent gestiegen und liegt nun bei 9,5 Hektar. Besonders stark war mit 23 Prozent der Rückgang bei den kleinsten Höfen bis fünf Hektar Fläche, während die Zahl der größten Betriebe über 50 Hektar um 29 Prozent wuchs. Das Hauptamt für Statistik nennt das „Strukturverbesserung“.

Die Grundsätze der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union gelten seit dem Beitritt 2004 auch in Polen. Sie führten dazu, dass der landwirtschaftliche Betrieb nicht mehr nur als Standort landwirtschaftlicher Produktion betrachtet wird. Man muss nicht mehr pflügen, säen, ernten oder Tiere halten, um die Direktzahlungen der EU zu bekommen, es genügt bereits, die Fläche in „gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand“ zu halten. Sogenannte Mindestnormen für die Ackerflächen erlauben neben dem Anbau von Kulturpflanzen auch die Brache. Mit Überraschung stellten die polnischen Bauern fest, dass es bei der sogenannten Stilllegung ausreicht, einmal im Jahr zu mähen oder zu pflügen oder sogar einmal ein Totalherbizid zu spritzen, um die Direktzahlungen zu erhalten. Natürlich funktioniert das nur, wenn man mehrere Hundert Hektar hat, denn von einem Hektar kann man so nicht leben. Die „Sofabauern“ sind heute auch in Polen bekannt. Das GAP-System erzeugt insbesondere in der Zeit der EU-Finanzkrise gemischte Gefühle. Kein Wunder, dass unter den 20 größten Nutznießern der

EU-Agrarsubventionen auch zwei polnische GmbHs sind, von denen jede im Jahr 2010 über zwei Millionen Euro bekommen hat. Nicht nur in Polen fragen sich die Menschen, warum selbst die ärmsten Steuerzahler immer noch für solche Unternehmer zahlen müssen.

Die EU-Agrarpolitik befindet sich in einem Reformprozess. Eine Reform der GAP ist mehr als nötig, die Diskussion sollte sich dabei aber nicht auf gleiche Zahlungen für alte und neue EU-Länder beschränken. Wir brauchen vielmehr eine Debatte darüber, was wir in Zukunft essen werden und wie unsere Landschaft aussehen wird, und darüber, wie es den Menschen und der Natur um uns herum geht. Die Verbraucher – die zugleich Steuerzahler sind – haben heute ganz andere Erwartungen als vor 50 Jahren, als die Grundlagen der GAP im kriegszerstörten Europa geschaffen wurden.

Ländliche Entwicklung – auf dem Papier?

Nach dem EU-Beitritt Polens hat sich das Bild des polnischen Dorfes sehr verändert. Auf den ersten Blick ist die Armut nicht zu erkennen. Die EU-Anpassungsprogramme bis 2004 und die GAP-Instrumente seit dem Beitritt haben die Spezialisierung und Modernisierung in der Landwirtschaft beschleunigt. Viele Betriebe haben in neue Gebäude investiert, neue Landmaschinen und Traktoren gekauft. Sie haben ihr Produktionsprofil geändert und produzieren nun auf Bestellung.

Aber es gibt auch andere Entwicklungen. Viele Landwirte haben die Produktion begrenzt oder ganz aufgegeben. Die Migration in die Großstädte und ins Ausland hält an, vor allem bei den Jüngeren und

den Frauen. Fast zwei Drittel der Bauern sind älter als 44 Jahre. Die Arbeitsplätze reichen nicht für alle und die ländliche Entwicklung ist nicht das, was sich die jungen Leute wünschen. Viele Maßnahmen wurden mit Verspätung umgesetzt, wie die Finanzierung der Beratung, oder die Fördermittel reichen nicht aus, etwa zur Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe. Zum Teil gibt es unnötige bürokratische Barrieren, wie beim LEADER-Programm zur Entwicklung des ländlichen Raumes oder bei der Qualitätssicherung. Die Landwirte arbeiten auch nicht so gern in „Produzentengruppen“, die sie an die fehlgeschlagene Zwangskollektivierung in den 1950er-Jahren erinnern.

Natürlich können die europäischen Programme zur ländlichen Entwicklung nicht alle Probleme lösen, vor denen Polens ländliche Räume stehen. Es ist schwierig, die Umsetzung der Maßnahmen zu verbessern, wie es Bauern- und Umweltverbände fordern. Dennoch muss sich die EU-Agrarpolitik daran messen lassen, ob die umfangreichen GAP-Mittel tatsächlich die ländliche Entwicklung voranbringen oder nicht.

Keine Strategie gegen Tierfabriken

Es heißt, dass immer mehr polnische Landwirte im Konkurrenzkampf auf dem EU- oder Weltmarkt bestehen können, doch das trifft nur auf die wenigen Betriebe zu, die auf die Herstellung bestimmter Produkte spezialisiert sind, wie etwa Beerenfrüchte, Gemüse oder Baumschulenerzeugnisse. Ein vorderer Platz auf dem Weltmarkt ist aber auch gar nicht notwendig, es reicht ein guter Platz auf dem nationalen oder lokalen Markt, zum Beispiel mit Bioprodukten ▶

oder mit traditionell hergestelltem Käse. Die Erwartungen der Verbraucher steigen, die Essgewohnheiten ändern sich, auch die ökologischen und ethischen Anforderungen an die Tierzucht wachsen. Heute genügt es nicht mehr, einfach nur billig zu verkaufen, denn für die Verbraucher zählt vor allem die Preis-Qualitäts-Relation.

In Polen werben Regierungsprogramme mit der hohen Qualität der heimischen Agrarprodukte. Man schätzt die reiche biologische Vielfalt und die Mosaiklandschaften – tut aber nichts gegen den Trend zu immer mehr Massentieren. „24.000 Schweine jährlich, tausend Sauen im geschlossenen Zyklus“ – damit wirbt einer dieser Industrietierhalter. In jüngster Zeit hatten die Legehennenbetriebe viele Probleme mit der Umsetzung der neuen EU-Bestimmungen, die die Käfighaltung verbieten. Aber alle, die sich dafür interessierten, besonders natürlich die Geflügelproduzenten, wussten ganz genau: Diese Richtlinie entstand vor zehn Jahren unter dem Druck der Verbraucher in den alten EU-Mitgliedstaaten, die mit der Tierquälerei in der Käfighaltung nicht länger einverstanden waren.

Gentechnik in letzter Minute abgewendet

Hinzu kommt: Schweine- und Geflügelhaltung basieren auf Futtermischungen, deren Hauptzutaten genetisch veränderte Soja- und Maispflanzen sind. Zwar zeigen alle Umfragen in der EU, zuletzt das Eurobarometer von 2010, eine große Mehrheit gegen Gentechnik in Lebensmitteln. Doch was der Normalverbraucher nicht weiß: Schinken und Eier auf dem Teller kommen von Tieren, die mit Genfutter gefüttert werden. Dieses „kleine Geheimnis“ wird hoffentlich bald gelüftet, denn das Europäische Parlament hat vorgeschlagen, Produkte von Tieren, die mit Gentechnik gefüttert werden, zu kennzeichnen. Und wieder wird das „böse Brüssel“ die Konkurrenzfähigkeit der polnischen Produzenten bedrohen, aber – zum Glück – wird es die Interessen der Verbraucher schützen und das Recht auf umfassende Information sichern.

Auch in Polen sind die Bürger gegen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen.

Nach dem Saatgutgesetz von 2003 ist das Inverkehrbringen von Gentech-Saatgut nicht erlaubt. Im vergangenen Jahr gab es einen Versuch, das zu ändern. Im Eiltempo wurde das Saatgutgesetz geändert und pasierte am 1. Juli 2011, dem ersten Tag der polnischen EU-Präsidentschaft, den Sejm und vier Wochen später den Senat – die beiden polnischen Parlamentskammern. Gentechnikbefürworter argumentieren gern, dass Polen ja gezwungen sei, europäisches Recht anzuwenden. Aber sie haben übersehen, dass im EU-Parlament schon seit März 2011 der Bericht der französischen Abgeordneten Corinne Lepage diskutiert wurde. Dieser Bericht nennt neben Gesundheits- und Umweltschutz auch noch andere Gründe, die die Mitgliedstaaten bei einem Gentech-Anbauverbot heranziehen können: die Verhinderung von Resistenzen gegenüber Pestiziden, das Invasionspotenzial oder die Persistenz einer Gentech-Sorte, die Erhaltung der lokalen biologischen Vielfalt, sozioökonomische Auswirkungen, den Schutz der Vielfalt der landwirtschaftlichen Produktion und der Reinheit des Saatguts, die Bodennutzung oder die Raumplanung.

Der polnische Senat nahm darauf ebenso wenig Rücksicht wie auf eine Resolution des EU-Parlaments vom Juli mit der Forderung, den Mitgliedstaaten zu erlauben, den Gentechnikanbau zu beschränken oder zu untersagen. Das polnische Parlament zeigte auch kein Interesse an der Tatsache, dass neun Länder in Europa den Anbau verboten haben. Die Regierenden taten so, als wüssten sie nicht, dass Deutschland und Österreich eine Kennzeichnung für gentechnikfreie Produkte eingeführt haben, dass die polnische Bevölkerung die Agrogentechnik ablehnt und dass auch die Medien den warnenden Stimmen aus der Zivilgesellschaft breiten Raum geben. Erst in letzter Minute und kurz vor den Parlamentswahlen legte Staatspräsident Bronisław Komorowski sein Veto ein. Zwar lag der Entwurf des Saatgutgesetzes gleich nach den Wahlen in unveränderter Form wieder auf dem Tisch, aber der Präsident erfüllte seine Zusage und schickte im Januar eine andere Vorlage an das Parlament. Die Debatte geht weiter. Nach der Imkerde-

monstration im März hat der Agrarminister ein Genmaisverbot vorgeschlagen, und nach dem lautstarken Protest der Nichtregierungsorganisationen vor der Kanzlei des Premierministers im April legte der Umweltminister ein Gentechnikgesetz vor.

„Öffentliche Gelder für öffentliche Güter!“

Welche Folgen hat eine solche nationale und europäische Politik? Was wird aus der polnischen Landwirtschaft und den ländlichen Räumen, wenn wechselnde Tendenzen auf dem Weltmarkt, Interessen großer Unternehmen, Lebensmittelspekulation und Wetterkatastrophen die Gewinne der Produzenten und die Preise für die Verbraucher unvorhersehbar machen?

Im letzten Herbst haben die polnischen Umweltverbände und zivilgesellschaftlichen Organisationen über die legislativen Vorschläge der EU-Kommission zur GAP nach 2014 debattiert. 27 Organisationen verlangen nun gemeinsam ein „Greening“ der Direktzahlungen, die Unterstützung von aktiven Landwirten, die selbst Lebensmittel produzieren oder aktiv die Natur schützen, die Vereinfachung der Beihilferegeln für die kleinen Betriebe und die Begrenzung der Zahlungen für die größten. Auch gegen das industrielle Agrarmodell und den zerstörerischen Einfluss der GAP auf die Entwicklungsländer setzen sich die Organisationen ein.

Nicht zuletzt hängt es auch von uns selbst ab, wohin die Reise geht. Wir können täglich Einfluss nehmen, indem wir verantwortlich einkaufen. Und wir können an den Debatten zur Zukunft der GAP teilnehmen und immer lauter „öffentliche Gelder für öffentliche Güter“ fordern.

Die Agrarexpertin Dorota Metera engagiert sich seit 1985 für den Ökolandbau in Polen. Sie leitet die Zertifizierungsstelle Bioekspert in Warschau und vertritt die polnischen Ökolandbauverbände im Vorstand der EU-Gruppe der weltweiten Dachorganisation IFOAM.

Kontakt: Tel./Fax +48 (0)22 /
8251812, E-Mail:
biuro@bioekspert.waw.pl,
www.bioekspert.pl



Kreislaufwirtschaft

Geplanter Verschleiß schadet allen

BürgerInnen wehren sich gegen das absichtliche Verkürzen der Lebensdauer von Produkten

Kaum ist die Garantiezeit vorbei, geht das Produkt kaputt. Oft ist das kein Zufall, sondern Absicht. Die „geplante Obsoleszenz“ wird vom Hersteller eingebaut. Die bürgerschaftliche Initiative „Murks? Nein danke!“ will jetzt einen sektorübergreifenden Dialog über nachhaltige Produktqualität organisieren. ■ VON STEFAN SCHRIDDE

Bauen Hersteller ihre Produkte mit Absicht so, dass sie kurz nach dem Ablauf der Garantiezeit kaputtgehen? „Geplante Obsoleszenz“ ist der Oberbegriff für Strategien, die ein Produkt aus dem Markt nehmen, um ein neues einzuführen. Das bisherige Produkt wird gegenüber dem neuen Angebot künstlich veraltet.

Dabei gibt es mehrere Formen: Bei der funktionellen Obsoleszenz können Produkte wegen neuer Anforderungen nicht weitergenutzt werden. Bei psychischer Obsoleszenz wird durch Beeinflussung von Trends, Popularität und Design das Interesse am bisher genutzten Produkt gesenkt und auf die neue Version gerichtet. Teileverschleiß lässt einzelne Bauteile schneller verschleifen und löst teure Reparaturen aus. Abnutzung macht das Produkt durch Design und Stoffwahl gegenüber neuen Produkten unattraktiver.

Es ist ein offenes Geheimnis in der Wirtschaft, dass Produkte für Endkunden kurzlebiger konstruiert werden. Aus der Qualitätssicherung liegen alle Daten vor, um die Haltbarkeit genau abschätzen zu können. An Hochschulen wird das erforderliche Wissen vermittelt. Die Belege für derart geplanten Verschleiß zeugen von der Vielfalt dieser Produktstrategie:

- ▶ Unterdimensionierte Elektrolytkondensatoren (Elkos) werden in Elektronikprodukten wie Receiver oder Flachbildfernseher eingebaut und brennen kurz nach Ablauf der Garantiezeit durch.
- ▶ Kunststoff statt Metall wird bei schwingenden Kleinbauteilen verwendet. So werden bei LCD-Bildschirmen die Federungen der Schalter in Kunststoff ausgeführt. Metallfederungen würden deutlich länger halten.

- ▶ Fest verbaute Akkus binden die Lebenszeit des Produkts an die des Akkus, die durch häufiges Be- und Entladen erheblich verkürzt wird – ob Handy oder Epiliergerät, E-Book oder Rasierapparat.
- ▶ Produkte werden geklebt statt geschraubt. Zur Reparatur müsste die Hülle zerstört werden. Spezielle Schrauben kommen zum Einsatz, die sich nicht mehr herausschrauben lassen.
- ▶ Durch mangelhaftes Ersatzteilangebot, überteuerte Ersatzteile oder Unterbindung der Ersatzteilversorgung freier Reparaturdienste versuchen Hersteller, die Kunden zum Neukauf zu bewegen. Produkte werden so hergestellt, dass zur Reparatur Spezialgeräte erforderlich sind, die sich Reparaturdienste nicht leisten können. Mittlerweile ist diese Dienstleistungsbranche, die für regionale Wertschöpfung steht, bedroht.
- ▶ Antifeatures: Speziell programmierte Chips sorgen für schnelleres Entladen des Akkus, wenn nicht der teure Herstellerakku verwendet wird. Funktionen werden vom Kunden bezahlt, aber erst nach Erwerb eines Upgrades freigeschaltet.
- ▶ Gebrauchsartikel werden als Verbrauchsartikel konzipiert: rascher Verschleiß von Schuhsohlen, vorzeitig reißende Nähte in Textilprodukten.

Angesichts dieser Beispiele fällt es schwer, noch an der Nachweisbarkeit der geplanten Obsoleszenz zu zweifeln. Doch Management ist Planung von Prozessen. Es darf also von der sorgfältigen Planung der Obsoleszenz ausgegangen werden.

Unternehmen erklären dieses Vorgehen oft mit der fehlenden Bereitschaft der Kunden, für bessere Qualität mehr zu bezahlen. Kostendruck und Wettbewerb sollen

begründen, dass jeder Cent eingespart werden müsse. Doch meist liegen die Kosten für bessere Bauteile im Centbereich oder sogar darunter. Länger haltbare Produkte ließen sich ohne Verteuerung realisieren. Auch teure Markenprodukte weisen geplante Obsoleszenz auf.

Worin liegt dann die Motivation der Hersteller? Ökonomisches Handeln ist heute durch die Beschleunigung aller Prozesse geprägt. Immer schneller werden Produkte auf den Markt geworfen, immer schneller sollen sich die Entwicklungskosten amortisieren. Managemententscheidungen sind geprägt durch Globalisierung, Wettbewerbsorientierung, Markenpolitik, Kostensenkung, Risikominimierung und Erfolgsdruck. Bei einer aktuellen Umfrage wurden als Hauptgründe dafür Gier und Arglist der Unternehmen genannt.

Weitsichtige Unternehmer erkennen darin die starke Gefährdung ihrer unternehmerischen Reputation und Existenz. Sie fördern nachhaltige Qualität in sozialer Verantwortung und kooperatives Leadership, um ihr Unternehmen in dynamischen Märkten nachhaltig neu auszurichten.

Nutzer stellen Forderungen

Eine Gesellschaft, die ihre Ressourcen nicht schont, stellt ihre Zukunft infrage. Ressourceneffizienz rückt immer mehr in den Fokus wirtschaftlichen Handelns. Kreislaufwirtschaftliche Unternehmenskonzepte werden diskutiert. Die Debatte um Ressourcen-, Umwelt- und Klimaschutz bewirkt einen Bewusstseinswandel in der Gesellschaft.

Mit neuen Lebensstilen und nachhaltigem Konsum nehmen BürgerInnen auf die Neuausrichtung gesellschaftlicher

Produktionsweise Einfluss. Sie stellen konkrete Anforderungen an nachhaltige Produktqualität:

- ▶ Erfüllt das Produkt seinen Zweck dauerhaft?
- ▶ Können Schäden am Produkt kosten- und materialeffizient behoben werden?
- ▶ Gibt es für das Produkt einen hochwertigen Kundendienst und eine langfristige Garantie?
- ▶ Liegt eine strikte Modulbauweise mit standardisierten Komponenten vor?

Weitere Forderungen sind die Verwendung ökologisch sinnvoller Materialien, die Achtung der Menschenrechte in der Lieferkette, ethisches Management und ein hoher Anteil regionaler Wertschöpfungskreisläufe.

Die Gesellschaft entwickelt bereits Auswege aus einer Wirtschaft mit Obsoleszenzstrategien. Es gibt eine Kultur der Entschleunigung, der Wiederverwertung, des Wiederverkaufs, der kollektiven Nutzung, der regionalen Autarkie und der Kreislaufwirtschaft. Hersteller sind gut beraten, ihre Strategien zu überprüfen. Kurzlebigkeit beschädigt die Markenidentität und wirkt letztlich existenzgefährdend. Nachhaltige ethische Produktverantwortung wird zum strategischen Wettbewerbsvorteil. Erste Hersteller haben das erkannt und schwenken um.

BürgerInnen sind Kreislaufpartner

In einer zukunftsorientierten Wirtschaft zirkulieren die Stoffströme vom Hersteller zu den Bürgern als Nutzer und Prosumenten. Nach langer Nutzung, oft mit Reparatur und Wiederverkauf, gehen die Produkte an Entsorger und Sortierer. Diese zerlegen sie in Wertstoffe und geben diese an Verwerter weiter. Nach Up- oder Downcycling oder in sogenannten Cradle-to-Cradle-Konzepten stellen die Verwerter den Herstellern aufbereitete Stoffe zur Verfügung. Diesen Wertstoffkreislauf verlassen Reststoffe optimal nur als Humus oder als Energielieferant. Aus Verbrauchern werden aktive Kreislaufpartner, die partizipativ eingebunden sind.

Dazu müssen Hersteller und Gesellschaft ihren Beitrag leisten. Wir brauchen

mehr Öffentlichkeit, mediale Aufklärung und regionale Debatten über langlebige Nutzung. Die werbende Wirtschaft wird das nicht übernehmen. Politik, Verbände und Bürgerschaft sind gefordert. Umweltschutz und Verbraucherschutz sind zwei Sichtweisen mit derselben Ausrichtung auf einen gemeinwohlorientierten Wohlstand und ethisch basierten Lebensstil.

Langlebigkeit von Produkten setzt Kaufkraft frei, die in gesättigten Märkten einen starken Impuls darstellt und nachhaltig orientierte Konsumententscheidungen in regionaler Wertschöpfung fördert: Bürgerenergieprojekte, Reparaturdienste, Ernährung. Es käme zu einer positiven Verlagerung von Kaufentscheidungen. Neue Arbeitsplätze in regionalen und nachhaltigen Märkten werden möglich. Lebensstile eines „Weniger ist mehr“ sind ebenso darstellbar.

Um die Hersteller stärker auf ressourcenschonende Produktion zu verpflichten, wird oft das Modell „Miete statt Eigentum“ vorgeschlagen: Das Produkt wird dem Kunden nur zur Nutzung per Miete überlassen, danach nimmt der Hersteller es zurück. Die Hersteller sollen so motiviert werden, wegen der besseren Verwertbarkeit der rücklaufenden Produkte ressourcenorientierter zu produzieren, um so die eigene Wertschöpfung zu erhöhen. Die Überlassung von Gütern zur Nutzung ohne Eigentum gibt den Herstellern jedoch alle Eigentumsrechte – die sie nutzen werden, um in der Nutzungsphase weitere Einkommen abzuschöpfen, etwa durch Vorgabe von Wartungspflichten. Eine heterogene Gesellschaft braucht vielfältigere Konzepte zur Produktüberlassung.

Die Bürgerschaft organisiert sich

Seit einigen Wochen setzt sich die Initiative „Murks? Nein danke!“, eine schnell wachsende bürgerschaftliche Bewegung, für nachhaltige Produktqualität ein: für optimale Nutzbarkeit, einfache Reparierbarkeit, freie Ersatzteilversorgung, regionale Servicedienste, längere Garanzzeiten, Ressourceneffizienz und systemische Kreislaufwirtschaft. Petitionen und Fachgespräche zielen auf gesetzliche Anpassungen im Gewährleistungsrecht,

Handelsrecht, Zivilrecht und Strafrecht, bei den Kennzeichnungspflichten und bei Verordnungen auf nationaler und europäischer Ebene. Eine breite Debatte über geplante Obsoleszenz ist angestoßen worden, auch in Medien und Internetforen ist das Thema jetzt auf der Agenda. Die Gründung eines gemeinnützigen Vereins ist in Vorbereitung.

„Murks? Nein danke!“ baut zurzeit ein Communityportal auf, um aufzuklären und geplante Obsoleszenz sichtbar zu machen. Auch über positive Beispiele wird informiert: Mitmachinitiativen, Hersteller und Händler ohne Murks, Initiativen von Unternehmen, Produktempfehlungen von BürgerInnen. Reparaturanleitungen werden kostenfrei von Experten online gestellt. In offenen Werkstätten und Repair-Cafés trifft man sich, um einander bei der Reparatur zu helfen. Auf dem Blog melden BürgerInnen schon jetzt Murks, bei dem sie geplante Obsoleszenz vermuten. Bald soll ein „Murksbarometer“ Hersteller nennen, die mit einem kurzlebigen Qualitätsverständnis Produkte in den Markt bringen.

Im Dialog mit Herstellern und Hochschulen soll ein Wandel in Ausbildung und Produktentwicklung in Gang kommen. Workshops und Seminare sollen ein besseres Verständnis für ganzheitliche Qualitätskonzepte aufbauen helfen. Qualitätszertifizierer werden aufgefordert, ihre Vergabekriterien zu überprüfen und anzupassen.

Auch Naturschutz- und Verbraucherorganisationen werden als Partner angesprochen und eingeladen, die Ziele und Projekte von „Murks? Nein danke!“ zu unterstützen. Es geht um nichts weniger als eine konzertierte Aktion für die Neuausrichtung gesellschaftlicher Prozesse.

Der Betriebswirt Stefan Schridde ist Geschäftsführer der ARGE REGIO Stadt- und Regionalentwicklung GmbH in Berlin und Initiator von „Murks? Nein danke!“.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 25580321,
E-Mail:
schridde@nimmpm.de,
www.murks-nein-danke.de



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Bioabfälle**Kaskadennutzung bringt's**

■ In einem für das baden-württembergische Umweltministerium erarbeiteten Leitfaden empfiehlt das Öko-Institut eine stufenweise Kaskadennutzung von organischen Reststoffen. Erst sollen die getrennt gesammelten Bio- und Grünabfälle zur Erzeugung von Bioenergie genutzt werden, danach soll alles, was übrig bleibt, kompostiert werden. [jg]

- www.kurzlink.de/optimierung-gruenabf (PDF, 116 S., 5,4 MB)

Abfallstatistik**Mehr Rauch, wenig Kompost**

■ 2010 wurde ein Viertel des Mülls in der EU recycelt, 22 Prozent verbrannt, 38 Prozent deponiert und 15 Prozent kompostiert. Diese Zahlen veröffentlichte das Europäische Amt für Statistik (Eurostat). Pro Kopf fielen EU-weit 502 Kilogramm kommunaler Abfall an. Deutschland liegt mit 583 Kilogramm über dem Durchschnitt.

Sowohl die Menge als auch die Behandlung der Abfälle variieren in den EU-Mitgliedstaaten erheblich. Zypern führt die Liste des Abfallaufkommens mit 760 Kilogramm pro Person und Jahr an. In Polen, Tschechien, der Slowakei, Rumänien und den baltischen Staaten liegen die Werte dagegen unter 400 Kilogramm.

Auch bei der Abfallbehandlung gibt es große Unterschiede. In Deutschland wurde 2010 kein kommunaler Abfall deponiert, die angefallene Menge von 583 Kilogramm Müll pro Kopf wurde vollständig behandelt: 38 Prozent wurden verbrannt, 45 Prozent recycelt und 17 Prozent kompostiert.

Deutschland führt laut Statistik die Recycling-Rangliste an. Die höchste Kompostierungsrate bei kommunalen Abfällen hat Österreich mit 40 Prozent, gefolgt von den Niederlanden und Belgien mit 28 und

22 Prozent. In Dänemark und Schweden wurde der meiste Abfall verbrannt, nämlich 54 und 49 Prozent. In Bulgarien wurde dagegen der gesamte Müll deponiert. [jg]

- Zusammenfassung von Eurostat: www.europa.eu/rapid (Reference: STAT/12/48)

Abfallpolitik**Bald Rücknahmepflicht für Energiesparlampen?**

■ Händler sollten in Zukunft kostenlos alte Energiesparlampen zurücknehmen und fachgerecht entsorgen. Das forderte die SPD-Bundestagsfraktion Ende März in einem Antrag. Die Sozialdemokraten appellierten an die Regierung, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Einzelhandel verpflichtet, die gebrauchten Lampen zurückzunehmen. Darüber hinaus müsse es eine Informationspflicht für Produzenten geben. Außerdem müsse eine Untersuchung über Gesundheitsgefahren für ArbeiterInnen in der Recyclingindustrie durchgeführt werden. Nach der Debatte wurde der Antrag an die zuständigen Ausschüsse verwiesen. [jg]

- www.kurzlink.de/bt-17172.pdf (S. 20392 ff.)

Schiffsrecycling**Neue Regeln für alte Wracks**

■ Die EU-Kommission hat neue Regeln für den Umgang mit Altschiffen vorgeschlagen. Damit soll sichergestellt werden, dass die entsprechenden Schiffsabwrackanlagen Arbeitsschutzregeln beachten und umweltverträgliche Methoden anwenden.

Alte Schiffe können zahlreiche Schadstoffe enthalten, darunter Asbest, polychlorierte Biphenyle (PCB), Tributylzinn und Ölschlamm. Die Verschrottung von alten europäischen Handels-, Tank- oder Containerschiffen finde häufig in Drittstaaten statt, deren Gesetze weniger streng seien, beklagte die Kommission. Die Folge seien

hohe Unfallraten und Gesundheitsrisiken sowie verheerende Umweltverschmutzung. Die neue Verordnung sehe deshalb eine Besichtigungs-, Zertifizierungs- und Zulassungsregelung für große Handelsschiffe vor, die unter der Flagge eines EU-Staates fahren, und decke den gesamten Lebenszyklus dieser Schiffe vom Bau über den Betrieb bis zum Abwracken ab. Laut Vorschlag dürfen europäische Schiffe nur in Anlagen verschrottet werden, die eine Reihe von Umwelt- und Sicherheitsauflagen erfüllen. Vor dem Transport zur Abwrackwerft müssen nationale Behörden informiert werden. [jg]

- www.europa.eu/rapid (Reference: IP/12/310)

Umwelthormone**Auch geringe Mengen sind gefährlich**

■ Auch kleine Dosen von endokrinen Disruptoren (EDC), hormonähnlich wirkenden Substanzen, können beträchtliche negative Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit haben. Das ergab eine vergleichende Studie der Tufts University im US-Bundesstaat Massachusetts. Neue Methoden der Risikobewertung seien dringend erforderlich, heißt es darin. Drei Jahre lang verglichen die zwölf WissenschaftlerInnen Hunderte Studien über EDC. Gesundheitseffekte auf Menschen und Tiere seien auch bei kleinen Mengen „bemerkenswert häufig“. Beispielstudien zu der umstrittenen Chemikalie Bisphenol A oder dem Pestizid Atrazin wiesen nach, dass „niedrige Dosen nicht ignoriert werden dürfen“. Zu den gesundheitlichen Auswirkungen von EDC gehören Unfruchtbarkeit, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Fettleibigkeit und Krebs.

Auch eine von der britischen Organisation ChemTrust vorgelegte Studie zeigt den Zusammenhang zwischen endokrinen wirksamen Weichmachern, Fettleibigkeit und Diabetes auf. [jg]

- Studie 1: www.kurzlink.de/eh-news-15032012
 ► Studie 2: www.kurzlink.de/bund-zu-chemtrust

Seveso III

Umweltverbände fordern fortschrittliche Neuregelung

■ Die EU-Institutionen wollen die Bestimmungen zur Anlagensicherheit in Europa weiter verwässern. Diesen Vorwurf erhoben Umweltverbände wie das Europäische Umweltbüro (EEB) und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) anlässlich der Neuregelung der Seveso-II-Richtlinie über schwere Unfälle mit gefährlichen Substanzen.

Ende März hatten sich VertreterInnen von EU-Kommission, Ministerrat und Parlament auf einen Kompromiss geeinigt. „Es scheint so, als hätten EU-Kommission, Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament eine Spirale in Gang gesetzt, die das Niveau der Anlagensicherheit immer weiter nach unten verlagert“, sagte Oliver Kalusch vom geschäftsführenden Vorstand des BBU. Vor allem einige Mitgliedstaaten hätten das Ziel, ein möglichst niedriges Niveau festzusetzen. „Gerade von der deutschen Regierung hätten wir mehr erwartet“, so Kalusch.

Auch das Europäische Umweltbüro hatte sich für eine Ausweitung der Richtlinie ausgesprochen, sodass mehr Anlagen unter die Sicherheitsvorschriften fallen als bisher. Ein weiterer Kritikpunkt ist die un-

zureichende Beteiligung der Öffentlichkeit bei wichtigen Entscheidungen.

Sollte der erreichte Kompromiss dazu führen, dass der durch die Aarhus-Konvention geregelte Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten und die Information der Öffentlichkeit unzureichend ist, erwägen Umweltorganisationen, den Aarhus-Beschwerdeausschuss (ACC) anzurufen.

Die formale Abstimmung über den Kompromisstext im EU-Parlament findet voraussichtlich im Juni statt. Die Abstimmung im Ministerrat ist für die zweite Jahreshälfte vorgesehen. Der Zeitpunkt für das mögliche Inkrafttreten der Seveso-III-Richtlinie ist der 1. Juni 2015. [jg]

► www.eu-koordination.de (EU-News – 26.03.2012)

Hintergrundpapier

Das neue EU-Biozidrecht

■ Das Pestizid-Aktions-Netzwerk hat ein Factsheet zur neuen Biozidverordnung vorgelegt. Darin sind Entstehung, Inhalte und weitere Schritte vor dem Inkrafttreten in den EU-Mitgliedstaaten erklärt. Die Umweltschützer kritisierten, dass in der Verordnung ein Minimierungsgebot fehle und sie erhebliche Informationslücken habe. Der endgültige Gesetzestext der

Biozidverordnung wurde in zweiter Lesung am 19. Januar vom EU-Parlament verabschiedet. Voraussichtlich ab September 2013 ersetzt die neue Verordnung die bisher in den Mitgliedstaaten geltende Richtlinie. Bestandteil der neuen Verordnung ist ein Auftrag an die EU-Kommission, bis Dezember 2013 Kriterien für hormonaktive Stoffe vorzuschlagen. [jg]

► www.kurzlink.de/pan-biozide.pdf

Schwermetalle

Akkus ohne Cadmium?

■ Die Verwendung des giftigen Schwermetalls Cadmium in der EU soll reduziert werden. Die Europäische Kommission hat Anfang April einen Richtlinienvorschlag veröffentlicht, der sich auf Akkumulatoren in schnurlosen Elektrowerkzeugen und Batterien bezieht. In den meisten Anwendungen ist Cadmium bereits verboten, Akkuwerkzeuge gehörten aber zu den Ausnahmen. Ende 2015 soll nun damit Schluss sein. Die EU-Kommission hat entsprechende Vorschläge zur Richtlinie 2006/66/EG erarbeitet. Nun müssen EU-Parlament und Ministerrat zustimmen. [jg]

► www.kurzlink.de/2012-0066-cod

UNDISZIPLINIERT!

FORSCHUNG OHNE FACHGRENZEN

GAIA – ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN
FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT

ist eine transdisziplinäre Zeitschrift für Wissenschaftler und
Wissenschaftsinteressierte, die sich mit Hintergründen, Analysen
und Lösungen von Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen befassen.

MIT PEER REVIEW

oekom
verlag

Fordern Sie ein PROBE-ABO an! Infos unter www.oekom.de/gaia

ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT
ECOLOGICAL PERSPECTIVES FOR SCIENCE AND SOCIETY
1/2012

GAIA

20
years of
GAIA

FOCUS: 20 YEARS AFTER THE EARTH SUMMIT
EU POLICY AND ENVIRONMENTAL GOVERNANCE
LAND USE MANAGEMENT

oekom verlag
GAIA ist ein Mitglied der
GAMM (GAIA ASSOCIATION)
GAMM E.V. | 40120

EU-Pestizidrecht

Der Trick mit der Datenlücke

■ Eine neue Studie des Pestizid-Aktionsnetzwerks Europa (PAN Europe) zeigt, wie EU-Mitgliedstaaten und die Generaldirektion Gesundheit der EU-Kommission (DG SANCO) Regeln drehen und wenden, sodass auch verbotene Pflanzenschutzmittel letztlich wieder zugelassen werden können.

Alles beruhe auf einem System der Wiedervorlage (resubmission) bei großen Datenlücken: Solange nicht ausreichend viele Informationen für eine Risikobewertung beziehungsweise die Gefährlichkeit von bestimmten Pestiziden vorliegen, können diese nicht endgültig verboten werden. Laut der Pestizidrichtlinie 91/414 müssen aber alle Toxizitätsstudien durchgeführt werden, Datenlücken sind nicht gestattet. Das Wiedervorlageverfahren betreffe über 80 Wirkstoffe und lähme das Bewertungssystem der DG SANCO und der Lebensmittelbehörde EFSA seit inzwischen drei Jahren, kritisiert PAN.

Die Studie ergab auch, dass kein Mitgliedstaat ein Pestizid allein wegen der Umweltrisiken verbietet. Obwohl in sieben von zehn Fällen hohe Umweltrisiken bestanden, wurden diese Pestizide dennoch genehmigt. PAN Europe erhob massive Vorwürfe: Die dringend notwendige Erneuerung des Pestizidzulassungssystems werde verschleppt, die Zulassungsbehörden vernachlässigten sträflich ihre Aufgabe, Mensch und Umwelt vor Gefahren zu schützen, und statt weniger seien inzwischen mehr Pestizide auf dem Markt. [jg]

- ▶ www.pan-europe.info/News/PR/120403.html
- ▶ PAN Europe, Hans Muilerman, Tel. +316 / 55807255, E-Mail: hans@pan-europe.info

Luftqualität

Ozonwerte weiter zu hoch

■ Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat ihren Jahresbericht über bodennahes Ozon in Europa veröffentlicht. In allen EU-Mitgliedstaaten wurden im letzten Jahr die Grenzwerte überschritten. Die Daten stam-

men von April bis September 2011. Zwar waren laut dem Bericht die Überschreitungen der langfristigen Ziele – ein maximaler Acht-Stunden-Mittelwert von 120 Mikrogramm Ozon pro Kubikmeter Luft ($\mu\text{g}/\text{m}^3$) – nicht mehr so häufig wie in allen anderen Sommern seit 1997, aber Entwarnung kann laut EEA nicht gegeben werden.

Der maximale tägliche Acht-Stunden-Mittelwert der Ozonkonzentration wurde in allen EU-Staaten überschritten; und zwar bei 84 Prozent aller Messstationen und beim größten Teil an mehr als 25 Tagen. Die gesetzlich vorgegebene „Informationsschwelle“ – die Überschreitung eines Ozonwertes von $180 \mu\text{g}/\text{m}^3$ im Einstundenmittelwert – wurde an Messstellen in 16 EU-Mitgliedstaaten und vier beteiligten Drittstaaten überschritten. In Italien, Spanien und Bulgarien gab es sogar Konzentrationen von $300 \mu\text{g}/\text{m}^3$ und mehr. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/eea-ozon-2011

Fluglärm

Nachtflüge am Frankfurter Flughafen verboten

■ Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat Anfang April das Nachtflugverbot für den Frankfurter Flughafen bestätigt. Das Gericht wies die Revision des Landes Hessen gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs Kassel zurück. Dieser hatte zuvor die von der Landesregierung genehmigten 17 Flüge in der Zeit zwischen 23 und 5 Uhr abgelehnt.

Hessen hatte in der Ausbaugenehmigung für das größte deutsche Luftverkehrsdrehkreuz durchschnittlich 17 Ausnahmen vom Nachtflugverbot zwischen 23 und 5 Uhr zugelassen. Fluggesellschaften und der Flughafenbetreiber Fraport halten vor allem wegen des Frachtverkehrs Nachtflüge für notwendig, Anwohner klagen dagegen über die fehlende Nachtruhe.

Das Urteil könnte Signalwirkung haben, denn Fluglärmproteste gibt es auch in München, Berlin und weiteren Städten. Vergangenen Herbst hatte das Bundesver-

waltungsgericht die geplante Nachtflugregelung am künftigen Hauptstadtflughafen Berlin-Brandenburg bestätigt. Dort sind in den sogenannten Randstunden zwischen 22 Uhr und Mitternacht sowie zwischen 5 und 6 Uhr durchschnittlich 77 Starts und Landungen erlaubt, maximal 103. Von 0 bis 5 Uhr gilt ein weitgehendes Nachtflugverbot.

Das überregionale Bündnis der Bürgerinitiativen (BBI) hat sich gegen eine geplante EU-Verordnung zu fluglärmbedingten Betriebsbeschränkungen ausgesprochen. Die bisher geltende EU-Richtlinie sei ausreichend. Die EU-Abgeordnete Sabine Wils (Linke) befürchtet, dass durch die Hintertür einer EU-Verordnung der Erfolg der Bürgerinitiativen ausgehebelt werden könne. Wils und das BBI forderten die Bundesregierung auf, sich im EU-Ministerrat dafür einzusetzen, dass das Nachtflugverbot nicht aufgeweicht wird.

Die Bundesvereinigung gegen Fluglärm (BVF) ruft zu Unterschriftenaktionen gegen Nachtflüge auf. [mbu]

- ▶ Bündnis der Bürgerinitiativen – Kein Flughafen- ausbau (BBI): www.flughafen-bi.de
- ▶ www.sabine-wils.eu
- ▶ BVF: www.fluglaerm.de

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Rio+20-Gipfel

EU-Umweltminister beschließen Position

■ Im März haben die EU-UmweltministerInnen die Position der Europäischen Union für den Rio+20-Nachhaltigkeitsgipfel im Juni in Brasilien (umwelt aktuell 04.2012, S. 4) beschlossen. Darin fordern sie eine „fokussierte und vorausblickende politische Erklärung“, Ziele und Aktionen auf internationaler Ebene und einen fest vereinbarten Zeitrahmen.

Der Ministerrat lobte das vom UN-Sekretariat vorgelegte sogenannte Zero Draft ▶

(umwelt aktuell 03.2012, S. 12) als gute Ausgangsbasis für weitere Diskussionen. Die Bekämpfung der Armut, die Sicherung der Lebensgrundlagen und der Schutz der Umwelt seien eng verbunden mit der Dynamik der Bevölkerungsentwicklung, wobei zum Erreichen einer nachhaltigen Entwicklung auch eine ökonomische Leistungssteigerung und menschenrechtsbasierte politische Entscheidungen gehörten.

Zu Green Economy, dem einen Gipfelschwerpunkt, enthalten die Schlussfolgerungen des Rates mehrere Unterpunkte. Unter anderem geht es um ein „inspirierendes neues globales Wachstumsmodell“, das negative Umwelttrends umkehren und für Entwicklung und neue Arbeitsplätze sorgen soll. Neben der „grünen“ soll nach dem Willen der MinisterInnen auch die „blaue“ Wirtschaft betrachtet werden – die Bewahrung und die nachhaltige Nutzung der Meeresressourcen.

Weitere Forderungen sind eine Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch, die Inwertsetzung von Biodiversität und Ökosystemdienstleistungen sowie deren Integration in politische und ökonomische Prozesse, die Entwicklung eines Zehnjahres-Rahmenprogramms für nachhaltige Produktions- und Konsummuster sowie ein Umdenken bei der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts.

Beim zweiten Hauptthema von Rio+20 spricht sich die EU für eine Reform der UN und eine Aufwertung des Umweltprogramms UNEP mit einer besseren Finanzausstattung aus. Die Arbeit an gemeinsamen Zielen für nachhaltige Entwicklung müsse mit der Revision der UN-Millenniumsziele verbunden werden. Auch Strategien für die Zeit nach 2015 sollen entwickelt werden. Bei der Umsetzung und Finanzierung setzt die EU auf den Ausbau verschiedener staatlicher Quellen, Unternehmensverantwortung und öffentlich-private Partnerschaften. Darüber hinaus bekräftigt die EU ihren Willen, bis 2015 die zugesagte öffentliche Entwicklungshilfe in Höhe der anvisierten Prozentziele zu erreichen. [jg]

► www.kurzlink.de/envi-128881.pdf

Geoengineering

Moratorium auch für CCS?

■ Das Sekretariat der UN-Biodiversitätskonvention will das seit 2010 bestehende De-facto-Moratorium für Geoengineering auch auf die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) ausdehnen. Für ein am 5. Mai zu Ende gehendes Vorbereitungstreffen im kanadischen Montreal legte das Sekretariat einen entsprechenden Resolutionsentwurf vor, wie die Heinrich-Böll-Stiftung berichtete. [mb]

► www.klima-der-gerechtigkeit.de/tag/geo-engineering

Goldman-Umweltpreis

Sechs AktivistInnen geehrt

■ Die diesjährigen internationalen Goldman-Umweltpreise wurden Mitte April an sechs AktivistInnen vergeben, die sich in außergewöhnlichem Maße für die Umwelt engagieren und dadurch Menschen inspirieren und zum Handeln bewegen.

Die Preise gingen an Ikal Angelei aus Kenia, die ihr Leben riskiert, um gegen den Bau des Megastaudamms Gibe 3 in Äthiopien zu demonstrieren, an Ma Jun aus China, der mit Unternehmen seines Landes zusammenarbeitet, um deren Umweltverschmutzung zu minimieren, Jewgenia Tschirikowa aus Russland, die sich gegen den Straßenbau durch den Chimki-Wald einsetzt, und an den katholischen Priester Edwin Gariguez von den Philippinen, der die Bevölkerung zum Umweltschutz motiviert und organisiert. Den Preis erhielten auch Caroline Cannon aus den USA, die die Inuit-Bevölkerung im Kampf gegen den Bau von Offshore-Bohranlagen in der Arktis vertritt, und Sofia Gatica aus Argentinien, die eine Initiative gegen die Nutzung von giftigen Chemikalien in der Landwirtschaft leitet. Die auch als „grüner Nobelpreis“ bekannte Auszeichnung wird seit 1990 von der Goldman-Umweltstiftung in San Francisco verliehen. [tg]

► www.goldmanprize.org

Brasilien I

Wassergroßprojekte am Ende

■ Der „Umweltbischof“ Flavio Cappio aus der Diözese Barra im Nordosten Brasiliens sieht die Wassergroßprojekte seines Landes als gescheitert an. Die Arbeiten am Rio São Francisco seien nach den letzten Wahlen gestoppt worden, sagte Cappio der Agentur Apic. Die Menschen seien zwar erleichtert, da eine Umweltkatastrophe abgewendet sei, aber auch wütend wegen der Geldverschwendung. Als Ursache für das wirtschaftliche Aus vermutet Cappio Korruption auch in Regierungskreisen.

Nach Ansicht Cappios wird auch der Wasserkraftwerksbau Belo Monte am Amazonas-Nebenfluss Xingu bald eingestellt. Im letzten Jahr hatten die Bauarbeiten am drittgrößten Wasserkraftwerk der Welt begonnen. Für Präsidentin Dilma Rousseff und ihre Regierung ist Belo Monte ein Schlüsselprojekt für die Entwicklung Brasiliens. Der Bischof der Diözese Xingu, Erwin Kräutler, wirft jedoch der Regierung Vetternwirtschaft und einseitige ökonomische Interessen vor. Von dem subventionierten Strom würden vor allem private Aluminium- und Stahlwerke profitieren. Damit bleibe Amazonien weiter Rohstofflieferant für reiche Weltregionen. An dem Bau sind auch deutsche und österreichische Unternehmen beteiligt. [tg]

► www.kurzlink.de/cappio-saofrancisco
 ► www.kurzlink.de/kraeutler-belomonte

Brasilien II

Schutz für illegale Abholzer

■ Brasilianische Satellitenaufnahmen zeigten im April einen dreimal so hohen Waldschwund im Amazonasregenwald wie im Vorjahr. Die geplante Reform des Waldgesetzes mit einer Amnestieregelung für bisherige illegale Abholzungen biete einen Anreiz für die vermehrte Rodung, sagte die Biologin Maria Piedade vom Amazonas-Forschungsinstitut. [hv]

► www.kurzlink.de/waldschwund-br-0412

Yasuní-ITT

Ecuador und Deutschland wollen weiter verhandeln

■ Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat einen konkreten Vorschlag der ecuadorianischen Regierung zur deutschen Unterstützung für den Yasuní-Nationalpark abgelehnt. Er sei nicht akzeptabel, sagte Entwicklungsminister Dirk Niebel. Trotzdem wollen beide Seiten weiter verhandeln. Da Niebel es ablehnt, dass Deutschland in den für den Schutz von Natur und Menschen im Nationalpark Yasuní-ITT eingerichteten Fonds einzahlt, soll das Klimaschutzprojekt indirekt über entwicklungspolitische Projekte unterstützt werden. Der ecuadorianische Botschafter Jorge Jurado sagte, der Yasuní-ITT-Treuhandfonds sei zwar mit ecuadorischen Staatsanleihen besichert, jedoch sei Ecuador seit 2007 wirtschaftlich stabil, sodass keine Gefahr für den Treuhandfonds bestehe. [tg]

► www.amerika21.de/meldung/2012/03/50287/ecuador-deutschland-yasuni

KLIMA & ENERGIE

EU-Klimapolitik

Webtool zur Anpassung

■ Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat im März eine Internetplattform für Klimaanpassung (European Climate Adaptation Platform, Climate-Adapt) ins Netz gestellt. Sie soll die politischen Entscheidungsträger aller Ebenen bei der Entwicklung von Klimaanpassungsstrategien und -maßnahmen unterstützen. Das in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern und politischen Entscheidungsträgern aus Europa entwickelte Forum gibt Prognosen für den Klimawandel in Europa, zeigt die heutige und zukünftige Anfälligkeit der Regionen, Länder und Sektoren, informiert über nationale, regionale und transnationale An-

passungsaktivitäten und -strategien und liefert Fallstudien über Anpassungsmaßnahmen und -optionen. Außerdem enthält die Plattform Webtools zur Unterstützung der Anpassungsplanung und Forschungsprojekte, Leitliniendokumente, Berichte, Informationsquellen, Links, Nachrichten und Veranstaltungen.

Climate-Adapt soll die Wissensbasis für die Entwicklung fundierter Anpassungsmaßnahmen schaffen und zur Entwicklung einer umfassenden Anpassungsstrategie für die EU beitragen, die die Kommission Anfang 2013 beschließen will. [bv]

► www.climate-adapt.eea.europa.eu

CO₂-Emissionen

Industrie verringert Ausstoß

■ Ohne Atomstrom kann Deutschland die international vereinbarten Klimaziele nicht erfüllen. Dass dieses Argument der Atomkraftbefürworter unberechtigt ist, zeigt die Anfang April veröffentlichte Klimabilanz des Umweltbundesamtes für 2011: Trotz des Atomausstiegs und steigender Wirtschaftsleistung ging der CO₂-Ausstoß der deutschen Industrie um ein Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurück.

Die rund 1.600 im EU-Emissionshandel (ETS) registrierten deutschen Unternehmen stießen 2011 insgesamt 450 Millionen Tonnen Kohlendioxid aus, blieben damit aber unter den in Deutschland erlaubten 453 Millionen Tonnen. Den größten Beitrag zum Rückgang der CO₂-Emissionen leistete dabei die Energiewirtschaft. Um bis zu sechs Prozent sank hier der Ausstoß des Treibhausgases. Experten führen das vor allem auf das milde Klima und den erfolgreichen Ausbau der erneuerbaren Energien zurück.

EU-weit ging der CO₂-Ausstoß der ETS-Unternehmen sogar um 2,4 Prozent zurück. Grund hierfür ist neben dem warmen Wetter vor allem die anhaltende Wirtschaftskrise. Sowohl die Europäische Union als auch Deutschland befinden sich damit auf einem guten Weg, die im Kyoto-Protokoll vereinbarten Klimaziele zu er-

füllen. Die Bundesrepublik hatte sich verpflichtet, die Treibhausgasemissionen bis Ende 2012 um 21 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken. Nach der neuesten Bilanz liegt die deutsche Reduktion bei 25 Prozent. [dh]

► Nationaler Inventarbericht 2011 (PDF, 770 S., 6,9 MB): www.kurzlink.de/uba-co2-nir2011

CO₂-Speicherung

Protestbewegung gegen CCS-Pflicht

■ EU-Energiekommissar Günther Oettinger denkt über eine Verpflichtung zum Einsatz der CCS-Technologie nach. Das berichtete Mitte März der Finanznachrichtendienst Dow Jones News. Für einen nahezu CO₂-neutralen Energiesektor gehe nach Meinung des Kommissars kein Weg an der Abscheidung und Speicherung von CO₂ vorbei.

Die Verpressung von Kohlendioxid aus Kraftwerksabgasen in unterirdische Gesteinsschichten stößt bei großen Teilen der deutschen Bevölkerung jedoch auf Gegenwehr. Bürgerinitiativen gegen CO₂-Verpressung aus Berlin, Brandenburg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein protestierten Ende März gegen einen möglichen CCS-Zwang und forderten Oettingers Rücktritt wegen Torpedierung der Energiewende. [bv]

► www.kein-co2-endlager-altmark.de

F-Gase

Isolierschaum als Klimakiller

■ Eine von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie hat gezeigt, dass Gebäudeisolierschaum bis 2050 die Hauptquelle für ozonschichtzerstörende Substanzen (ODS) und andere fluorierte Treibhausgase (F-Gase) sein kann. Weitere Problemprodukte seien Kühlmittel und Klimaanlage. Der von SKM Enviros

DIE ZUKUNFT DES WIRTSCHAFTENS HAT BEGONNEN!

NEU!

2012



SCHWERPUNKT

Klimaschutz durch Energetische Gebäudesanierung

WEITERE THEMEN

- Wer bezahlt die Energiewende bei Wohngebäuden?
- Wissenschaftsjahr 2012: Wissen als Basis für Innovation
- Re-Produktionsketten für eine zukunftsfähige Regionalwirtschaft

JETZT PROBEABO ANFORDERN!

kontakt@oekom.de

Leseproben, Informationen zur
Zeitschrift und Abobedingungen:

www.oekologisches-wirtschaften.de

oekom
verlag

erarbeitete Bericht hat 456 politische Maßnahmen zur Reduzierung von ODS und F-Gasen analysiert und die 20 besten detaillierter bewertet. Darüber hinaus wurden Quellen von ODS und F-Gasen ermittelt. Da ODS sowohl die Ozonschicht zerstören als auch einen Beitrag zur Klimaerwärmung leistet und Bauschäume die größte Quelle von ODS sind, wurde bei der Auswertung unter anderem ein Schwerpunkt auf die Kosteneffizienz von Maßnahmen für Bauschaum gelegt. [jg]

- Studie (engl., PDF, 209 S., 7,6 MB):
www.kurzlink.de/ods-fgas-report.pdf

Energieeffizienz

EU-Institutionen im Trilog

■ Das Ringen um die Energieeffizienzrichtlinie geht in die nächste Runde. Seit dem 11. April verhandeln EU-Kommission, Parlament und Ministerrat im sogenannten Trilog über die umstrittene Richtlinie. Während das EU-Parlament mit anspruchsvollen Forderungen in die Verhandlungen gegangen ist, blieben die Vorstellungen des Rates weit hinter den ursprünglichen Vorschlägen der EU-Kommission zurück. Der Berichtstatter des Industrieausschusses Claude Turmes (Grüne/EFA) erwartete dementsprechend schwere Trilog-Gespräche.

Anfang April beschlossen die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten im Ausschuss der Ständigen Vertreter ein vorläufiges Positionspapier der dänischen Ratspräsidentschaft. Darin wurde vor allem Artikel 6 der Richtlinie stark abgeschwächt, der einen Effizienzauftrag an die Energieversorger vergibt. Ohne die Effizienzverpflichtung würde aber nur ein Drittel der von der EU angestrebten 20 Prozent Energieeffizienzsteigerung bis 2020 ermöglicht. Auch bei der Gebäudesanierung fällt der dänische Kompromissvorschlag auf alte Positionen zurück. So soll die jährliche Sanierungsquote von drei Prozent ausschließlich für Regierungsgebäude gelten.

Umweltverbände kritisierten die neuesten Entwicklungen in Brüssel scharf. „Wir sind

alarmiert, denn das neue Ratspapier zeigt, wie schnell die Mitgliedstaaten bereit sind, jede ernsthafte Ambition zur Energieeffizienz fallen zu lassen“, sagte die Präsidentin des Bündnisses European Alliance to Save Energy, Monica Frassoni.

Unterdessen forderte der deutsche Nachhaltigkeitsrat die Bundesregierung auf, sich zu verbindlichen Effizienzzielen zu bekennen. „Für eine erfolgreiche Energiewende brauchen wir dringend konkrete und verbindliche Maßnahmen bei der Energieeffizienz“, mahnte die Ratsvorsitzende Marlehn Thieme. [dh]

- DNR, Energieeffizienzexperte Stefanie Langkamp, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-79, E-Mail: stefanie.langkamp@dnr.de, www.eu-koordination.de

Erneuerbare Energien I

Verbindliche Ziele nach 2020

■ Wie eine Konsultation der EU-Kommission ergab, befürwortet die Mehrheit der Interessenvertreter verbindliche Ziele zum Ausbau erneuerbarer Energien für die Zeit nach 2020. Unterschiedlich wurde die Frage beantwortet, ob die Fördersysteme für erneuerbare Energien europaweit harmonisiert werden sollen. Die EU-Kommission selbst äußerte sich zu einer Harmonisierung zurückhaltend.

Zu den wichtigsten Optionen für eine Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien zählten die 270 Teilnehmer Lastmanagement und den Aufbau intelligenter Netze. So könne eine Steuerung der Nachfrage den Bedarf an teurem Spitzenlaststrom vermeiden. Mit Blick auf die Versorgung mit Wärme und Kälte im Jahr 2020 verfügten besonders Solarthermie, Biomasse und Geothermie über großes Potenzial, ebenso Wärmepumpen, die Speicherung von Wärme und Kälte, Kraft-Wärme-Kopplung und Abfallwärme. In der Forschung sollen vor allem Speichertechnologien, die Nutzung von Wellen und Gezeiten zur Energieerzeugung sowie die Geothermie Vorrang haben. [sl]

- www.kurzlink.de/eu-re-consult12

Erneuerbare Energien II**Bundestag beschließt Solarkürzungen**

■ Am 29. März hat der Bundestag mit den Stimmen von CDU, CSU und FDP das Gesetz zu den Förderkürzungen bei der Solarenergie verabschiedet. Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) und Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) hatten im März nach langem Streit ein Gesetz zur Kürzung der Förderung von Fotovoltaik auf den Weg gebracht (umwelt aktuell, 04.2012, S. 12). Die Minister wollen Einspeisevergütungen für Solarstrom von Dachanlagen um 20 Prozent und von Freiflächenanlagen um 30 Prozent kürzen. Danach soll die Förderung monatlich um weitere 0,15 Cent pro Kilowattstunde zurückgefahren werden. Außerdem soll künftig nur noch ein Teil des produzierten Solarstroms vergütet werden. Nach der Abstimmung im Bundestag trat das Gesetz am 1. April in Kraft.

Umweltverbände und Solarwirtschaft kritisierten den Beschluss scharf und setzen die Hoffnungen auf den Bundesrat, der das Gesetz am 11. Mai noch stoppen kann. Die Ländervertreter können mit einfacher Mehrheit den Vermittlungsausschuss anrufen, eine Zweidrittelmehrheit würde das Gesetz sogar ganz stoppen. Angesichts der Krise der Solarwirtschaft kommt auch von einigen CDU-geführten Bundesländern Kritik. Sie sehen durch die Gesetzesnovelle Produktionsstandorte gefährdet. [dh]

► www.bmu.de/energiewende

Erneuerbare Energien III**Energiewende ist machbar**

■ Deutschland wird seine Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien sicher erreichen. Das ist das Ergebnis einer Studie, die das Bundesumweltministerium Anfang April veröffentlichte. Wissenschaftler kommen darin zu dem Ergebnis, dass regenerative Energien 2050 einen Anteil von bis zu 87 Prozent am deutschen Stromverbrauch

haben werden. Schon 2020 könne der Anteil der Erneuerbaren bei 40 Prozent liegen.

Auch aus ökonomischer Perspektive sei die Energiewende machbar und rentabel. Zwar seien neue Energien derzeit noch teurer als Gas oder Kohle, die Forscher erwarten aber, dass sich dieses Verhältnis spätestens 2030 umkehren wird. Voraussetzung sei allerdings eine konsequente Umsetzung der Ziele für erneuerbare Energien. Bei der Einspeisevergütung fordert die Studie mehr Flexibilität und eine moderatere Senkung der Fördersatzte. [dh]

► Leitstudie: www.kurzlink.de/enwende-2012.pdf (11 MB)

USA**Keine neuen Kohlekraftwerke**

■ Ende März hat die US-amerikanische Umweltagentur EPA neue Standards für Klimaschutz vorgelegt und verbindliche CO₂-Grenzwerte für neue Kraftwerke vorgeschlagen. Mit den neuen Grenzwerten wäre der Neubau konventioneller Kohlekraftwerke praktisch ausgeschlossen. Noch ist offen, ob der Vorschlag in Kraft treten wird. Einige republikanische Senatoren kündigten bereits Widerstand an. [sl]

► www.kurzlink.de/epacoal

Euratom-Vertrag**Überarbeitung gefordert**

■ Am 30. März hat der Bundesrat die Bundesregierung aufgefordert, den Euratom-Vertrag zu überarbeiten. Die Länderkammer hält eine Reform der Europäischen Atomgemeinschaft für notwendig, um den Atomausstieg EU-weit voranzubringen. Die Länder Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg und Rheinland-Pfalz hatten bereits im Mai 2011 den Antrag gestellt, der nun von einer Mehrheit der Ländervertreter abgesegnet wurde. Auch der Europaausschuss des Bundestages

hatte Mitte März über ein Ende von Euratom beraten. Der entsprechende Antrag der Linken stieß aber auf ein geteiltes Echo.

Umweltverbände, Grüne und Linke setzen sich seit Langem für eine Reform des Vertrages ein, der 1957 zur Förderung der Atomenergie abgeschlossen wurde. [dh]

► www.kurzlink.de/bura-euratom0412

Atomenergie**Wer soll das bezahlen?**

■ Mindestens 34 Milliarden Euro kosten der Rückbau von deutschen Atomkraftwerken und die Entsorgung des Atommülls; hinzu kommen Kostenrisiken von rund zehn Milliarden. Das ist das Ergebnis einer Studie, die Greenpeace und das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) Mitte April in Berlin vorlegten.

„Die Bundesregierung muss die Steuerzahler vor einem finanziellen Desaster schützen und die Kostenübernahme der Konzerne gesetzlich regeln“, forderte Greenpeace-Energieexperte Thomas Breuer. Bereits jetzt sind die Betreiber verpflichtet, Rücklagen für den AKW-Rückbau zu bilden. Das soll nach den Vorstellungen von FÖS und Greenpeace auch so bleiben. Zur Finanzierung der Atommüllentsorgung schlagen die Organisationen aber einen öffentlich-rechtlichen Fonds vor, in den die Atomkonzerne einzahlen.

Unterdessen treiben andere EU-Staaten den Ausbau der Kernkraft voran. Großbritannien, Frankreich, Tschechien und Polen verlangten Mitte April, AKWs als emissionsarme Energieanlagen zu fördern. Umweltverbände kritisierten die Forderung scharf. „Ein Jahr nach Fukushima Milliardensubventionen für die Risikotechnologie Atomkraft zu fordern, ist absurd“, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. Der BUND kündigte eine Europäische Bürgerinitiative für einen EU-weiten Atomausstieg an. [dh]

► Studie: www.kurzlink.de/foes-atomaus-pdf

► BUND, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586-40, Fax -440, E-Mail: bund@bund.net, www.bund.net

Atomexporte**Deutschland fördert Atomkraft in aller Welt**

■ Trotz des beschlossenen Atomausstiegs fördert die deutsche Regierung weiter die Ausfuhr von Atomtechnik mit Exportgarantien. Durch eine kleine Anfrage der Grünen im Bundestag kam heraus, dass die Bundesregierung ungeachtet eines fehlerhaften Sicherheitsgutachtens für das Atomkraftwerk Angra 3 in Brasilien die deutsche Hermes-Bürgschaft über 1,3 Millionen Euro vorläufig weiter zugesagt hat. Die Regierung hatte eingeräumt, bei dem Gutachten aktuelle Standards nicht berücksichtigt zu haben, und ein neues in Auftrag gegeben. Eine endgültige Entscheidung über die Bürgschaft soll getroffen werden, sobald das überarbeitete Gutachten vorliegt. Profitieren würde der französische Konzern Areva, der auch einen Standort im deutschen Erlangen hat.

Bekannt wurde auch, dass der Bundesregierung noch weitere Anfragen auf Exportbürgschaften für Nukleartechnik vorliegen. So möchte Areva auch für das geplante größte Atomkraftwerk der Welt im indischen Jaitapur Unterstützung vom deutschen Staat. Trotz starker Widerstände in der Bevölkerung will die indische Regierung den Anteil der Kernenergie innerhalb von acht Jahren verfünffachen. [tg]

► Brasilien: www.taz.de/190429

► Indien: www.telepolis.de/artikel/36/36689/1.html

Bulgarien**Aus für AKW Belene**

■ Die bulgarische Regierung hat den Bau des Atomkraftwerks Belene nach einer Regierungskonferenz Mitte April für aufgegeben erklärt. Was mit den in Auftrag gegebenen und teilweise fertigen Meilern geschehen soll, ist noch nicht klar. Eine Möglichkeit wäre der Ausbau des Atomkraftwerks Kosloduj. Während die konservative Regierung des Landes den Beschluss verteidigte, da dadurch keine völlige Ab-

hängigkeit des bulgarischen Energiemarkts von Russland entstehe, kritisieren die oppositionellen Sozialdemokraten den Verzicht als Absage an die Atomenergie und energiepolitisch falsch. Umweltschützer sehen den Entschluss zwiespältig. Zwar sei die Ablehnung des im Erdbebengebiet liegenden Standorts richtig, doch dürfe der Reaktor nicht einfach dem AKW Kosloduj zugeschlagen werden. Die Kosten für Belene waren auf zuletzt 6,3 Milliarden Euro gestiegen. Trotzdem müssen nun die fertigen Teile bezahlt und der Vertrag mit Russland erfüllt werden. [tg]

► www.kurzlink.de/gp-atom

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Etikettenschwindel**Shampoo in der Sirupflasche**

■ Ob Duschgel, Seife oder Geschirrspülmittel – das Verpackungsdesign zahlreicher Produkte auf dem europäischen Markt ahmt Lebensmittel nach. Von den bunten Farben und Formen fühlen sich Kinder angesprochen. Über die damit verbundenen Vergiftungsgefahren haben die wissenschaftlichen Ausschüsse für Gesundheits- und Verbraucherschutz der EU-Kommission Ende März ein Hintergrundpapier veröffentlicht.

Die Autoren listen auf, welche Produkte vor allem zu Vergiftungsunfällen führen und wer besonders gefährdet ist. Am häufigsten komme es zu Vergiftungsunfällen mit Kosmetika, Körperpflegeprodukten und Reinigungsmitteln. Besonders gefährdet seien Kinder und ältere Menschen, deren Geruchs- und Geschmackssinn oft beeinträchtigt sei. Kinder treibe oft die Neugier, selbst ein Totenkopfsymbol auf der Verpackung könne kleine Kinder eher anlocken als fernhalten. Empfehlungen gaben die Autoren des Papiers nicht ab. [mbu]

► Hintergrundpapier: www.ec.europa.eu/health/opinions/products-resembling-food/de

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarreform**Europäischer Rechnungshof: Vorschläge zu bürokratisch**

■ In einer öffentlichen Stellungnahme hat der Europäische Rechnungshof (EuRH) die Vorschläge der Europäischen Kommission für die EU-Agrarreform ab 2014 kritisiert und Nachbesserungen gefordert. Der Rechnungshof befürchtet einen zu hohen Verwaltungsaufwand für Landwirte. Beispielsweise gebe es für die ländliche Entwicklung sechs Regelungsebenen. Das halten die Prüfer für ineffizient, bürokratisch und verwirrend. Zudem würden konkrete Ziele fehlen.

Die Wirksamkeit der Agrarreform hängt nach Auffassung des Rechnungshofes entscheidend davon ab, wie klar die Kommission ihre Durchführungsverordnungen definiert und wie schnell die Auszahlungsstellen sich auf die neuen Verfahren und Regeln einstellen können. Die EU-Kommission rechnet mit einem Anpassungszeitraum zwischen ein und zwei Jahren. [mbu]

► EuRH: www.kurzlink.de/eurh-gap-kritik.pdf

Saatgut**Immer mehr Patente auf konventionelle Züchtung**

■ Die Agrarindustrie nutzt offenbar systematisch juristische Schlupflöcher aus, um beim Europäischen Patentamt Patente auf Saatgut, Pflanzen und Tiere zu beantragen. Das geht aus einem Bericht hervor, den das Bündnis „Keine Patente auf Saatgut!“ im April veröffentlichte. Darin sind die Patente auf Sonnenblumen, Melonen, Gurken, Reis und Weizen aufgelistet, die das Europäische Patentamt (EPA) in München im vergangenen Jahr erteilt hat. Die aktuelle Patentvergabepraxis macht eine rechtliche

AUFATMEN

taz.
zeo₂
Das Umweltmagazin • Ausgabe 02/12

zeo₂ | Magazin für Umwelt, Politik und Neue Wirtschaft | www.zeozwei.taz.de

**TAUSCHEN
TEILEN
SCHENKEN**

**FÜR EINE NEUE
KULTUR DES
KONSUMS**

ELEKTROMOBILE
LANDKOMMUNE
Vom Lastenrad bis zum LKW

LEICHTMATROSEN
AUF ÖKO-DAMPFER
Piratenpartei und die Umwelt

WENIGER MÄDCHEN
DURCH STRAHLUNG
Ausgerechnet Gorleben

**JETZT NEU
AM KIOSK!**

Das erste Umweltmagazin der taz.

zeo2 erscheint viermal im Jahr.

Ein Jahresabo kostet 22 Euro, eine einzelne Ausgabe am Kiosk 5,50 Euro.

www.zeozwei.taz.de | zeo2abo@taz.de | T (0 30) 2 59 02-200


das Umweltmagazin

Grauzone deutlich: Obwohl die höchste Gerichtsinstanz am Europäischen Patentamt, die Große Beschwerdekammer, 2010 bestätigt hatte, dass die Patentierung konventioneller Züchtung verboten ist, werden solche Patente immer noch vergeben, wie die Autoren herausfanden.

Patente auf Saaten und Pflanzen schaden den Landwirten, die nicht mehr frei über ihr Saatgut verfügen können. Daher müsse die Politik endlich die Notbremse ziehen, appellierte Christoph Then, ein Sprecher von „Keine Patente auf Saatgut!“ an das EU-Parlament und die EU-Kommission. Zudem müsse die Rechtslage geklärt werden. Das Bündnis gegen die Saatgutpatente möchte Patente auf Pflanzen und Tiere, auf Verfahren zu deren Züchtung, auf Züchtungsmaterial, auf die Auswahl von Pflanzen und Tieren für die Züchtung sowie auf Lebensmittel und andere von Pflanzen und Tieren stammende Produkte vollständig verbieten lassen.

Im Februar verabschiedete der Bundestag einen Beschluss gegen die Patentierung von Pflanzen und Tieren aus konventioneller Zucht. Nun seien das Europäische Parlament und die EU-Kommission in der Pflicht, die Patentrichtlinie, der sie 1998 zugestimmt hätten, auch umzusetzen, sagte Then. Die Richtlinie verbietet Patente auf „im Wesentlichen biologische“ Züchtungen von Pflanzen und Tieren. [mbu]

► Bericht: www.kurzlink.de/npos-patente2011.pdf

Ökolandbau

Ausbauziel in weiter Ferne

■ 20 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Deutschland sollten bis 2010 ökologisch bewirtschaftet werden. So steht es in der Nachhaltigkeitsstrategie, die die damalige rot-grüne Bundesregierung vor zehn Jahren beschlossen hatte. Von diesem Ziel sind die deutschen Landwirte aber weit entfernt: Auf lediglich 5,9 Prozent der Agrarfläche wird biologisch angebaut. Das teilte das Bundeslandwirtschaftsministerium Mitte April mit. Demnach beackern rund 22.000 Betriebe mehr als

990.000 Hektar nach den Kriterien des ökologischen Landbaus. Mit knapp elf Prozent Ökoanbaufläche ist Brandenburg Spitzenreiter unter den Ländern, gefolgt vom Saarland und von Hessen mit jeweils etwa zehn Prozent.

Der BUND machte vor allem mangelnde staatliche Unterstützung für die Stagnation verantwortlich. So sei das Bundesprogramm Ökologischer Landbau, das die Umstellung von konventioneller auf ökologische Bewirtschaftung fördern soll, im Lauf der Jahre von 35 auf 16 Millionen Euro zurückgefahren worden. Zudem dürften sich seit 2010 auch Betriebe aus dem Fördertopf bedienen, die nicht konsequent ökologisch wirtschafteten, sondern auch Kunstdünger oder Pestizide einsetzen, kritisierte die BUND-Agrarexpertin Reinhild Benning. [mbu]

► www.bmelv.de/DE/Landwirtschaft/Oekolandbau/oekolandbau_node.html

► BUND, Agrarexpertin Reinhild Benning, Tel. +49 (0)176 / 65098341, E-Mail: reinhild.benning@bund.net, www.bund.net/agrarwende

Insektizide

Zulassung trotz tödlicher Nebenwirkung für Bienen

■ Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hat vorübergehend den Einsatz des Insektizids Santana erlaubt. Damit kann von Mitte März bis Mitte Juli der Drahtwurm im Mais bekämpft werden. Der in dem Pflanzenschutzmittel enthaltene Wirkstoff Clothianidin hat tödliche Folgen für Bienen. Vor vier Jahren hatte das Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen Clothianidin in toten Bienen nachgewiesen. Millionen Tiere seien durch Stäube beim Aussäen des behandelten Saatguts vergiftet worden.

Das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) kritisierte die wiederholte „Zulassung für Notfallsituationen“. Eine solche kann für 120 Tage erteilt werden, wenn die „Gefahr nicht anders abzuwenden ist“. Unter dem Deckmantel der Notfallsituation würden

Jahr für Jahr Ausnahmen für verbotene Pestizide genehmigt, sagte PAN-Geschäftsführerin Carina Weber. Damit erhielten ökonomische Interessen Einzelner Vorrang vor Umwelt- und Naturschutz.

Mit dem Einfluss von Clothianidin und anderen sogenannten Neonicotinoiden auf das Bienensterben soll sich jetzt auch die EU-Kommission befassen. Das will die österreichische Volksanwaltschaft mit einer Beschwerde beim Europäischen Bürgerbeauftragten erreichen. Beide Institutionen agieren als Ombudsstellen. Der EU-Ombudsmann leitete ein Prüfungsverfahren ein. Die EU-Kommission, so die Volksanwaltschaft in ihrer Begründung, habe die umstrittenen Insektizide zugelassen, aber die vorgesehene Möglichkeit einer Überprüfung nicht genutzt, obwohl „neue wissenschaftliche Erkenntnisse Grund zur Annahme geben, dass sie die Zulassungskriterien nicht länger erfüllen“.

Mitte März war in Wien eine mehrjährige staatliche Studie zum Bienensterben vorgelegt worden, in der ein „unbestrittener Zusammenhang“ zwischen Bienensterben und Pestiziden festgestellt wird.

Ende März veröffentlichte auch das Wissenschaftsmagazin Science eine Studie zum Bienensterben. Neben Milben und Parasitenfliegen sind danach gleichfalls vor allem Pestizide für die Dezimierung der Bienen verantwortlich. Die Wissenschaftler aus Frankreich fanden heraus, dass Neonicotinoide die Orientierung der Bienen stören. Sie finden dann nicht mehr zu ihrem Volk zurück. [mbu, mb]

► www.bvl.bund.de

► www.pan-germany.org/deu/~news-1162.html

► www.kurzlink.de/ombudsmann-bienen

► www.kurzlink.de/studie-bienensterben

► www.sciencemag.org/content/335/6076/1555

Gentechnische Verunreinigung

Imker bleiben ohne Schutz

■ Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat entschieden, dass Imker kein Recht auf Schutzmaßnahmen vor Verunreinigungen durch gentechnisch veränderte Or-

ganismen haben. Die Richter bestätigten damit ein Urteil des Verwaltungsgerichts Augsburg von 2008. Danach ist Honig, der Pollen des Genmais MON 810 enthält, zwar nicht verkehrsfähig, daraus folgt aber keine Verpflichtung für das Land Bayern, Maßnahmen wie das Abschneiden der Blütenpollen zu ergreifen.

Gegen das Urteil hatte das klagende Imkerbündnis vor vier Jahren Berufung eingelegt. Daraufhin legte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) einzelne Punkte zur Entscheidung vor. Der EuGH bestätigte im vergangenen September, dass Honig, der mit nicht zugelassenen genmanipulierten Pollen verunreinigt ist, nicht verkehrsfähig ist. Die Forderung nach einem Schutz des Honigs hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof nun zurückgewiesen.

Die klagenden Imker wollen erneut in Berufung gehen. Denn durch das Urteil bleibt es ihnen nun selbst überlassen, wie sie ihre Bienenstöcke vor gentechnischer Verunreinigung schützen. [mbu]

- ▶ Urteil: www.kurzlink.de/genhonigurteil-03-12
- ▶ Imkerbündnis: www.bienen-gentechnik.de/gen

Genpflanzenzulassung

Frankreich und Polen verbieten MON810-Anbau

■ Die französische Regierung hat erneut ein Anbauverbot für den gentechnisch veränderten Mais MON810 erlassen. Nachdem das Verbot 2011 gerichtlich aufgehoben wurde, hatte die Regierung angekündigt, weiter daran festhalten zu wollen. Im Februar forderte sie deshalb die EU-Kommission auf, die Zulassung für MON810 komplett zu stoppen. Grundlage dafür ist ein Gutachten der Europäischen Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA zum Genmais Bt11, in dem Umweltrisiken beschrieben werden. Die Erkenntnisse seien auf MON810 übertragbar, hieß es in Paris.

Gentechnikkritische Verbände befürchten allerdings, dass Gentechnikbauern den Mais bereits vor Inkrafttreten des Verbots

Mitte März ausgesät haben. Laut dem französischen Infoportal Info'OGM legte der Verband der Maisproduzenten beim obersten französischen Verwaltungsgericht Einspruch gegen das Anbauverbot ein.

Auch die polnische Regierung will jetzt den MON810-Anbau verbieten. Dafür hat Landwirtschaftsminister Marek Sawicki im April die Anwendung der Schutzklausel in die Wege geleitet. Das Ministerium in Warschau begründete die Maßnahme mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom September 2011, wonach Honig, der Spuren von MON810-Pollen enthält, in der EU nicht erlaubt ist (siehe vorhergehenden Beitrag). Sawicki zufolge könnten durch den Anbau von MON810 polnische Imker wirtschaftlich geschädigt werden.

Der Informationsdienst Gentechnik führt das Einlenken der polnischen Regierung auch auf den Widerstand von Imkern und Gentechnikgegnern zurück. In den vergangenen Wochen hatte es in Warschau zahlreiche Protestaktionen gegen den Anbau von Genpflanzen gegeben (siehe auch S. 5). [mbu]

- ▶ Frankreich: www.infogm.org/spip.php?article5090
- ▶ Polen: www.thenews.pl/1/12/Artykul/96179
- ▶ Infodienst Gentechnik: www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/25550.html

Welternährung

Bundesregierung will Hunger mit Gentechnik bekämpfen

■ Die Grünen im Bundestag haben die Haltung der Bundesregierung zu Gentechnik und Welternährung kritisiert. Die Regierung habe keine überzeugenden Argumente für die Nutzung der Agrotechnik als Beitrag zur weltweiten Ernährungssicherheit, halte aber weiter daran fest, sagte Gentechnik-Sprecher Harald Ebner. Eigenschaften wie Trockenheits- oder Salzresistenz seien genetisch viel schwieriger herzustellen als die übliche Herbizidtoleranz. Außerdem arbeite die Bundesregierung wissenschaftlich unkorrekt. In ihrer Ant-

wort auf eine Kleine Anfrage hatte sich die Regierung auf Studien berufen, die nach Ansicht der Grünen nur theoretische Simulationen waren. Selbst Leserbriefe von Gentechniklobbyisten seien als wissenschaftliche Studien gewertet worden, kritisierte Ebner. Auch ignoriere die Regierung seit Jahren die negativen Folgen der intensiven Fleischproduktion für die globale Ernährungssicherheit. Das zeige, dass die Umsetzung des Menschenrechts auf angemessene Ernährung für die Bundesregierung keine Priorität habe und ihr die Interessen der Agrochemie und der Fleischbranche wichtiger seien. [tg]

- ▶ www.kurzlink.de/1708819-auswert.pdf

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

EU-Programme

20 Jahre LIFE und Natura 2000

■ Das EU-Förderprogramm LIFE zur Finanzierung von Umweltprojekten begeht in diesem Jahr sein 20. Jubiläum. Seit 1992 wurden mehr als 3.100 Projekte für Naturschutz, Umwelttechnologien und Umweltkommunikation gefördert, davon etwa 300 in Deutschland. Im Laufe des Jahres finden überall in der Europäischen Union Veranstaltungen statt.

Die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie bildet zusammen mit der EU-Vogelschutzrichtlinie und dem Schutzgebietsprogramm Natura 2000 das Fundament für den Schutz der biologischen Vielfalt in Europa. Die Umsetzung des Natura-2000-Netzwerks in Deutschland ist für den NABU besonders wichtig. Deshalb feiert der Umweltverband am 21. Mai das 20-jährige Jubiläum von Natura 2000 und blickt gleichzeitig kritisch in die Zukunft der europäischen Naturschutzpolitik.

Für die Umsetzung vieler Ideen für mehr Naturschutz und Biodiversität, bessere Umweltpolitik, Information und Kommunikation über biologische Vielfalt wird Geld benötigt. Bis zum 26. September ▶

Nachhaltigkeit

A-Z



W wie Wandel

Arbeiten bis ins hohe Alter, höhere Steuern, sinkender Wohlstand – und wer ist schuld? Der demografische Wandel! Diese einfache Gleichung lassen die Autoren nicht gelten: Schrumpfende Einwohnerzahlen und ein steigender Altersdurchschnitt sind längst nicht für alle Probleme verantwortlich, die ihnen zugeschrieben werden.

Eine klare Analyse, die diffuse Prophezeiungen mit Fakten kontert.

D. Bieber (Hrsg.)
Sorgenkind demografischer Wandel?
 Warum die Demografie nicht an allem schuld ist

480 Seiten, 39,90 EUR,
 ISBN 978-3-86581-224-7

Erhältlich bei
www.oekom.de
kontakt@oekom.de


 Die guten Seiten der Zukunft

haben AntragstellerInnen Zeit, Projektvorschläge bei den nationalen Behörden einzureichen, um EU-Fördermittel zu erhalten. Die EU-Kommission wies darauf hin, dass die Anträge elektronisch über ein „eProposal tool“ eingereicht werden müssen. Die EU-Mitgliedstaaten schicken diese dann bis zum 2. Oktober nach Brüssel. Frühestmöglicher Projektstart ist der 1. Juli 2013. [jg, mbu]

- ▶ Ausschreibungsverfahren: www.ec.europa.eu/environment/life/funding/lifeplus2012
- ▶ 20 Jahre LIFE: www.life20.eu/?view=1
- ▶ 20 Jahre Natura 2000: www.kurzlink.de/20-2000

Bodenschutz I

Leitlinien gegen unbegrenzte Versiegelung

Die Europäische Kommission will sich weiter für einen besseren Bodenschutz in der EU einsetzen. Dafür legte die Kommission Mitte April Leitlinien vor, wie die Mitgliedstaaten Flächenversiegelung begrenzen können. Die zuständigen Behörden und die Experten aus Landschaftsplanung und Bodenbewirtschaftung erfahren darin beispielsweise, welche wasserdurchlässigen Materialien anstelle von Zement oder Asphalt verwendet werden können. Hinzu kommen Informationen über intelligente Raumplanung oder die Wiedererschließung von Industriebrachen.

Durch die fortschreitende Urbanisierung werden nach Angaben der Kommission jedes Jahr gut 1.000 Quadratkilometer Fläche verbraucht, mehr als die Fläche Berlins. Ein Großteil dieses Bodens wird versiegelt und ist damit wasserundurchlässig.

Zu Fragen der Bodenversiegelung und Boden sanierung veranstaltet die Kommission am 10. und 11. Mai eine Konferenz in Brüssel. Dort sollen auch die Leitlinien präsentiert werden. [mbu]

- ▶ Leitlinien: www.ec.europa.eu/environment/soil/sealing_guidelines.htm
- ▶ Konferenzprogramm: www.ec.europa.eu/environment/soil/pdf/may2012/programme.pdf

Bodenschutz II

Böden in Teilen der EU stark mit Antibiotika belastet

Eine neue Studie analysiert die Verseuchung der europäischen Böden durch Antibiotika. Diese werden in der Massentierhaltung in großem Umfang eingesetzt und gelangen auf die Felder, wenn die Gülle dort als Dünger ausgebracht wird.

Die Autorinnen der Studie haben die europäischen Flächen in zehn Kilometer lange und breite Zonen eingeteilt und für diese die Verseuchung der Böden errechnet. Der Grad der Verseuchung hängt dabei nicht nur von der Menge der Antibiotika ab, sondern auch von deren Art: Manche sind nur schwer abbaubar und haften länger und stärker als andere an den Böden.

Die Wissenschaftler konzentrierten sich bei der Untersuchung auf zwölf unterschiedliche Antibiotika, die als Futterzusatz für Schweine und Kühe verwendet werden. Das Ergebnis zeigt, dass die landwirtschaftlichen Flächen in Belgien, Irland, Dänemark, Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden am meisten verseucht sind. In Bulgarien, Griechenland und in Schweden ist das Risiko geringer. [UWD]

- ▶ Zusammenfassung der Studienergebnisse: www.kurzlink.de/antibiotic-soils.pdf

Unesco-Biosphärenreservate

Deutsches Komitee berufen

Das deutsche Nationalkomitee für das Unesco-Programm „Der Mensch und die Biosphäre“ (MAB) hat Ende März zum ersten Mal in neuer Besetzung getagt. Ihm gehören 16 Fachleute aus Wissenschaft, Verwaltung und Naturschutzpraxis an. Hauptaufgabe des Gremiums ist es, die Entwicklung der 15 deutschen Unesco-Biosphärenreservate voranzubringen. Das MAB-Programm erforscht seit mehr als 40 Jahren die Auswirkungen menschlicher Tätigkeit auf die Biosphäre. [mbu]

- ▶ www.unesco.de/mab_nationalkomitee.html

Artenschutz

Schmetterlinge zählen

■ Der BUND hat dazu aufgerufen, von April bis Oktober in ganz Deutschland Schmetterlinge zu zählen. Die Aktion soll auf die Bedrohung der beliebten Insekten aufmerksam machen. Beim „Abenteuer Faltertage“ wird mithilfe von Zählbögen nach zehn verbreiteten und einfach zu erkennenden Schmetterlingsarten gesucht. Die gesichteten Exemplare werden dem BUND online oder per Post gemeldet. Aus den Daten will der Umweltverband Rückschlüsse auf die Bestandsentwicklung ziehen. Laut BUND geht es nur einer von fünf heimischen Schmetterlingsarten gut. Die meisten Arten litten vor allem unter dem Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln in der Land- und Forstwirtschaft. [mbu]

► www.bund.net/faltertage

STADT & REGION

Flächenverbrauch I

Städte wachsen weiter

■ Weltweit wird sich die Stadtbevölkerung von derzeit 3,5 Milliarden Menschen bis 2050 auf 6,3 Milliarden erhöhen. Das sagten Experten bei der Konferenz „Planet under Pressure“ Ende März in London voraus. Den Prognosen zufolge wachsen die Städte der Welt in den kommenden 20 Jahren um 1,5 Millionen Quadratkilometer. Das ist eine Fläche so groß wie Deutschland, Frankreich und Spanien zusammen. Die Referentin für Kommunalpolitik und Stadtentwicklung der Heinrich-Böll-Stiftung, Sabine Drewes, forderte eine Begrenzung des Flächenverbrauchs. Dieser sei ein ökologisches Hauptproblem der Städte.

Das bestätigt auch der Fortschrittsbericht 2012 der Bundesregierung. Danach liegt das Ziel der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, bis 2020 nicht mehr als 30 Hektar Siedlungs- und Verkehrsfläche pro Tag neu in Anspruch zu nehmen, in

weiter Ferne. Umweltverbände wie NABU, BUND und DNR halten selbst dieses Ziel für nicht ausreichend und verlangen einen kompletten Stopp des Flächenverbrauchs bis 2020. [mbu]

- www.planetunderpressure2012.net
- Fortschrittsbericht 2012: www.bmu.de/35845
- www.nachhaltigkeits-check.de/stellungna

Flächenverbrauch II

Schweizer gegen Zersiedelung

■ In der Schweiz wird der Bau von Zweitwohnungen künftig auf 20 Prozent pro Gemeinde beschränkt. Eine entsprechende Volksinitiative wurde im März überraschend mit knapper Mehrheit angenommen. Das neue Gesetz soll die Zersiedelung vor allem in den touristisch genutzten Berggebieten stoppen. [hv]

► www.zweitwohnungsinitiative.ch

TIERSCHUTZ & ETHIK

Tiertransporte

Acht Stunden sind genug

■ Das Europäische Parlament hat einer von Grünen, Sozial- und Christdemokraten eingereichten Petition zur Beschränkung der Transportzeiten von Schlachttieren auf acht Stunden zugestimmt. Damit reagierte es im Sinne der über eine Million EuropäerInnen, die die Petition „8hours“ unterschrieben haben. Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, forderte die EU-Kommission auf, die Tiertransportverordnung zu überarbeiten und die maximale Transportdauer von Schlachttiertransporten auf acht Stunden festzulegen. [hv]

► Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -40, www.tierschutzbund.de/kampagne_tierschutztransporte

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Globale Umweltgesetzgebung

Richter gründen Weltkongress

■ Der brasilianische oberste Gerichtshof hat die Gründung eines „Weltkongresses für Justiz, Regierungsführung und Recht für Umweltstabilität“ angekündigt. Als Begründung führen die Richter und Juristen an, dass sich die Umweltkrise seit dem Erdgipfel in Rio vor 20 Jahren noch verstärkt habe und seit der Umweltschutzkonferenz in Stockholm 1972 nur wenige multilaterale Abkommen mit Erfolg durchgesetzt worden seien. Auch habe es seit der Rio-Konferenz aus ökologischer Sicht kaum Fortschritte gegeben und die meisten Staaten hätten ihre dort eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllt.

Der Weltkongress soll eine weltweite Umweltgesetzgebung im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung voranbringen und internationale Vereinbarungen verpflichtend machen. Das soll schon für die Rio+20-Konferenz im kommenden Juni gelten. An dem Weltkongress wollen Richter, Staatsanwälte, Rechtswissenschaftler, Gutachter und Entwicklungsexperten aus verschiedenen Ländern teilnehmen. Das erste Mal wollten die Rechtsexperten Ende April in Buenos Aires tagen. Kurz vor dem Rio+20-Gipfel im Juni soll der Weltkongress erneut zusammentreffen. [tg]

► www.kurzlink.de/weltkongress-2012

Europäische Bürgerinitiative

Neue Einflussmöglichkeit

■ In der Europäischen Union können BürgerInnen mit einem neuen politischen Instrument eigene Themen für neue Gesetze vorschlagen. Seit April gibt es mit der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) eine direktdemokratische Beteiligungsmöglichkeit. Für die Unterstützung einer EBI muss in mindestens sieben EU-Mitgliedstaaten innerhalb eines Jahres eine Million

Unterschriften gesammelt werden. Unter anderem um das Recht auf Wasser und den Ausstieg aus der Atomenergie geht es bei bereits gestarteten oder geplanten EBIs im Umweltbereich. Eine EBI muss zunächst bei der EU-Kommission registriert werden. Die Initiative wird auf formale Mängel geprüft. Sofern diese nicht vorliegen, kann der einreichende Bürgerausschuss mit der Sammlung der Unterstützungsunterschriften beginnen.

Die Nichtregierungsorganisation Mehr Demokratie glaubt, dass die EBI neue Einflussmöglichkeiten auf EU-Ebene eröffnen wird, allerdings gehe es dabei mehr um Themensetzung. Weitere Schritte müssten folgen. Dennoch könne die Einführung der Europäischen Bürgerinitiative ein erster Schritt zur Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit sein, da sie dazu beitrage, transnationale Netzwerke zu stärken.

Die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings (DNR) hat eine Hilfestellung zur EBI veröffentlicht. [jg]

- ▶ Mehr Demokratie e.V., Anne Dänner, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 42082370, www.mehr-demokratie.de
- ▶ Geplante EBIs: www.citizens-initiative.eu/?p=961
- ▶ DNR: www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-ebi

Grüne öffentliche Beschaffung

EU-Ziel weit verfehlt

■ Den europäischen Kriterien für ein umweltfreundliches Beschaffungswesen hat in den Jahren 2009 und 2010 nur rund ein Viertel aller untersuchten Verträge entsprochen. Das ergab eine im Februar veröffentlichte Studie des Centre for European Policy Studies und des College of Europe. Nach EU-eigenen Zielen von 2008 sollte eigentlich die Hälfte aller öffentlichen Aufträge den Kriterien für grüne öffentliche Beschaffung (Green Public Procurement, GPP) entsprechen. Der Anteil variiert laut Studie bei den einzelnen EU-Staaten zwischen 20 und 60 Prozent. [jg]

- ▶ Studie: www.kurzlink.de/study-greenpublicpro
- ▶ Seite der EU-Kommission zu GPP: www.ec.europa.eu/environment/gpp

Haushaltskontrollausschuss

EU-Agenturen nicht entlastet

■ Der Haushaltskontrollausschuss des EU-Parlaments hat bei seiner Sitzung im März die europäischen Agenturen für Arzneimittel, Umwelt und Lebensmittel-sicherheit sowie des Ministerrates für das Jahr 2010 nicht entlastet. Beim Haushalt der Europäischen Umweltagentur EEA kritisierten die Abgeordneten, dass die geschäftsführende Direktorin auch Mitglied im internationalen Beratungsgremium der Nichtregierungsorganisationen Earthwatch und Worldwatch gewesen sei. EEA-Mitarbeiter und die Direktorin seien auf „Forschungsreisen“ zu Earthwatch-Projekten in der Karibik und der Mittelmeerregion gewesen. Dafür habe die EEA knapp 34.000 Euro an Earthwatch gezahlt. Der Ausschuss verlangte detaillierte Informationen zu den Reisen und den Zahlungen. Zudem soll die EEA ihre Regelungen zu Personaleinstellungen und die Empfehlungen ihrer Gastwissenschaftler klarstellen.

Die Haushalte der übrigen EU-Institutionen und Agenturen hat der Ausschuss bestätigt. Die Abgeordneten kritisierten aber das Fehlen von Sanktionen bei Missmanagement in den Mitgliedstaaten und bei Fonds sowie die Vorfinanzierung von EU-Projekten. Im Mai soll das Plenum des Europäischen Parlaments über die Entlastungen abstimmen. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/budgetarycontrol2012

EU-Struktur- und Kohäsionspolitik

Fördertöpfe besser kombinieren

■ Die EU-Kommission hat im März den „Gemeinsamen Strategischen Rahmen“ (GSR) für die Struktur- und Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds vorgestellt. Der GSR soll dabei helfen, in den Mit-

gliedstaaten und ihren Regionen die strategische Richtung für den nächsten Finanzierungszeitraum von 2014 bis 2020 festzulegen. Mit seiner Hilfe sollen verschiedene Fonds besser kombiniert und dadurch die Wirkung von EU-Investitionen vergrößert werden. Auf Basis des GSR sollen nationale und regionale Behörden „Partnerschaftsvereinbarungen“ mit der Kommission ausarbeiten, in denen sie sich verpflichten, Europas Wachstums- und Beschäftigungsziele für 2020 zu erfüllen.

Die EU-Kommission hatte im vergangenen Oktober ihre Vorschläge zur Kohäsionspolitik vorgelegt, die derzeit von EU-Ministerrat und -Parlament verhandelt werden. Die Kohäsionspolitik soll das Entwicklungsgefälle innerhalb der EU verringern helfen. Zum nun veröffentlichten Strategischen Rahmen können alle EU-Institutionen Stellung nehmen.

Die aktuellen Leitlinien laufen Ende 2013 zusammen mit der laufenden Förderperiode der EU-Regionalpolitik aus. Nach dem Willen der Kommission soll die Beihilfeintensität in den bisherigen Höchstfördergebieten im Zeitraum 2014 bis 2017 stark abgesenkt werden und 2018 auf der Höhe von „normalen“ Fördergebieten liegen. Unter anderem soll es dann keine Beihilfen für Großfirmen mehr geben.

Um die Struktur- und Kohäsionsfonds in der EU und in Deutschland auf mehr Nachhaltigkeit und auf Investitionen in den Umwelt-, Natur-, Klima- und Ressourcenschutz auszurichten, liegt nach Ansicht von Umweltverbänden nun die Verantwortung beim EU-Parlament und beim Ministerrat. Die Verbände sehen jetzt Chancen, Einfluss auf die Neuordnung auf allen Ebenen zu nehmen. Der WWF koordiniert dabei die deutschen Beiträge. Einen Überblick über die geplanten Fonds und den laufenden Verhandlungsprozess sowie die Forderungen der Umweltverbände hat die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings (DNR) zusammengestellt. [bv]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference: IP/12/236)
- ▶ WWF, Julia Steinert, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 311777-225, E-Mail: julia.steinert@wwf.de
- ▶ DNR-Überblick: www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-kohaesionsfonds.pdf

Wer die Umwelt schützen will, darf nicht von denen abhängig sein, die an ihrer Zerstörung verdienen

Beim Naturschutz entspricht die Verpackung oft nicht dem Inhalt. Das trifft für Schutzgebiete ohne wirksame Schutzverordnung genauso zu wie auf viele Organisationen mit dem Wort Nachhaltigkeit im Namen. Umweltverbände sollten nicht versuchen, der „bessere Umweltminister“ zu sein, sagt Claus Obermeier von der Gregor-Louisoder-Umweltstiftung

Könnte man den Zustand der Umwelt an der Zahl der Umweltorganisationen oder an deren Mitgliederzahlen ablesen, müsste die Bilanz eigentlich sehr gut aussehen. In den letzten Jahren wurden viele entsprechende Initiativen neu gegründet oder konnten ihre Mitgliederzahl stark erhöhen. Auch das Spendenaufkommen im Bereich Umwelt-, Natur- und Tierschutz stieg in diesem Zeitraum an. Dass leider ein so positiver Trend in den meisten Problemfeldern des Umwelt- und Naturschutzes nicht besteht, hat mehrere Gründe.

Zum Einen wachsen manche Umweltprobleme schneller, als die Gesellschaft reagieren und gegensteuern kann. Das trifft vor allem für Probleme zu, die mit Wohlstandssteigerung oder Bevölkerungswachstum verknüpft sind.

Zum Anderen sollte die hohe Zahl von Initiativen mit dem Wort Nachhaltigkeit oder Natur im Namen nicht darüber hinwegtäuschen, dass nur wenige Einrichtungen im Hinblick auf ihre Ziele, ihre finanzielle Ausstattung und ihre Personalressourcen tatsächlich in der Lage sind, als ernsthafter Gegenspieler zu den Initiatoren und Nutznießern der Umweltzerstörung aufzutreten.

So rühmt sich die bayerische Staatsregierung in einer Festschrift, schon seit 100 Jahren „kooperativen Naturschutz“ zu betreiben. Das klingt auf den ersten Blick nicht schlecht, auch wenn wohl kaum ein Leser mit diesem Begriff etwas anfangen kann. Die Zusammenarbeit von staatlichen Naturschutzeinrichtungen und privaten Verbänden wird damit als Erfolgsstory gelobt. Viele nehmen also für sich in Anspruch, Garant für die Sicherung unseres Naturerbes zu sein und den dringendsten Umweltproblemen den Kampf anzugesagen.

Leider wissen wir, dass in vielen dieser Fälle der Inhalt nicht der Verpackung entspricht. Besonders gilt das für die vielen Verbände, die Nachhaltigkeit zwar im Namen führen, aber hauptsächlich an deren Nutzung interessiert sind. Solange es um konfliktarme Bereiche wie Umweltbildung oder Landschaftspflege geht,

beteiligen sie sich, ebenso wie der Staat, mehr oder weniger.

Doch diese vermeintliche Geschlossenheit ist schnell vorbei, wenn wir Naturschützer uns in die Tagespolitik einmischen und auf eine ökologische Wirtschaftsweise drängen oder Alternativen zum Regierungshandeln einbringen. Denn zur Lösung vieler Probleme muss man nicht etwas tun, sondern etwas lassen – eigentlich ein attraktives Angebot der Umweltszene in Zeiten von Stress, Arbeitsüberlastung und maroden Staatsfinanzen.

Warum werden trotzdem so oft die Alternativen aus der Umweltszene nicht umgesetzt? Die Lösung liegt meiner Meinung nach in der ungelösten Frage der Verteilung von durch Umweltzerstörung entstandenen Gewinnen. Solange ganze Branchen oder zumindest Teile davon sehr gut damit leben, durch Umweltzerstörung erzeugte Gewinne zu privatisieren und die Probleme und Folgekosten anschließend auf die Gesellschaft abzuwälzen, werden die Niederlagen der Umweltbewegung häufig und die Siege selten sein.

Hierzu möchte ich an dieser Stelle nicht ins Detail gehen, andere Organisationen beschäftigen sich ja schon lange mit der Frage, mit welchen Mitteln – etwa ökologischen Steuerreformen – man gegensteuern könnte. Die Frage ist nur, warum die Erfolge in der Umsetzung dieser Mittel eher bescheiden sind.

Eine Antwort könnte sein, dass zu viele Aktivitäten nicht an den oben beschriebenen Wurzeln der Umweltzerstörung ansetzen, sondern versuchen, die Symptome zu kurieren – mit mehr oder weniger Erfolg. Dazu mein Plädoyer für eine andere Beurteilung der Umweltszene: Nicht die Zahl der Initiativen, das Budget oder die Mitgliederstärke sind das allein entscheidende Kriterium, sondern ihre Unabhängigkeit von Politik und Wirtschaft, von Milieus, die mit der Umweltzerstörung oft gut verdienen. Nicht die Spendeneinnahmen sind die entscheidende Bilanzzahl, sondern der Stamm an unabhängigen Persönlichkeiten, die sich auch gegen den Trend stellen und

glaubwürdig und attraktiv unsere Alternativen in der Gesellschaft vertreten können.

Natürlich bestehen hier Zusammenhänge zur finanziellen Leistungsfähigkeit, doch mehr Geld heißt in diesem Sinne nicht immer automatisch bessere Arbeit.

Die Umweltorganisationen sollten sich also nicht als verlängerter Arm von Parteien, Staatsorganen, Verbänden, Branchen oder Unternehmen verstehen, selbst wenn im Einzelfall die Interessen ähnlich erscheinen sollten oder Ziele übereinstimmen – auch wenn dann natürlich nichts gegen eine Zusammenarbeit spricht. Doch wenn Machterhalt oder Profite in Gefahr geraten, versuchen Regierungen, Firmen und die Verwaltung sehr oft, die Umweltinitiativen mundtot zu machen. Beliebte Methoden sind zurzeit der Verweis auf angebliche Arbeitsplatzeffekte, ohne jemals den Beweis dafür anzutreten, oder der Versuch kritische Institutionen über Förderzusagen und Projektaufträge einzubinden.

Unsere Stärke ist nicht, der bessere Umwelt- oder Agrarminister zu sein, sondern unabhängig vom Staatsapparat und der Wirtschaft Positionen vertreten zu können. In diesem Sinne wünsche ich uns allen den Mut zur richtigen Entscheidung, wenn in unserem Aufgabenbereich entsprechende Beschlüsse anstehen.

Der Geograf, Landschaftsökologe und Buchautor Claus Obermeier ist seit 2003 Vorstandsvorsitzender der Gregor-Louisoder-Umweltstiftung in München. Die Stiftung fördert vor allem ökologische Landnutzung in Deutschland und Naturschutz im Raum München.

Kontakt:
Tel. +49 (0)89 /
54212142,
Fax 52389335,
E-Mail: info@umweltstiftung.com,
www.glus.org



Verkehrsprojekte

Gestärkte Bürgerbeteiligung?

■ Nach dem Willen der Bundesregierung sollen große Verkehrsprojekte künftig schneller und unter besserer Beteiligung der Öffentlichkeit über die Bühne gehen. Ein Ende März vorgestellter Gesetzentwurf und ein Handbuch für gute Bürgerbeteiligung sollen dabei helfen. Für den 80-seitigen Leitfaden wurden Großprojekte analysiert und daraus Instrumente zur besseren Öffentlichkeitsbeteiligung abgeleitet. Er zeigt Behörden und Planern, wie sie ihre Anliegen besser kommunizieren können. Der Leitfaden soll weiterentwickelt werden. Interessierte können sich über einen Onlinefragebogen noch bis zum 9. Mai daran beteiligen.

Umweltverbände reagierten mit Kritik auf den Entwurf. Der Versuch, Bürgerbeteiligung neu zu organisieren, sei „gründlich misslungen“, urteilte der BUND. Der Deutsche Naturschutzring kritisierte, dass Bürger auch in Zukunft nicht gefragt werden müssten, ob ein neues Projekt überhaupt sinnvoll und nötig sei. [bv]

- ▶ Gesetzentwurf: www.kurzlink.de/br-171-12.pdf
- ▶ Handbuch: www.kurzlink.de/handbuch-b.pdf
- ▶ Konsultation: www.kurzlink.de/konsult-leitfaden

VERKEHR & TOURISMUS

Transeuropäisches Verkehrsnetz

Minister segnen Kernnetz ab

■ Die EU-Verkehrsminister haben Vorschläge zugestimmt, mit denen die Straßen, Schienenwege, Flughäfen und Wasserstraßen der EU zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsnetz umgestaltet werden sollen. Die geplante neue Verordnung für den Aufbau des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) soll unter anderem die Infrastruktur modernisieren und den grenzüberschreitenden Verkehr flüssiger machen. Bis 2030 soll das sogenannte Kernnetz fertig sein. Davon verspricht sich

die EU-Kommission mehr Verkehrssicherheit, weniger Staus und komfortableres Reisen. Die Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasser sollen besser vernetzt und die europäischen Eisenbahnen besser an Flughäfen und Häfen angebunden werden.

Das Kernnetz soll bis 2050 um ein Zubringernetz, das „Gesamtnetz“, ergänzt werden. Es soll nach den Plänen der Kommission die EU vollständig abdecken und gewährleisten, dass alle Regionen erreichbar sind. [mbu]

- ▶ Verordnungsentwurf mit Links zu Karten: www.kurzlink.de/karten-kernnetz2050

Riesen-Lkws

Pause im Streit um Gialiner

■ Im Streit über die Zulassung grenzüberschreitender Fahrten von überlangen Lastwagen (umwelt aktuell 04.2012, S. 23) hat EU-Verkehrskommissar Siim Kallas die Entscheidung verschoben. Ende März versprach er im Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments, die vorgebrachten Einwände erneut zu prüfen.

Zuvor war bekannt geworden, dass die EU-Kommission den Transit von einem EU-Land in ein anderes erlauben wollte, wenn dort die Riesenlaster ohnehin fahren dürfen. Nach der geltenden Rechtslage sind aber grenzüberschreitende Fahrten explizit verboten. Das kann nur im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren geändert werden, bei dem das EU-Parlament mitentscheidet.

Die verkehrspolitischen Sprecher der Grünen/EFA im Europäischen Parlament, Eva Lichtenberger und Michael Cramer, befürchten negative Auswirkungen auf die Umwelt und die Verkehrssicherheit, sollten die Riesen-Lkws „grenzenlos“ rollen. Denn dies würde zu einer deutlichen Verlagerung des Verkehrs von der Schiene auf die Straße führen, sagte Cramer. Für den Fall, dass die Kommission die Grenzen für Gialiner öffnen will, kündigte Cramer den Gang vor den Europäischen Gerichtshof an. [mbu]

- ▶ Kallas: www.kurzlink.de/kallas-riesenlkw0312
- ▶ Cramer: www.kurzlink.de/cramer-riesenlkw0312

WASSER & MEERE

Nordsee

Gasleck vor Schottland

■ Seit Ende März strömt nach einem Blow-out auf einer Plattform des französischen Energiekonzerns Total vor der Küste Schottlands unkontrolliert Erdgas in die Atmosphäre. Bis Redaktionsschluss war es nicht gelungen, das Leck zu schließen. Total meldete Mitte April Fortschritte bei der Vorbereitung von Entlastungsbohrungen und bei der Materialanlieferung, um das Leck zu stopfen. Es traten aber weiterhin große Mengen an Gas aus. Nach Angaben der schottischen Umweltbehörden sind derzeit keine negativen Folgen für die lokale Biodiversität zu befürchten. Umweltorganisationen kritisieren aber, dass es als Folge des Ausbruchs zu sogenannten Todeszonen in der Umgebung der Plattform kommen könnte. Außerdem sei das austretende Methangas klimaschädlich.

Umweltschützer werten das Leck als erneuten Beleg dafür, dass Tiefseebohrungen zu riskant seien, und bekräftigten ihre Forderung nach einem Moratorium. In der Nordsee gibt es allein in den britischen und norwegischen Bereichen 400 Bohrplattformen. [am]

- ▶ www.kurzlink.de/gp-mag-total-150412

Ostseerainer

Den Handel ankurbeln und die Ostsee retten

■ Die EU will die Zusammenarbeit der Ostseerainerstaaten intensivieren und die EU-Mittel wirksamer einsetzen. Dazu hat die EU-Kommission Ende März eine Mitteilung zur EU-Strategie für den Ostseeraum veröffentlicht. Die Zusammenarbeit ist auf drei neue Schwerpunkte ausgerichtet: Rettung der Ostsee, Anbindung der Region und Steigerung des Wohlstands. Die Mitteilung enthält strategieübergrei-

fende Ziele und Indikatoren und regt die Festsetzung weiterer Ziele in den einzelnen Bereichen an. So soll bis 2020 die illegale Einleitung von Schiffsabwässern unterbunden werden und das Handelsvolumen innerhalb der Region um 15 Prozent steigen.

Im Sommer 2011 hatte die EU-Kommission bereits einen ersten Bericht über die EU-Strategie für den Ostseeraum veröffentlicht, zu der der Ministerrat Schlussfolgerungen verabschiedete. Die Mitteilung knüpft daran an. Im kommenden Jahr will die Kommission prüfen, was der makroregionale Ansatz gebracht hat. [bv]

► www.kurzlink.de/pm-kom-ostsee0312

EU-Fischereipolitik

Irgendwie weniger Beifang

■ Die für die Fischereipolitik zuständigen EU-Minister wollen erreichen, dass künftig weniger Tiere versehentlich in den Netzen der europäischen Fischer landen. Wie dieser sogenannte Beifang verringert werden soll, ist aber noch unklar. Zwischen 20 und 98 Prozent der Meerestiere werden unbeabsichtigt mitgefangen und zurück ins Meer gekippt. Die EU-Kommission will dies verbieten. Sie bekam im März Unterstützung durch den Ministerrat. Laut Kommission soll der Beifang künftig auf die Fangquoten der Fischer angerechnet werden. Verarbeitet werden dürfte er aber nicht. Dadurch sollten die Fischer motiviert werden, weniger versehentlich zu fangen.

Die Diskussion ist Teil der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik. [mbu]

► www.kurzlink.de/fish-counc-conc-0312

Arktis

Versicherer warnen Ölfirmen

■ Mehrere Ölfirmen wollen Presseberichten zufolge in Kürze beginnen, im arktischen Eis zu bohren. Versicherungsexperten warnen vor den unkalkulierbaren ökologischen Risiken der Projekte.

Gazprom, Statoil und Shell bereiten sich auf Bohrungen in der Arktis vor. Die Gazprom-Plattform liegt vor der russischen Insel Nowaja Semlja, Shell will vor Alaska bohren und Statoil bereitet Erkundungsbohrungen vor Grönland und in der Barentssee vor. Bis Redaktionsschluss gab es noch keine Berichte über eine Inbetriebnahme der Ölförderplattformen.

Die britische Versicherungsbörse Lloyd's warnte unterdessen vor den unkalkulierbaren Folgen einer Ölkatastrophe in der abgelegenen Region ohne Infrastruktur, vor allem, wenn unter der Eisdecke gebohrt werde. Es gebe derzeit zu wenig Wissen über das Ökosystem der Arktis. Firmen sollten daher zunächst in die Erforschung der Arktis investieren statt in übereilte Bohrungen, sagte Lloyd's-Direktor Richard Wards. Der Bericht von Lloyd's schätzt, dass das Investitionsvolumen in Bohraktivitäten in der Arktis in den nächsten zehn Jahren 100 Milliarden Dollar umfassen wird. [am]

► Lloyd's-Bericht „Arctic Opening“:
www.lloyds.com/News-and-Insight/Risk-Insight

Ressourcenverknappung

Kriege um Wasser befürchtet

■ Ein Bericht der US-Geheimdienste warnt vor weltweiter Wasserknappheit und damit einhergehenden Konflikten. Die vom hauseigenen Geheimdienst des Pentagons verfasste Darstellung zeigt, dass trotz vieler mächtiger Klimawandelskeptiker in den USA die höchste Staatsebene sich mit der Zukunft des Planeten und seinen Ressourcen beschäftigt. Laut dem am 22. März veröffentlichten Bericht ist die Übernutzung der natürlichen Wasserreserven das größte Problem. Schon 2040 werde der Wasserbedarf die vorhandenen Kapazitäten um etwa 40 Prozent übersteigen. Hinzu komme der Klimawandel und vor allem in Entwicklungsländern das starke Bevölkerungswachstum. Die Verknappung des Wassers werde zum Mangel an sauberem Trinkwasser und Ernteerzeugnissen führen. Das Fehlen dieser Lebensgrundlagen

und die folgenden sozialen Spannungen könnten dann zu Konflikten und zur politischen Instabilität bis hin zum Zusammenbruch der Staaten führen. Schwache Regierungsführung könnte hier das Problem noch verstärken. [tg]

► <http://spon.de/adCjH>

► www.kurzlink.de/wasserkriege-sb

EU-Wasserpolitik I

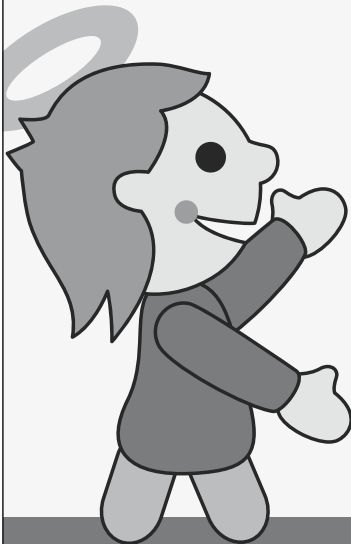
EU bittet um Vorschläge zum Wassersparen

■ Die EU-Kommission bittet die Öffentlichkeit um Vorschläge, wie sich das Wassermanagement in Europa verbessern lässt, um die Wasserressourcen für alle Benutzer zu sichern. Die Konsultation läuft bis zum 7. Juni. Ende des Jahres will die Kommission einen Entwurf zum Schutz der Wasserressourcen in der EU veröffentlichen, die sogenannte Blaupause Wasser. Diese soll die bisherige EU-Wasserpolitik bewerten sowie Lücken und Mängel aufzeigen. Sie soll die Basis für Maßnahmenvorschläge bilden, um die Wasserpolitik zu stärken. Dabei geht es vor allem um Maßnahmen zur Minderung des Wasserverbrauchs.

Eine frühere Konsultation der EU-Kommission zum „Fitness-Check“ der bestehenden EU-Wassergesetzgebung ist derweil mit sehr gemischten Ergebnissen zu Ende gegangen. Die Antwortenden zeigten sich weitgehend uneinig darüber, ob die bestehenden Wasser-Regularien auf EU-Ebene ausreichen und an ihrer besseren Umsetzung gearbeitet werden muss oder ob es auch Lücken in der Gesetzgebung gibt. Nur eine leichte Mehrheit sprach sich für die Konzentration auf eine bessere Umsetzung bestehender Richtlinien aus. Lücken sahen die Befragten bei der Wassereffizienz von Gebäuden und einer besseren Integration von Wasserbelangen in andere Politikbereiche wie die Agrarpolitik. Die Veröffentlichung des Fitness-Checks wurde für Ende April erwartet.

Eine Eurobarometer-Umfrage vom März kam hingegen zu eindeutigeren Er-

Karma Konsum KONFERENZ 2012



ÖKONOMIE & GEMEINWOHL

Am 31. Mai und 1. Juni 2012
In der IHK Frankfurt am Main
www.karmakonsum.de/konferenz

Sponsored by  messe frankfurt

gebnissen. Drei Viertel der EU-BürgerInnen befürworten weitere Maßnahmen zur Bewältigung der Wasserprobleme in Europa. Im Mittelpunkt sollen dabei die Wasserverschmutzung durch Industrie und Landwirtschaft, der überhöhte Wasserverbrauch und das Problem der Überschwemmungen und Dürren stehen. [tg, hv, am]

- ▶ www.kurzlink.de/consult-blueprint
- ▶ www.kurzlink.de/pm-eurobarometer0312

EU-Wasserpolitik II

Europas Flüsse unter Druck

■ Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat den Weltwassertag Ende März zum Anlass genommen, um einen neuen Bericht über den Schutz europäischer Gewässer zu veröffentlichen. Darin wird die Situation der EU-Gewässer exemplarisch am Zustand von zehn der größten Flüsse Europas veranschaulicht. Der Bericht kommt zu besorgniserregenden Ergebnissen: Die Flüsse seien „Druck von verschiedenen Seiten“ ausgesetzt. Es bestehe wenig Aussicht darauf, dass sie in naher Zukunft einen guten Zustand erreichten. Die europäischen Gewässer stünden somit vor den gleichen Problemen wie beim Inkrafttreten der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) vor mehr als zehn Jahren, so das EEB.

Als Beispiele für diese Herausforderungen nennt der europäische Umweltschutzverband den fortschreitenden Bau von Staudämmen für energetische Zwecke sowie die Belastung der Flüsse durch den Schiffsverkehr. EEB-Generalsekretär Jeremy Wates forderte ein entschiedeneres und schnelleres Handeln der EU-Kommission und der Mitgliedstaaten. Die WRRL habe zwar ein großes Potenzial zum Schutz der europäischen Gewässer, sagte Wates, doch werde sie „entscheidend ausgehöhlt durch zahlreiche Ausnahmeregelungen und dadurch, dass Mitgliedstaaten ihre Maßnahmen bis auf 2027 hinauszögern können. Es muss aber so früh wie möglich etwas geschehen, bevor unsere Flüsse unwiderruflich zerstört sind.“

Auch der Wasserverschmutzung durch Nährstoffe und Chemikalien sowie der übermäßigen Grund- und Oberflächenwasserableitung durch die Landwirtschaft habe die Wasserrahmenrichtlinie noch nicht beikommen können, urteilte das EEB. [cn]

- ▶ EEB, Wasserreferentin Sarolta Tripolszky, Brüssel, +32 (0)2 / 2891093, E-Mail: sarolta.tripolszky@eeb.org, www.eeb.org (Activities – Water)
- ▶ Studie (PDF, 2,6 MB): www.kurzlink.de/eeb-tenrivers-0312

Elbvertiefung

Niedersachsen baggert mit

■ Das niedersächsische Landeskabinett hat Anfang April seine Zustimmung für die geplante Vertiefung der Elbe gegeben, nachdem der Bund zugesichert hatte, die Kosten für die notwendige Deicherhöhung zu übernehmen. Umwelt- und Bauernverbände kritisierten die Entscheidung scharf. Vor Niedersachsen hatte schon Schleswig-Holstein seine Zustimmung erklärt.

Kritiker befürchten, dass durch die Ausbaggerung die Brackwasserzone in der Elbe verschoben wird. Dies könne zu einer zunehmenden Versalzung des Grundwassers führen und sei mit der EU-Wasserrahmenrichtlinie nicht vereinbar, so der BUND Niedersachsen. Der Umweltverband bezichtigte Ministerpräsident David McAllister (CDU) des Wortbruchs, da sich noch 2008 Vertreter aller Landtagsfraktionen gegen einen weiteren Ausbau der Elbe ausgesprochen hatten.

Das Ausbaggern der Elbe soll auch riesigen Containerschiffen den Zugang zum Hamburger Hafen ermöglichen. Sobald der Planfeststellungsbeschluss veröffentlicht ist, will der BUND gegen das Großprojekt Klage einreichen. Der Verband ist zuversichtlich, dass das Bundesverwaltungsgericht einem sofortigen Beginn der Arbeiten eine Absage erteilen wird. [am]

- ▶ BUND Niedersachsen, Stefan Ott, Tel. +49 (0)511 / 96569-13, E-Mail: stefan.ott@bund.net, www.bund-niedersachsen.de (Presse – 3. April 2012)

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Ressourceneffizienz I**Umweltausschuss diskutiert Bericht zum EU-Fahrplan**

■ Die Abgeordneten im Umweltausschuss des EU-Parlaments haben im März über den Ressourceneffizienzfahrplan der EU-Kommission und den dazu vom liberalen Abgeordneten Gerben-Jan Gerbrandy entworfenen Bericht diskutiert. In seinem Berichtsentwurf begrüßt Gerbrandy den Fahrplan der Kommission, kritisiert aber den Mangel an konkreten Schritten und Maßnahmen. Damit geht der Niederländer deutlich weiter als die EU-Umweltminister im vergangenen Dezember.

Gerbrandys Forderung, die Marktsituation für Sekundärmaterialien zu verbessern, stieß unter den Abgeordneten auf breite Zustimmung. Gemischte Resonanz gab es auf seinen Vorschlag, ein „Schengen-Gebiet“ für Abfall einzurichten, um dessen effektive Aufbereitung sicherzustellen.

Gerbrandy übernimmt in seinem Bericht den Footprint-Ansatz für die Indikatoren zur Messung des Ressourcenverbrauchs. Diesen Ansatz, der eine globale Lebenszyklusperspektive einnimmt und damit die regionale Verschiebung von Ressourcenverbräuchen sichtbar macht, hatten europäische und deutsche Umweltverbände wiederholt gefordert. Bei der Formulierung von Zielen bleibt der Bericht hingegen recht vage. So wird nicht deutlich, ob es sich um verbindliche oder indikative Ziele handeln soll. Auch ob es sich um absolute Einsparziele handeln soll oder nur um eine Effizienzsteigerung relativ zum Wirtschaftswachstum, bleibt unklar.

Gerbrandy spricht sich auch für einen Zehn-Prozent-Anteil von Umweltsteuern am Gesamtsteueraufkommen bis 2020 aus. Dadurch sehen andere Abgeordnete allerdings die Wettbewerbsfähigkeit gefährdet. Das Parlamentsplenum wird den Bericht voraussichtlich im Mai beschließen. [am]

► www.kurzlink.de/gerbrandybericht.pdf

Ressourceneffizienz II**Kleine grüne Firmen**

■ Dass „grüne“ Arbeitsplätze hauptsächlich von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) und nicht von großen Firmen geschaffen werden, hat eine Ende März veröffentlichte Eurobarometer-Umfrage gezeigt. Nach der von TNS Political and Social durchgeführten Umfrage zu KMU, Ressourceneffizienz und grünen Märkten haben 13 Prozent aller KMU-Mitarbeiter einen Arbeitsplatz im Umweltsektor, während es bei großen Unternehmen nur drei Prozent sind. Die KMU schöpfen ihr Potenzial zudem noch nicht voll aus. In den nächsten zwei Jahren wird laut dem Bericht ein Anstieg des Anteils der grünen Arbeitsplätze in KMU auf 35 Prozent erwartet. Das ist fast eine Verdreifachung.

Als Hauptgrund für die umweltfreundlichen Angebote der KMU wird die Kundennachfrage genannt. 93 Prozent aller KMU bemühen sich um eine Steigerung der Ressourceneffizienz. Viele der restlichen Betriebe gaben an, dies bei entsprechenden finanziellen Anreizen ebenfalls tun zu wollen. Als Hemmnis für grüne Produkte und Dienstleistungen wird aber der bürokratische Aufwand angegeben. [tg]

► Umfrage: www.ec.europa.eu/public_opinion

Umweltmanagement**Befragung zum EU-Öko-Audit**

■ Das Bundesumweltministerium und das Umweltbundesamt führen seit März eine Umfrage bei EMAS-geprüften Unternehmen und Organisationen in Deutschland durch. Ziel ist es, die Bundesregierung und die EU-Kommission über die Praxis des europäischen Umweltmanagementsystems EMAS in Deutschland zu informieren. Die Befragung läuft bis Mitte des Jahres, die Onlineversion endet im Mai. Die Ergebnisse sollen Ende des Jahres anonymisiert veröffentlicht werden. [hv]

► www.emas.de/aktuelles/2012/03/emas-umfrage

Umweltprognosen**OECD fordert Preise für natürliche Ressourcen**

■ Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung warnt in ihrem „OECD Environmental Outlook to 2050“ vor unumkehrbaren Umweltschäden. Ohne einschneidende internationale politische Maßnahmen werde ein ökonomischer und gesellschaftlicher Schaden entstehen, der den Lebensstandard der Menschen stark verringern könne. So würden ab 2050 jährlich 3,6 Millionen Menschen vor allem in Großstädten an der Feinstaubbelastung sterben. Die OECD fordert die Einführung von Umweltsteuern, einen weltweiten Emissionshandel nach dem Vorbild der EU und einen Preis für natürliche Ressourcen. Außerdem sollen wirtschaftliche Instrumente mit Vorschriften kombiniert und umweltschädliche Subventionen abgeschafft werden. [tg]

► www.oecd.org/de/environmentaloutlook

Aktienfonds**Beim Geld hört die Nachhaltigkeit auf**

■ Nachhaltigkeitsfonds sind offenbar nicht immer nachhaltig. Die Grünen-Bundestagsfraktion hat zehn als nachhaltig beworbene Aktienfonds untersuchen lassen. Laut der Studie investieren alle zehn Fonds auch in Atomkraft und in die Öl- und Gasindustrie, neun finanzierten außerdem die Rüstungsbranche. Der Grünen-Finanzexperte Gerhard Schick fordert nun Mindestkriterien für solche Fonds. Der Begriff Nachhaltigkeit sei nicht geschützt und somit beliebig verwendbar, kritisierte Schick laut einem Bericht der Agentur AFP. Das verunsichere potenzielle Investoren. Das Vertrauen in nachhaltige Investitionen müsse aber gestärkt werden. [hv]

► Studie: www.kurzlink.de/studienachfonds0412

► AFP: www.taz.de/!91211

„Wir müssen begreifen, dass die Ideologie des Schneller, Höher, Weiter am Ende ist“

Die Krise ist viel tiefer, als die Politik zugeben will. Eine von der Fixierung auf Wachstum geprägte Epoche kommt an ihr Ende. Darauf wollen Umweltverbände, Gewerkschaften und Kirche mit einem gemeinsamen Kongress reagieren. Für den Systemumbau ist eine breite gesellschaftliche Reformbewegung notwendig, sagt Michael Müller vom Deutschen Naturschutzing.

umwelt aktuell: Herr Müller, Anfang Juni findet in Berlin ein gemeinsamer „Transformationskongress“ der deutschen Umweltverbände, Gewerkschaften und der evangelischen Kirche statt, für den Sie sich seit langer Zeit eingesetzt haben. Worum geht es dort?

Im Dachverband DNR führen wir seit etwa drei Jahren eine Debatte über die Grenzen des Wachstums und haben dazu auch einen Reader erarbeitet. Wir denken, dass wir uns wieder in einer Großen Transformation befinden, um einen Begriff von Karl Polanyi aufzugreifen. Dieser Wiener Ökonom hat vor 70 Jahren die verhängnisvollen Folgen einer Entbettung der Ökonomie aus der Gesellschaft beschrieben. In diesem Verständnis greift der Begriff der Krise für das, was heute vor sich geht, zu kurz. Tatsächlich erleben wir das Ende einer Epoche, die von der Fixierung auf Wachstum und der Gleichsetzung mit Fortschritt geprägt war. Finanzkrise, Peak Oil, Klimawandel oder auch die Euro-Krise haben die gemeinsame Ursache, dass die Ideologie des Schneller, Höher, Weiter am Ende ist. Wenn wir das nicht begreifen, geraten wir immer tiefer in die Geiselnhaft kurzfristiger Wachstumszwänge – nicht nur zulasten der Natur und der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch der Demokratie und der Freiheit. Wir wollen mit dem gemeinsamen Kongress von DGB, EKD und Umweltverbänden ein Zeichen setzen, dass eine breite Reformbewegung nötig ist – nicht nur, um die tiefe Systemkrise aufzuzeigen, sondern auch, um Auswege deutlich zu machen, bei der die Ökologie eine zentrale Rolle einnimmt.

Denken Sie da eher an eine neue Regierungspolitik oder an eine zivilgesellschaftliche Aufgabe?

Die derzeitige Politik bezeichnet ihren Kurs als alternativlos, das ist eine Bankrotterklärung. Da scheint es die Angst zu geben, die Wahrheit auszusprechen. Der Glaube an die Linearität in der Entwicklung der modernen Gesellschaft, die Naturvergessenheit und die einseitige Fixierung auf Technik sind falsch. Die ökonomischen, sozialen und ökologischen Grenzen des Wachstums stellen die Denkweisen der letzten Jahrzehnte radikal infrage. Das ist eine Herausforderung an die Politik wie an die Zivilgesellschaft. Beide müssen reformfähig werden.

Sollten Gewerkschaften, Umweltbewegung und Kirchen an einer gemeinsamen Strategie arbeiten oder ist es wichtiger, dass überhaupt diskutiert und gehandelt wird?

Wichtig ist, dass der Diskurs in aller Breite geführt und gleichzeitig strukturiert wird. Er muss Deutung geben und Zusammenhänge zeigen, damit wir verstehen, was unter der Oberfläche vor sich geht. Die Situation ist so ernst, dass wir, ohne die Autonomie der drei Trägerorganisationen infrage zu stellen, möglichst viele gemeinsame Positionen finden sollten, die aber keine inhaltsschwachen Formeln sein dürfen, sondern mutig Stellung beziehen. Die Stärke dieser Kooperation ist, dass wir von unterschiedlichen Positionen her für ein gemeinsames Ziel arbeiten, das bei uns den Schwerpunkt Ökologie und Nachhaltigkeit, bei den Gewerkschaften Arbeit und soziale Gerechtigkeit und bei den Kirchen Ethik und Verantwortung hat.

In welchen Zeiträumen sollten wir dabei denken?

Wir haben leider schon viel Zeit verloren, denn die Herausforderungen bauen sich seit den 1970er-Jahren auf. Was damals oft noch Befürchtung war, ist heute harte Wirklichkeit und kommt zusammen mit der Neuordnung der Welt. Doch wir handeln kurzfristig und verdrängen, dass die soziale Marktwirtschaft nicht nur ökologisch reformbedürftig ist, sondern auch vom globalen Finanzkapitalismus überrollt wurde – der sich bis heute mit seinem illusionären Versprechen durchsetzen konnte, zu höheren Wachstumsraten zurückzukehren. Nachhaltigkeit bedeutet dagegen, dass wir von absehbaren Zukunftsgefahren her denken und handeln.

Wie sieht es mit der internationalen Perspektive aus? Können wir von den erfolgreichen sozialen Bewegungen in Lateinamerika lernen – oder bietet vielleicht nur das chinesische Modell die Chance für durchgreifende Maßnahmen?

Durch die Kooperation mit Brot für die Welt und Misereor werden in Berlin auch wichtige Vertreter aus Afrika und Lateinamerika dabei sein. Es wird keinen Eurozentrismus geben. Auch das chinesische Modell ist ökologischer, als bei uns zur Kenntnis genommen wird. Trotzdem: Gerade Europa muss zeigen, dass die

Große Transformation demokratisch möglich wird. China setzt auf einen technokratischen, letztlich autoritären Zentralismus, den wir nicht wollen.

Ob Wohlstand und Lebensqualität ohne Wachstum möglich sind, soll auch eine Bundestagsenquete herausfinden. Sie arbeiten als Experte mit. Hoffen Sie dort auf einen Durchbruch?

Im Augenblick bin ich skeptisch, denn in den Grundsatzenfragen kommen wir nicht voran. Wie Mehltau liegt ein ökonomisches Einheitsdenken über der Arbeit der Kommission. Die Klima-Enquete hatte 1990 den sehr konkreten Vorschlag einer Reduktion der Treibhausgase um 30 Prozent bis 2005 gemacht, auf den sich bis heute die Klimadebatte bezieht. Damals ging es vor allem um unsere Verantwortung für die Welt. Davon ist die heutige Kommission weit weg. Umso mehr muss die Umweltbewegung ein Gegengewicht zum Verschwinden des Politischen setzen.

Worauf sollte sich die Umweltbewegung in diesen Tagen konzentrieren?

Die Umweltbewegung muss politischer werden. Die Ökologie ist der Hoffungsanker für einen neuen und weltweiten Fortschritt, so wie er in der Leitidee der Nachhaltigkeit definiert ist. Die Überwindung des fossilen Zeitalters ist eine gesellschaftspolitische Herausforderung erster Ordnung, die nicht nur mit besserer Technik gelöst wird, sondern eine Kultur der Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit erfordert.

[Interview: Matthias Bauer]

Michael Müller ist Mitglied im Präsidium des Deutschen Naturschutzing und Bundesvorsitzender der NaturFreunde. Er war 26 Jahre lang für die SPD im Bundestag und danach Staatssekretär im Bundesumweltministerium.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 6781775-70, Fax -80, E-Mail: info@dnr.de, www.transformationskongress.de



THEMA

Einladung zum Transformationskongress

Um nichts weniger als die Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft geht es beim Transformationskongress „Nachhaltig handeln – Wirtschaft neu gestalten – Demokratie stärken“ Anfang Juni in Berlin. Gewerkschaften, Umweltverbände und Einrichtungen der evangelischen Kirche laden alle Interessierten zur Diskussion über eine ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Entwicklung ein.

■ „Nachhaltig handeln – Wirtschaft neu gestalten – Demokratie stärken“: Unter diesem Titel veranstalten der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der Deutsche Naturschutzring (DNR) und Einrichtungen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am 8. und 9. Juni einen internationalen Kongress im Berliner Congress Center (bcc). Dabei geht es um die Zukunft der Arbeit und der Demokratie und um die Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung. Chancen und Risiken einer solchen „Großen Transformation“ sollen ausgelotet, Interessen- und Zielkonflikte diskutiert sowie Instrumente und Strategien erarbeitet werden.

Zu den ReferentInnen gehören James K. Gailbraith von der School of Public Affairs der University of Texas, die Generalsekretärin des Internationalen Gewerkschaftsbundes Sharan Burrow, der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier und Bundesumweltminister Norbert Röttgen.

Im Zentrum des Transformationskongresses stehen die Grenzen unserer Wirtschaftsordnung und die Frage, wie eine zukunftsfähige Gesellschaft aussehen kann. Der bisherige Wachstumspfad, der im letzten Jahrhundert mit Fortschritt gleichgesetzt wurde, hat seine Grenzen erreicht. Die Übernutzung und der Verbrauch natürlicher Ressourcen, der Rückgang der Biodiversität, der Klimawandel, die weltweite Spekulation mit Land und Nahrung, die Ausweitung von Arbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigung und unbezahlter Tätigkeit sowie die Macht der Banken und der Finanzmärkte lassen den Bedarf nach Reformen in Richtung einer nachhaltigen Wirtschafts- und Sozialordnung immer dringlicher werden. Notwendig ist ein Wachstum, das den menschlichen Bedürfnissen entspricht. Um mehr Demokratie und gerechtere Sozialsysteme zu schaffen, muss über eine Neuordnung der Weltwirtschaft unter Beachtung der ökologischen Grenzen diskutiert werden, über technische und wirtschaftliche Inno-

vationen, andere Arbeitsnormen und einen gleichberechtigten, fairen Zugang zu den natürlichen Ressourcen ohne Übernutzung (siehe auch Interview S. 28).

Die drei wichtigen gesellschaftlichen Kräfte DGB, DNR und EKD wollen die Debatte mit ihren unterschiedlichen Schwerpunkten und Traditionen für das gemeinsame Ziel einer nachhaltigen, gerechten Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft vorantreiben. Projektpartner des DNR bei dem Kongress sind die NaturFreunde, der BUND, Misereor, der Bundesverband für Umweltberatung, das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft, die Deutsche Umweltstiftung und der NABU.

Alle Interessierten sind herzlich zum Kongress und zu lebhaften Debatten eingeladen. Die Anmeldung erfolgt ausschließlich über die Kongresswebsite. [sg]

- ▶ www.transformationskongress.de
- ▶ DNR, Dr. Helmut Röscheisen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, www.dnr.de/termine/dnr

Nachhaltigkeit

A-Z



K wie Kinder

Kinder leben nur im Hier und Jetzt heißt es oft. Und doch sind sie offen für Sichtweisen und Wissen rund um Nachhaltigkeit, wie das Modellprojekt KITA21 zeigt. Dieses Begleitbuch beschreibt die Module, nennt Schwerpunkte und Hindernisse und gibt Praxisbeispiele für die direkte Umsetzung. Es steht als Ratgeber allen in der Bildungspolitik tätigen Trägern, Verantwortlichen und Akteuren zur Seite.

U. Stoltenberg, R. Thielebein-Pohl (Hrsg.)
KITA21 - Die Zukunftsgestalter
 Mit Bildung für eine nachhaltige Entwicklung
 Gegenwart und Zukunft gestalten

192 Seiten, broschiert, komplett in Farbe, 29,90 EUR, ISBN 978-3-86581-266-7

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



Grün, modern und engagiert

Die Jugend der Welt will ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen und den Klimawandel stoppen. Mit Facebook, Twitter & Co. übt sie mehr Druck auf Politik und Wirtschaft aus, als dies jede Partei oder Umweltschutzorganisation vermag. Daniel Boese hat sich in diese neue Jugendbewegung hineinbegeben, Aktivisten in Indien besucht und auf dem Kopenhagener Klimagipfel recherchiert. Entstanden ist ein begeisterndes Buch über Klimawandel, Neue Medien und Zivilcourage, mit zahlreichen Tipps und Adressen für eigenes Engagement.

D. Boese

Wir sind jung und brauchen die Welt

Wie die Generation Facebook
den Planeten rettet

256 Seiten, broschiert, 14,95 EUR,
ISBN 978-3-86581-252-0



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de



DNR INTERN

DNR-Lern- und Lobbyfahrt

„Brüssel ist gar nicht so undurchschaubar“

■ „Wie funktioniert die Europäische Union?“ Mit dieser Frage begaben sich 20 Vertreterinnen und Vertreter deutscher Umweltverbände Ende März auf eine dreitägige Lern- und Lobbyfahrt nach Brüssel. Schließlich sind Entscheidungen, die in Brüssel getroffen werden, die Grundlage für einen großen Teil der Gesetze in Deutschland und Europa und damit ein wichtiger Ansatzpunkt für politische Lobbyarbeit. Ziel der Fahrt war es, Organe, Kompetenzen und Strukturen der Europäischen Union kennenzulernen, aber auch Berührungspunkte mit dem Verwaltungsapparat EU abzubauen und Einblick in die Entscheidungsprozesse zu bekommen.

Die TeilnehmerInnen der Fahrt kamen von Natur- und Umweltschutzverbänden, Jugendorganisationen und Dachverbänden, Umweltstiftungen und landwirtschaftlichen Kampagnen. Schon allein dieses breite Spektrum bot zahlreiche Vernetzungsmöglichkeiten mit deutschen Nichtregierungsorganisationen. Organisiert wurde die Fahrt von der EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings (DNR) auf Einladung von Sabine Wils, Umweltpolitikerin und Europaabgeordnete der Linken-Fraktion.

Besuche bei der EU-Kommission, dem Europäischen Parlament, dem EU-Ministerrat und der Ständigen Vertretung Deutschlands gaben einen guten Einblick in das Tagesgeschäft im politischen Zentrum Europas. Das abwechslungsreiche Programm brachte die TeilnehmerInnen mit zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen Parlamentsfraktionen und der in Brüssel ansässigen Umweltverbände zusammen. Wann hat man sonst schon einmal die Gelegenheit, mit EU-Abgeordneten hautnah über aktuelle Fragen der Umwelt-, Verkehrs- und Landwirtschaftspolitik zu diskutieren? Eines der

zentralen und häufig aufgegriffenen Themen war die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die zurzeit verhandelt wird und 2014 in Kraft treten soll. Darüber gab es aufschlussreiche Gespräche mit den EU-ParlamentarierInnen und auch innerhalb der Teilnehmergruppe. Ein Highlight war dabei der Austausch mit dem Europaabgeordneten Martin Häusling von den Grünen. Als sogenannter Schattenberichterstatter für die GAP konnte er aus erster Hand von den Verhandlungen berichten.

Die EU-Abgeordneten betonten immer auch die wichtige Rolle der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bei der Bereitstellung von Informationen und ermunterten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mehrfach, sich und ihre Verbände noch stärker einzubringen, um mehr Einfluss auf die politischen Entscheidungsprozesse zu nehmen. Es entstand der Eindruck, dass die Abgeordneten durchaus offen für die NGO-Positionen sind und dass es tatsächlich möglich ist, auch die Politik im oft so fern scheinenden Brüssel zu beeinflussen.

Beim Europäischen Umweltbüro (EEB), dem Dachverband zahlreicher europäischer Umweltverbände, war Gelegenheit, sich mit Brüsseler Kollegen vor Ort zu vernetzen und zu lernen, wie die politische Lobbyarbeit vor Ort funktioniert. Es stellten sich Vertreterinnen und Vertreter von mehreren in Brüssel aktiven Nichtregierungsorganisationen vor, darunter Friends of the Earth Europe, die Agricultural and Rural Convention (ARC 2020), das Climate Action Network und BirdLife International. Sie zeigten einen Querschnitt der häufig mühsamen, aber auch spannenden Lobbyarbeit im Brüsseler Alltag.

Der umfassende Einblick in die Abläufe der Europäischen Union und die bessere Kenntnis von Prozessen und Gremien hat die TeilnehmerInnen motiviert, sich stärker in die EU-Politik einzumischen. Nach den drei Tagen war der Brüsseler Dschungel gar nicht mehr so undurchschaubar, wie es oft den Anschein hat.

[Iris Kiefer, Alessa Hartmann]

► DNR, EU-Koordination, Antje Mensen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-86, www.eu-koordination.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Umweltforschung**Umweltwissenschaftler gründen Bundesverband**

■ Berufsverbände sind wichtige Einrichtungen, um die Positionen einzelner Berufsgruppen gegenüber Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu vertreten. Vor allem können sie das Bild, das über eine Formalqualifikation besteht, prägen und bei Bedarf verändern. Für UmweltwissenschaftlerInnen fehlt bislang ein solcher Verband. Deshalb streben einige Studierende des Weiterbildungsstudiengangs interdisziplinäres Fernstudium Umweltwissenschaften (Infernum) und ehemalige Studierende des Studiengangs Ökologie der Universität Duisburg-Essen die Gründung eines Berufsverbandes Umweltwissenschaften an.

Umweltthemen sind in den letzten Jahren auf der politischen Agenda immer weiter nach vorn gerückt. Entsprechend ist das Interesse an Ausbildung und Berufen mit Umweltbezug gewachsen. UmweltwissenschaftlerInnen arbeiten heute in den verschiedensten Berufen, je nach ihrer Spezialisierung im Studium. Dienstort ist schon lange nicht mehr nur die Natur, es sind auch Planungsbüros, öffentliche Verwaltungen oder produktionsorientierte Industrie, für QuereinsteigerInnen das Lehramt oder auch die Uni, wenn es um Forschung oder Forschungsmanagement geht. Deshalb bietet genau dieses von vornherein nicht klar umrissene Berufsbild eine Chance und unterstreicht wohl am besten das Über-den-Tellerrand-Schauen als die Stärke der Umweltwissenschaften.

Dabei zeigt gerade die Vielfalt der Berufsfelder und die Integration in die verschiedensten Forschungsbereiche das Anwendungspotenzial umweltwissenschaftlicher Kompetenzen. Umweltwissenschaften – das ist nicht Ökologie und nicht nur eine Disziplin der Biologie oder Geografie. Sie weisen in einem modernen Verständnis wesentliche Bezüge zu den Ingenieur-, Wirtschafts- und Planungswissenschaften

und ebenso zu den Geistes- und Sozialwissenschaften auf. Sie bereichern längst die Portfolios „harter“ Naturwissenschaften wie der Physik und Chemie – etwa in der Earth System Science –, liefern Grundlagen für die Metropolenforschung oder stellen Systemdenken und Modelle für die Nachhaltigkeitsforschung bereit.

Diese umweltwissenschaftlichen Kompetenzen zu bündeln und über eine Organisation darzustellen, soll in Zukunft nicht nur den Austausch zwischen den Beteiligten erleichtern, sondern auch helfen, den Beruf des Umweltwissenschaftlers nach außen zu vertreten. Die Gründungssitzung für einen „Berufsverband Umweltwissenschaften“ soll am 12. Mai im Fraunhofer-Forum des Spree-Palais in Berlin in Anschluss an den Infernum-Tag (www.infernum-tag.de) stattfinden. Dabei sollen die Satzung verabschiedet sowie ein Vorstand, ein Beirat und weitere Positionen gewählt werden.

Entstehen soll ein Berufsverband, der als „Klammer“ wirkt und

- ▶ als kooperatives Netzwerk arbeitet,
- ▶ die Kompetenzen und Qualifikationen bekannter macht,
- ▶ die UmweltwissenschaftlerInnen nach außen vertritt sowie
- ▶ neue Entwicklungen auf den Weg bringt beziehungsweise umweltwissenschaftliche Aspekte in sie integriert.

Damit soll eine Plattform geschaffen werden, über die

- ▶ Einfluss auf die praxisnahe Ausbildung des benötigten Nachwuchses genommen werden kann,
- ▶ die Möglichkeit zum schnellen, unkomplizierten Austausch zu berufsbezogenen inter- und transdisziplinären Themen besteht,
- ▶ Kompetenzen angeboten und weitergeben werden können.

Weitere Informationen finden sich auf www.bv-umwelt.de. Im dortigen Forum gibt es auch jetzt schon die Möglichkeit Ideen und Meinungen einzubringen.

[Max Spiegelberg, Stephan Köppen]

- ▶ www.bv-umwelt.de
- ▶ Maximilian Spiegelberg, Infernum-Koordinator, Fernuniversität Hagen, Tel. +49 (0)2331 / 9874854

Nachhaltige Wissenschaft**Transformatives Wissen schaffen**

■ Mit dem Ziel, transdisziplinäre Strukturen in Forschung, Lehre und Forschungsförderung auszubauen, ist die Initiative „Transformatives Wissen schaffen“ ins Wissenschaftsjahr 2012 – Zukunftsprojekt Erde gestartet. Der Verbund für Nachhaltige Wissenschaft (NaWis) und das Ecological Research Network (EcoRNet), ein Netzwerk der außeruniversitären Umweltforschungsinstitute, diskutieren bei zahlreichen Veranstaltungen mit VertreterInnen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft über den Transformationsprozess des Wissenschaftssystems. Der Umweltverband BUND hat im April zu dem Thema ein Positionspapier vorgelegt, in dem er für eine „Nachhaltige Wissenschaft“ für die und mit der Gesellschaft plädiert. [tm]

- ▶ NaWis: www.nachhaltigewissenschaft.blog.de
- ▶ BUND-Papier: www.kurzlink.de/bund-nawis.pdf

PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

Ausschreibung**Solarpreise 2012**

■ Zum 19. Mal hat die Organisation Eurosolar die Deutschen und Europäischen Solarpreise ausgeschrieben. Ausgezeichnet werden herausragende und innovative Leistungen bei der Verbreitung und Anwendung von erneuerbaren Energien. Es gibt neun Kategorien von kommerziellen Unternehmen über Medien bis hin zu Privatpersonen. Außerdem werden Plaketten an Eigentümer von Anlagen zur Nutzung von erneuerbaren Energien und an Bildungseinrichtungen verliehen. Der Preis soll Ende des Jahres übergeben werden. Einsendeschluss für Vorschläge ist Ende Juni. [tg]

- ▶ www.eurosolar.org

REZENSIONEN

Artensterben als Kulturverlust

50 Jahre nach Rachel Carsons Klassiker „Der stumme Frühling“ legt Marcel Robischon, ebenfalls Biologe, einen außergewöhnlichen Erzählband über eine verstummende Welt vor, in der ein fortschreitender Biodiversitätsverlust auch die kulturelle Vielfalt zum Erliegen bringt.



Die Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten hat einerseits einen Selbstwert, ist jedoch andererseits für den Menschen von großer Bedeutung – nicht nur für den Menschen im „Naturzustand“, sondern auch für

uns heute, für unsere Kultur. Ein Verlust an Biodiversität führt auch zu einem Verlust an Kultur. Denn die Farben und Formen, die Düfte und Klänge der Natur sind eine einzigartige Inspirationsquelle für das kulturschaffende Wesen Mensch, für seine Kunst und seine Technik. Biodiversität als Kulturphänomen.

Nun ist es eine Tatsache, dass die Natur immer weiter zurückgedrängt wird. Der seinerseits kulturelle Aneignungsprozess von Flora und Fauna, der eine jahrtausendelange Tradition hat, doch seit dem Mittelalter mit dem Städtebau und vor allem seit dem 19. Jahrhundert mit der Industrialisierung in starker Beschleunigung fortschreitet – was im zivilisatorischen Bewusstsein recht lange und recht einseitig als „Fortschritt“ wahrgenommen wurde –, sorgt dafür, dass immer mehr von dem verschwindet, was uns als Grundlage unserer Kultur dient. Das Megaprojekt Zivilisation erweist sich damit als höchst „undankbar“ – gegenüber der Natur, die es nach Gebrauch vernichtet – und „unvernünftig“ – gegenüber der Kultur, die es nach und nach verarmen lässt, weil es ihr die natürliche Eingebung raubt. Die menschliche Gesellschaft verliert so ihr Entwicklungspotenzial – wenn sie sich weiter so entwickelt wie bisher.

Der Naturhistoriker und Biologe Marcel Robischon mahnt daher einen anderen Umgang mit der Natur und einen Schutz

ihrer Artenvielfalt an. Nicht schulmeisterlich, sondern literarisch und unterhaltsam, mit einer abwechslungsreichen Reise-Revue, die uns die enge Verzahnung von Natur und Kultur vor Augen führt. Die – auf lange Sicht – weit größere Abhängigkeit des Menschen von der Natur wird erkennbar in den Beschreibungen einer vom Menschen akut bedrohten Tier- und Pflanzenwelt. Aus Mythen und Legenden um das Verhältnis von Mensch und Lebensraum gewinnt der Autor eine Sicht auf Kultur und Natur, die Interdependenzen erkennt und benennt und letztlich zur Bewahrung der Schöpfung aufruft.

Trotz des belletristischen Stils handelt es sich bei „Vom Verstummen der Welt – Wie uns der Verlust der Artenvielfalt kulturell verarmen lässt“ um ein Sachbuch mit dezidiert wissenschaftlichem Anspruch. Die in den Geschichten eingewobenen Sachverhalte zur biologischen Vielfalt und zum Artensterben werden gut belegt. Die kulturwissenschaftlichen Schlussfolgerungen sind zwar nicht neu – das Mensch-Natur-Verhältnis gehört seit jeher zu den zentralen Fragen der philosophischen und ethnologischen Anthropologie –, können aber die Forschungen zur Kultur- und Sozialanthropologie beleben, vor allem durch die vielen gut recherchierten und genau beschriebenen Erzählungen aus der Geschichte der Menschheit. Schon die Bezeichnungen von Städten und Regionen zeigen dabei die enge Verbindung von Mensch und Natur, einen Konnex, den es für den Menschen wiederzuentdecken gilt – schon aus eigenem Interesse!

[Josef Bordat]

► Robischon, M.: Vom Verstummen der Welt. Wie uns der Verlust der Artenvielfalt kulturell verarmen lässt. oekom, München 2012, 319 S., 19,95 €, ISBN 978-3865811820. www.kurzlink.de/robischon-verstummen

Land-Grabbing-Reportage

Auf seinen „Reisen ins Reich des neuen Kolonialismus“ trifft der Investigativjournalist Stefano Liberti Verlierer und Gewinner von Landraub und Lebensmittelspekulation.



Wenn Agrarkonzerne einen größeren Ertrag erzielen können als Kleinbauern, spricht nichts dagegen, ihnen das Land zu überlassen, auf dem sie neben Nahrungsmitteln vor allem Energiepflanzen

anbauen, um daraus Biosprit herzustellen oder Biomasse, die in modernen Kraftwerken zu Strom oder Heizenergie umgewandelt wird. Oder doch?

Der Journalist Stefano Liberti sprach für sein Buch „Landraub – Reisen ins Reich des neuen Kolonialismus“ mit Kleinbauern in Tansania, Nahrungsmittelspekulanten in Chicago, Mitarbeitern der Welternährungsorganisation und Regierungsvertretern Äthiopiens. Im Fokus dieser umfassenden Reportage steht „der große Wettlauf um Anbauflächen“ in den Ländern Afrikas und Lateinamerikas durch ausländische Investoren. „Dieses Land Grabbing ist das neue Betätigungsfeld von Abenteurern und von Staaten, die die Versorgung ihrer Bürger mit Nahrungsmitteln sicherstellen wollen, und von Finanziers, die nach Möglichkeiten suchen, ihre Profite zu vervielfachen.“ Für Liberti eine Form des Neokolonialismus.

Aber: „Die Hauptverantwortlichen für diesen ungezügelter Ausverkauf der Anbauflächen sind die nationalen Regierungen, die die Ressourcen für eine Handvoll Dollar verhökern.“ Ein weiteres Problem: Während die Gegner dieses Land Grabbing den Betrug an Kleinbauern anprangern und kleinbäuerliche Landwirtschaft als die umweltfreundlichere Alternative ansehen, stehen auf der anderen Seite Investoren, die davon überzeugt sind, dass sie Gutes tun, wenn sie die Welt mit Biosprit

überschütten und die Ernährung der Menschheit sichern. Diese beiden Weltanschauungen sind nur schwer vereinbar.

Am Anfang des Buches führt Liberti die Leser nach Äthiopien, wo in Gewächshäusern Pflanzen für Biokraftstoffe gezüchtet werden. Die Regierung gewährt großzügige Pachtzeiten von rund 90 Jahren zu einem symbolischen oder gar keinem Pachtzins. Im Gegenzug versprechen die ausländischen Investoren Arbeitsplätze sowie Infrastruktur – vor allem Straßen, um die Ware zum nächsten Hafen zu schaffen.

Die zweite Station ist Saudi-Arabien. Das Wüstenkönigreich will von Nahrungsmittelimporten unabhängig werden. Nach mehreren gescheiterten, teuren Versuchen, Weizen anzubauen, investieren die Saudis nun in riesige Gewächshäuser im südlichen Afrika und bauen dort Zucchini für die eigene Bevölkerung an.

In Genf traf Liberti die Finanziere des Wettlaufs um Anbauflächen, unter ihnen vor allem Fondsmanager. Nach dem Zusammenbruch des Immobilienmarktes vor allem in den USA suchten sie „neue gewinnbringende Anlagemöglichkeiten“. Als sichere Güter galten Rohstoffe von Erdöl bis zu Weizen oder Mais („Die Welt wird weiter essen“). Die Spekulation darauf zog die Investition in Anbauflächen nach sich.

An der Börse von Chicago zeigt Liberti anschaulich das Wetten auf Preisschwankungen von Soja und Weizen. Die letzten Kapitel führen die Leser wieder zurück in Länder, in denen Anbauflächen aufgekauft und auf deren Lebensmittel gewettet wird: dieses Mal Brasilien und Tansania.

Einige Fakten wiederholen nur das bereits Gesagte, die Sprache ist nicht besonders originell, doch ist das Buch insgesamt informativ und trotz der komplexen Zusammenhänge leicht zu lesen. Der Autor, in Italien ein bekannter investigativer Journalist, trifft mit wichtigen Akteuren zusammen und hinterfragt Zusammenhänge. Er verweist auch immer wieder auf andere Quellen, sodass der Leser Hintergründe genauer nachlesen kann. **[Johanna Treblin]**

► Liberti, S.: Landraub. Reisen ins Reich des neuen Kolonialismus. Rotbuch, Berlin 2012, 256 S., 19,95 €, ISBN 978-3-86789-155-4

Gier war geil



Immer mehr Menschen auf der ganzen Welt gehen gegen das herrschende Wirtschaftssystem auf die Straße. Nach einer Umfrage von 2009 lehnen 70 Prozent der Weltbewohner den derzeitigen Kapitalismus ab. Der ehemalige Manager und Geschäftsführer eines Energieunternehmens Ulrich Mössner versucht mit seinem Buch aktiv zur Wirtschaftswende beizutragen. Der Titel ist dabei Programm: „Das Ende der Gier – Nachhaltige Marktwirtschaft statt Turbokapitalismus“. Mössners Ziel ist nicht, das heutige Wirtschaftssystem vollkommen umzukrempeln, sondern es vom neoliberalen Kapitalismus in eine nachhaltige Marktwirtschaft umzuwandeln. Was das heißt und wie er dies erreichen möchte, erläutert er in seinem Buch.

Dabei geht Mössner hauptsächlich auf Deutschland und Europa ein. Anhand der vier großen Wirtschaftskrisen in den letzten zwölf Jahren analysiert er zunächst die Probleme und Defizite des herrschenden Wirtschaftssystems. Im zweiten Teil wird die nachhaltige Marktwirtschaft nach Mössner vorgestellt. Der Autor erläutert seine ökologischen, sozialen und ökonomischen Vorschläge, wie zum Beispiel eine höhere Besteuerung des Umweltverbrauchs, eine Begrenzung von Managergehältern sowie ein Verbot von Provisionen für Bankberater. Er fordert die Menschen auf, Druck auf die Politik auszuüben, um dies durchzusetzen.

Das Buch ist verständlich geschrieben und gibt einen guten Einblick in die Wirtschafts- und Finanzwelt. Auch die Lösungen, die Mössner vorschlägt, wirken durch die genauen Beschreibungen umsetzbar. Es ist bemerkenswert, dass die vielen kleinen Verbesserungen auf dem Weg zur nachhaltigen Wirtschaft kaum utopisch erscheinen und es trotzdem möglich wäre, viel zu erreichen. Mössner unterlegt seine Vorschläge mit Berechnungen und Statistiken und

weist immer wieder auf andere Werke hin, die angerissene Themen genauer erläutern. Einzelne Aspekte wiederholt er in unterschiedlichen Themenbereichen.

Insgesamt schafft es Mössner, ein neues, ökologisches und sozial verträgliches System einer Marktwirtschaft vorstellbar zu machen. Außerdem macht er Mut zum Handeln: „Fangen wir an. Die anderen Länder der Erde werden uns früher oder später folgen.“ Wer an einer gerechten und gesunden Welt interessiert ist, sollte dieses Buch lesen. **[Teresa Gross]**

► Mössner, U.: Das Ende der Gier. Nachhaltige Marktwirtschaft statt Turbokapitalismus. oekom, München 2011, 213 S., 19,95 €, ISBN 978-3-86581-275-9

Mit Energieeffizienz zu einem grünen Wirtschaftswunder



Die Großmanns, Villis', Teyssens, Clements und Schröders in den Chefetagen und Lobbys der großen Energiekonzerne klammern sich weiter an fossile Energien und die Atom-

kraft, als gäbe es kein Morgen mehr. Das Argument ist immer das gleiche: Die Energiewende brauche sehr viel Zeit und komme die Volkswirtschaft sehr teuer.

Dass es genau andersherum ist, zeigen der Umweltökonom Maximilian Gege und die Ingenieurin Marilyn Heib in „Erfolgsfaktor Energieeffizienz – Investitionen, die sich lohnen“. Die Energiewende ließe sich demnach recht schnell umsetzen, wenn man sich, statt auf die Erzeugung von Energie, auf ihren Verbrauch konzentrierte.

Dieser Aspekt kommt in der öffentlichen Debatte meist zu kurz. Erneuerbare Energien, Speichermöglichkeiten und Leitungsnetze sind offenbar spannender als Energiesparen. Dafür aber aus wirtschaftlicher Sicht viel weniger zielführend, denn in der Energieeffizienz verbergen sich enorme

Vorteile für Haushalte, Unternehmen und die öffentliche Hand. Die AutorInnen schätzen die Einsparpotenziale auf über 50 Milliarden Euro bis 2020. Damit ist auch eine riesige Chance für den Arbeitsmarkt verbunden, denn relevante Mengen an Energie lassen sich nicht einfach durch Lichtausschalten einsparen. Vielmehr sind hier Handwerk und Ingenieurskunst gefragt. Die Herausgeber sprechen sogar von einem grünen Wirtschaftswunder.

Den Zweiflern und Zauderern kommen die Autoren entgegen: Statt mit technischen Details warten sie mit zahlreichen Erfolgsbeispielen aus Wirtschaft und öffentlichen Einrichtungen auf – mal ausführlich beschrieben, mal nur kurz angerissen, aber insgesamt eindrucksvoll und motivierend. Die nötigen Technologien für die Effizienzrevolution gibt es längst. Häufig ist es eine Pumpe, ein Beleuchtungssystem oder die Lufttechnik, die ausgetauscht oder auch nur neu eingestellt werden müssten.

Dass dies in der Praxis so selten geschieht, ist erschreckend. Aber in den meisten Unternehmen und Ämtern fehlt das Bewusstsein, das Know-how und schlichtweg ein „Kümmerer“, schreiben die Autoren. Das Geld sollte jedenfalls kein Argument sein: Energieverbrauch und Kosten könnten um 30 Prozent und mehr reduziert werden. Das verspricht eine rasche Amortisation der Investitionen, im Durchschnitt rund zwei Jahre. Danach bringe die Einsparung Jahr für Jahr ein Plus in die Kassen.

Dennoch ist die Finanzierungsfrage für Kommunen, Privathaushalte und kleinere Unternehmen das wichtigste Hemmnis. Ihr widmet das Buch daher ein ausführliches Kapitel. Gege erläutert seinen „Zukunftsfonds“, ein genossenschaftliches Konzept, das Energieeffizienzmaßnahmen und Projekte für erneuerbare Energien finanziert und sich aus den erzielten Einsparungen und Einnahmen speist. Vielleicht erhält Energieeffizienz bald endlich die Aufmerksamkeit, die sie verdient. **[Anton Braunsfelder]**

► Gege, M.; Heib, M. (Hrsg.): Erfolgsfaktor Energieeffizienz. Investitionen, die sich lohnen. oekom, München 2011, 244 S., 24,90 €, ISBN 978-3-86581-267-4

„Soja ist für mich wie eine Bombe“



■ Geronimo Arevalos schaut über das Sojafeld. Hinter ihm steht der Traktor, den er und ein paar andere Dorfbewohner gestoppt haben. Sie protestieren gegen das Versprühen von Pestiziden in der Nähe ihres eigenen Ackers und gegen die damit verbundenen Umweltschäden. Die Giftstoffe töten alle Pflanzen, die nicht gegen das Mittel resistent sind, und lassen nur das Gensoja stehen. So sterben nicht nur viele Pflanzen der Umgebung, sondern auch die Ernte der Kleinbauern. Doch das Gesetz ist gegen sie. Jeder könne nach seinen Wünschen und Kräften investieren und arbeiten, sagt ein Sojaproduzent. „Das ist das Gesetz der Macht.“

Der Dokumentarfilm „Raising Resistance“ handelt vom Kampf der Kleinbauern Paraguays, der Campesinos, gegen die Gensojaproduktion und die Auswirkungen dieses Industriezweiges auf Menschen und Umwelt. Der Film zeigt die sozioökonomischen Zusammenhänge des Konflikts zwischen Kleinbauern und Großgrundbesitzern. Ein politisch engagierter und emotional bewegender Film, trotz sparsamer Inszenierung und ruhiger Kameraführung. Die Zuschauer sehen lediglich unmoderierte Bilder und Interviews mit den involvierten Parteien. Ab und zu erscheinen Texte mit Zusatzinformationen im Bild. Vor der Kamera stehen nicht nur die Kleinbauern, sondern auch Investoren, Großgrundbesitzer, Sojaproduzenten und der paraguayische Präsident Fernando Lugo. Das ermöglicht eine eigene Interpretation der Lage und regt zur Reflexion an, zum Beispiel über das eigene Konsumverhalten. **[Hanna Vlasák]**

► Raising Resistance, D/CH 2012, 84 min. Regie: Bettina Borgfeld, David Bernet. Produktion: Dreamer Joint Venture. Kinostart: 3. Mai. www.raising-resistance.info

Wer unser Essen beherrscht

■ Dass die Konzentration auf den Weltmärkten für Lebensmittel inzwischen weit fortgeschritten ist, hat der Rezensent geahnt, doch machte ihm erst die neue Dokumentation „Agropoly“ klar, wie weit dieser Prozess mittlerweile gekommen ist. Der Schweizer Verein Erklärung von Bern (EvB) hat in einem 18-seitigen, sehr übersichtlich und ansprechend gestalteten Heft einmal die einzelnen Märkte für Futtermittel, Saatgut, Pestizide, die Produktion, Verarbeitung und den Handel unter die Lupe genommen. Die Autoren zeigen, dass heute nur noch wenige Konzerne auf vielen Märkten dominieren – mit fatalen Folgen für Artenvielfalt, Umwelt und Menschen.

Selten zuvor sind die komplexen Verstrickungen globaler Konzerne so kompakt und anschaulich präsentiert worden. Es wird auch klar, dass die Gentechnik zwar eine große Bedrohung ist, aber bei Weitem nicht die einzige oder schlimmste. Selbst die „normale“ industrielle Landwirtschaft erzeugt Abhängigkeiten ungeahnten Ausmaßes und bedeutet vor allem in den ärmeren Ländern viel Leid bei den dortigen Bauern und Abnehmern. **[Peter Marwitz]**

► EvB; Forum Umwelt und Entwicklung (Hrsg.): Agropoly. Wenige Konzerne beherrschen die weltweite Lebensmittelproduktion. Zürich/Berlin 2012, 18 S., kostenlos. Bezug: www.evb.ch/p19282.html und www.forumue.de/servicepoint Download: www.kurzlink.de/agropoly.pdf

Teersandschlacht

■ Eine neue Studie der Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) beschreibt die Bemühungen der kanadischen Regierung, die Umweltschutzgesetzgebung anderer Länder so auszuhöhlen, dass klimaschädliche Teersande ungehindert exportiert werden können, sowie den Widerstand dagegen in der EU und den USA. **[UWD]**

► HBS (Hrsg.): Transatlantische Teersandschlacht. Lobbyismus und dreckiges Öl sind Kanadas neue Exportware. Washington 2012, 14 S. Download: www.kurzlink.de/teersandschlacht

INTERNET

Das Internet besser nutzen

■ Das Portal pb21.de will die politische Bildung näher an das Web 2.0 heranführen – und umgekehrt. Auf

der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung und des DGB-Bildungswerks informiert ein kompetentes Autorenteam regelmäßig über gute Beispiele und empfehlenswerte Projekte für politische Bildung im Netz. Daneben gibt es Tipps für EinsteigerInnen, die wissen wollen, wie man „Web 2.0 macht“ – also zum Beispiel Videos herstellt und in eine Internetseite einbindet oder Fotos einem begrenzten Nutzerkreis zugänglich macht. Das Portal könnte übersichtlicher sein, bietet aber viele nützliche Hilfen zum Ansprechen jüngerer und internetgeprägter Zielgruppen. [jg, mb]

► www.pb21.de

Landschaftspfleger erzeugen Energie

■ Ein Portal für die Energiegewinnung aus Naturschutzgrünland baut der Deutsche Verband für Landschaftspflege auf. Statt zum Beispiel das Mahdgut einer Feuchtwiese teuer zu entsorgen, sollen die Kommunen es in Biogasanlagen vergären lassen. Landschaftspflegematerial hat teilweise hohe Energiegehalte. Ausgewählte Anlagen testen die Eignung und berichten über ihre Erfahrungen. Die Fachinformationen und eine Datenbank mit Praxisbeispielen sollen dazu beitragen, die Kosten der Landschaftspflege zu senken und den Lebensraum gefährdeter Arten zu sichern. [mb]

► www.mulle.lpv.de

Nano-Vertrauen durch Nano-Kontrolle

■ Das Projekt NanoTrust des österreichischen Instituts für Technikfolgen-Abschätzung liefert Informationen zu möglichen Gesundheits- und Umweltrisiken und zu sozialen Aspekten der Nanotechnologie, etwa zum ArbeitnehmerInnen-

schutz. Die Dossiers fassen auf wenigen Seiten die wichtigsten Informationen zu einem Thema zusammen, etwa zu der noch immer völlig ungeklärten Frage der Dosis. Noch kürzere Antworten finden sich bei den „Fragen zu Nano“. Weitere Seiten bieten Zugang zu den wichtigsten Dokumenten, Berichten, Artikeln und Internetseiten. Vergleichbare Seiten aus Deutschland stehen den Nanorisiken wesentlich unkritischer gegenüber. [mb]

► www.nanotrust.ac.at

Wer fördert welche Agrarforschung?

■ Fisa ist ein Informationsportal von Bund und Ländern über laufende und abgeschlossene Forschungsprojekte für die Agrar- und Ernährungswissenschaften. Aufgeführt sind öffentlich finanzierte sowie von der EU-Kommission oder der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Projekte. Zusätzlich werden Institutionen, Förderprogramme und Forschungsrahmenprogramme vorgestellt. Per RSS-Feed kann man sich benachrichtigen lassen, wenn ein neues Projekt eingestellt wird. [tg]

► www.fisaonline.de

Land Grabbing – und nun?

■ Immer mehr Publikationen, Studien und Artikel behandeln den legalen und illegalen weltweiten Landerwerb durch reiche Staaten und Unternehmen, das sogenannte Land Grabbing. Allerdings sind dabei nur wenige, die auch die Umsetzung der Agrarprojekte untersuchen und die Auswirkungen für die lokale Bevölkerung und die Reaktionen von Entwicklungs- und Bauernorganisationen, Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen analysieren. Eine Literaturübersicht des Agrarexperten Uwe Hoering bewertet die wichtigsten Texte und geht der Frage nach, warum eine breite Neuformierung ländlicher Protestbewegungen bisher ausgeblieben ist. [mb]

► www.globe-spotting.de/landgrabbing-literatur-4.html

Impressum

umwelt aktuell Mai 2012

ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

In Kooperation mit: Grüne Liga Berlin e. V., Tel. +49 (0)30 / 4433910, www.grueneliga-berlin.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantwortl.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortl.). **Redaktion:** Matthias Bauer [mb], Juliane Grüning [jg], Marion Busch [mbu], Stefanie Langkamp [sl], Antje Mensen [am]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Teresa Gross [tg], Daniel Hiss [dh], Hanna Vlasák [hv], Susanne Graf [sg], Carla Noever [cn], Tobias Mickler [tm], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD], Peter Marwitz/konsumpf.de. **Service:** Matthias Bauer. **ökopädNEWS:** siehe S. 39

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg
Titelfoto: DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circleoffset White, 100 % Recycling, von Arjowiggins/Igepa group
Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG, D-86899 Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-608, Fax -405, E-Mail: oekom@de.rhenus.com, www.oekom.de
Anzeigen: oekom verlag, Stefanie Ott, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



TERMINE

MAI

09.05., Hamburg (D)
**Reform der
 Gemeinsamen
 Agrarpolitik: Wo bleibt
 der Gewässerschutz?**
 Seminar

► Grüne Liga, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 40393-530,
 E-Mail: wasser@grueneliga.de, www.wrrl-info.de

12.05., Berlin (D)

**Rio 20+. Zukunft geht nur grün! Nachhaltigkeit –
 wie weiter?** Konferenz

► Bündnis 90/Die Grünen, Tel. +49 (0)30 /
 2275-9406, Fax -5911, E-Mail: rio20plus@
 gruene-bundestag.de, www.gruene-bundestag.de

12.05., Berlin (D)

**Die Energiewende als gesamtgesellschaftliche
 Herausforderung.** Fachgespräch

► Interdisziplinäres Fernstudium Umweltwissen-
 schaften, Max Spiegelberg, Hagen, Tel. +49 (0)2331 /
 987-4927, E-Mail: infernum@fernuni-hagen.de,
 www.infernum-tag.de

21.05., Berlin (D)

**Hoffnungsträger unkonventionelles Erdgas?
 Zum Übergang in das postfossile Zeitalter.** Tagung

► ASPÖ, IZT, Evangelische Akademie zu Berlin,
 Rosalita Huschke, Tel. +49 (0)30 / 20355-404, E-Mail:
 huschke@eaberlin.de, www.eaberlin.de (Programm)

21.05., Berlin (D)

**Zwanzig Jahre, zwanzig Prozent. Wie weiter mit
 Natura 2000?**

► NABU, Angelika Richter, Berlin, Tel. +49 (0)30 /
 284984-1577, E-Mail: angelika.richter@nabu.de,
 www.kurzlink.de/natura-2000-gipfel

23.–26.05., St. Gallen (CH)

**Weg vom Wachstum. Wege zur 2000-Watt-
 Gesellschaft.** Jahreskonferenz

► Klima-Bündnis, Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 /
 717139-0, Fax -93, E-Mail: europe@klimabuendnis.org,
 www.klimabuendnis.org

24.05., Berlin (D)

**3. Alternativer Energiegipfel: Energiewende –
 alles klar?** Tagung

► Klima-Allianz Deutschland, Leo Meinert, Tel.
 +49 (0)30 / 6781775-77, Fax -80, E-Mail: meinert@
 klima-allianz.de, www.klima-allianz.de/energiegipfel

JUNI

01.–03.06., Strobl am Wolfgangsee (A)

**Rohstoffabbau und -export: Widersprüche,
 Interessen und Alternativen.** Tagung

► Lateinamerikaforschung Austria, Stefanie
 Reinberg, Wien, Tel. +43 (0)1 / 3107465-14, E-Mail:
 stefanie.reinberg@lai.at, www.laf-austria.at

01.–03.06., Locomm bei Hannover (D)

Endlagersuche: Auf ein Neues? Tagung

► Evangelische Akademie Locomm, Monika Müller,
 Tel. +49 (0)5766 / 81-105, E-Mail: monika.mueller@
 evlka.de, www.loccum.de

01.–03.06., Wittenberg (D)

**Schmusekatze, Versuchsratte & Mastschwein:
 Tiernutzung im Visier**

► Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt, Tel.
 +49 (0)3491 / 4988-0, E-Mail: info@ev-akademie-
 wittenberg.de, www.ev-akademie-wittenberg.de

03.06., Berlin (D)

Fahrradsternfahrt und Umweltfestival

► ADFC, Tel. +49 (0)30 / 44847-24, E-Mail:
 sternfahrt@adfc-berlin.de, www.fahrradsternfahrt.de
 Grüne Liga, Tel. +49 (0)30 / 443391-0, E-Mail: um-
 weltfestival@grueneliga.de, www.umweltfestival.de

04.06., Berlin (D)

Deutscher Aktionstag Nachhaltigkeit

► Rat für Nachhaltige Entwicklung, Eike Meyer,
 Tel. +49 (0)30 / 408190-171, E-Mail:
 eike.meyer@nachhaltigkeitsrat.de,
 www.aktionstag-nachhaltigkeit.de

04.06., Berlin (D)

**Umweltgutachten 2012: Verantwortung in einer
 begrenzten Welt. 40 Jahre Umweltpolitik und
 Umweltrat: Bilanz und Ausblick.** Fachveranstaltung

► Sachverständigenrat für Umweltfragen, Pascale
 Lischka, Tel. +49 (0)30 / 263696-0, Fax -109, E-Mail:
 pascale.lischka@umweltrat.de, www.umweltrat.de

04.–05.06., Berlin (D)

Nachhaltigkeit nur durch Kulturwandel?

B.A.U.M.-Jahrestagung

► Bundesdeutscher Arbeitskreis Umweltbewusstes
 Management, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 490711-06,
 E-Mail: simone.frey@baumev.de, www.baumev.de

05.–06.06., Berlin (D)

Woche der Umwelt 2012

► Bundespräsidialamt; Deutsche Bundesstiftung
 Umwelt, Nina Weichselfelder, Osnabrück, Tel. +49
 (0)541 / 9633-932, E-Mail: n.weichselfelder@dbu.de,
 www.woche-der-umwelt.de

07.06., Berlin (D)

Fachtagung zur Rohstoffpolitik Deutschlands

► Forum Umwelt und Entwicklung, Germanwatch,
 Marco Klemmt, Tel. +49 (0)30 / 2888356-86, E-Mail:
 klemmt@germanwatch.org, www.germanwatch.org

07.–08.06., Leipzig (D)

Fairventure. Wirtschaft neu gestalten. Kongress

► Coinstatt, Tel. +49 (0)2330 / 6080-38, E-Mail:
 kontakt@coinstatt.org, www.fairventure.de

07.–10.06., Nürnberg (D)

Kindergipfel 2012

► Naturfreundejugend Deutschlands, Berlin,
 Tel. +49 (0)30 / 297732-70, www.kindergipfel.de

08.–09.06., Berlin (D)

**Transformationskongress: Nachhaltig handeln –
 Wirtschaft neu gestalten – Demokratie stärken**

► DGB/ DNR/EKD. Deutscher Naturschutzring (DNR)
 Helmut Röscheisen, Tel. +49 (0)30 / 6781775-70,
 Fax -80, E-Mail: info@dnr.de,
 www.transformationskongress.de (siehe S. 28/29)

08.–09.06., Ammersbek bei Hamburg (D)

**Gilgamesch und der Wald. Mythologische,
 ästhetische und naturkundliche Entdeckungen in
 evolutionärer Perspektive.** Tagung

► Umwelthaus am Schüberg, Tel. +49 (0)40 / 60510-
 14, www.haus-am-schueberg.de (Bildungszentrum)

15.–16.06., Jülich (D)

6. Bundestreffen der Regionalbewegung

► Bundesverband der Regionalbewegung, Tel. +49
 (0)5643 / 949271, www.regionalbewegung.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

17.–21.09., Erfurt (D)

31. Deutscher Naturschutztag (DNT)

► www.deutscher-naturschutztag.de
 ► Information: Deutscher Naturschutzring
 (DNR), Helga Inden-Heinrich, Berlin, Tel. +49
 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de

Netzwerke

Online vernetzen – offline arbeiten

Studien belegen schon lange, dass ein Netzwerk stabiler privater Kontakte das Leben verlängert, gute berufliche Kontakte die Karriere. Auch im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) helfen Netzwerke, Projekte voranzutreiben, Partner für neue Kooperationen zu gewinnen oder Lösungen für praktische umweltpädagogische Fragen zu finden.

□ Das Thema ist so aktuell, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und der Rat für Nachhaltige Entwicklung als gemeinsame Initiative den Wettbewerb „Förderung von lokalen Bildungs- und Kompetenznetzwerken für Nachhaltigkeit“ initiiert haben. Sowohl bestehende als auch geplante neue Netzwerke aus mindestens vier Partnern wie Kommunen, Bildungseinrichtungen, Unternehmen oder zivilgesellschaftlichen Akteuren können sich bis zum 31. Mai um eine Förderung von bis zu 35.000 Euro bewerben. Der Schwerpunkt liegt auf „Innovativen und nachhaltigen Technologien“. Leider ist die Förderung von Personalkosten bei dem Wettbewerb ausgeschlossen, obwohl gerade langfristige gute Netzwerkarbeit auf dem Wissen und Engagement der beteiligten Akteure beruht. Über den Wettbewerb hinaus – mit denen die Organisatoren anlässlich der im Juni 2012 stattfindenden Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung in Rio de Janeiro ein Zeichen für nachhaltige Entwicklung setzen wollen – gibt es in Deutschland vielfältige etablierte Netzwerke im Bereich Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE).

Etablierte BNE-Netzwerke

Zu den ältesten Netzwerken im Bereich Umweltbildung gehören die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU). Die ANU versteht sich als Dach- und Fachverband der Umweltzentren, Initiativen, FreiberuflerInnen und Selbstständigen sowie weiteren Einzelpersonen, die in der außerschulischen Umweltbildung tätig sind. Neben Möglichkeiten zum Netzwerken im Internet über die Homepage www.umweltbildung.de oder die Facebookseite der ANU bietet sie über die Landesverbände mit Workshops, Ta-

gungen und Informationstreffen auch zahlreiche Möglichkeiten zur realen Interaktion an. Mit dem Projekt Leuchtpol entstand ein Netzwerk von Regionalbüros in ganz Deutschland, das sich speziell der BNE im Elementarbereich widmet. Zahlreiche andere Netzwerke können ebenfalls eine lange Erfolgsgeschichte vorweisen, bei denen der Umweltbildungsakteur im Mit-

THEMENHEFT: NETZWERKE

telpunkt steht. Auf der Homepage www.bne-portal.de steht interessierten Nutzern eine detaillierte Beschreibung von Bildungsakteuren im Bereich BNE zur Verfügung, wahlweise nach Bundesländern oder alphabetisch sortiert. Mit dem Ende der Dekade 2014 wird sich herauskristalisieren, welche Netzwerke und Initiativen stabil genug sind, um langfristig weiterbestehen zu können.

In der Schweiz und in Österreich organisieren sich die Multiplikatoren im BNE-Bereich unter anderem über die Websites umweltbildung.ch und umweltbildung.at, die anders als in Deutschland von staatlicher Seite getragen werden. Die Stiftung Umweltbildung Schweiz koordiniert beispielsweise auch das multilaterale Netzwerk CoDes im Rahmen des EU-Programms Comenius, um in Kooperation mit verschiedenen europäischen Universitäten, Vertretungen aus dem schulischen Bereich, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Gemeinden der Frage nachzugehen, wie die Kooperation von Schule und Gemeinwesen ausgestaltet sein muss, damit eine praktische Umsetzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung erfolgreich einsetzen kann.

Bestehende Netzwerke bieten Verknüpfungschancen für Umweltbildung

Netzwerke können auch Informationsnetzwerke sein. Eine detaillierte Kenntnis darüber, wo welches Wissen für verschiedene Bildungszielgruppen zur Verfügung steht, vereinfacht den Arbeitsalltag enorm. Praktischerweise hält BNE auch Einzug in bereits bestehende pädagogische Netzwerke. Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) förderte zum Beispiel die Erstellung und den Betrieb des Themenportals „Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung“ mit Materialien für Lehrkräfte und für die außerschulische Bildung auf Lehrer-Online mit 75.000 Euro. Ergebnisse aus DBU-Förderprojekten werden als Fachartikel, Unterrichtseinheiten und -anregungen aufgearbeitet und auf der Plattform publiziert. Auch andere Bildungsanbieter bieten Anknüpfungspunkte für BNE-Akteure über das Ende der Bildungdekade hinaus. Bildung ist beispielsweise ein elementarer Bestandteil der Arbeit in Zoos, Museen und auch Botanischen Gärten. Laut einer Umfrage aus dem Jahr 2007 betrachtet die Hälfte aller Botanischen Gärten in Deutschland Umweltbildung als eine ihrer Hauptaufgaben. Umweltschulen, Wissenschaftsläden, Umweltbibliotheken, Globales Lernen – im Bereich BNE gibt es bereits eine Vielzahl gut funktionierender Fachnetzwerke, deren Bestehen über das Ende der Dekade hinaus außer Frage steht.

Virtuelle Netzwerke oder lieber doch Workshoptreffen?

Verändert hat sich nicht der Stellenwert von Vernetzung, sondern die Form. Derzeit sind vor allem die virtuellen sozialen Netzwerke in aller Munde. Mal als Verlustgarant persönlicher Freundschaften verteuelt, mal als Möglichkeit der Interaktion mit Kunden und Geschäftspartnern in den

BLICKPUNKT

Der oekom-Verlag als Wissensnetzwerk

Der oekom Verlag verbindet seit 20 Jahren engagierte Menschen und nachhaltige Ideen. Inzwischen ist aus dem früheren reinen Fachverlag ein breitgefächertes Kommunikations- und Wissensnetzwerk geworden.

oekom ist mehr als ein Fachverlag: Seit über 20 Jahren eröffnet oekom mit seinen Publikationen Denkräume für Ökologie und Nachhaltigkeit. Kompetent und engagiert versammelt der oekom Verlag AutorInnen aus Wissenschaft und Verbänden, Ministerien und NGOs. Über die Jahre ist ein einzigartiges interdisziplinäres Netzwerk entstanden, das eine lebhaft Diskussionskultur darüber führt, wie sich die Ansprüche von Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft vereinbaren lassen. Die Bücher und Zeitschriften vernetzen Forschung und Praxis – interessant und bereichernd für WissenschaftlerInnen und Wissenshungrige, für beruflich Engagierte und ehrenamtlich Aktive, mal spannend erzählt, mal wissenschaftlich ambitioniert, mal visionär, mal als Handbuch für die Praxis. oekom bietet in seinen Publikationen Raum, ausgetretene Denkpfade zu verlassen, unbequeme Wahrheiten auszusprechen und spannende Diskurse quer zu bestehenden Fachdisziplinen und gesellschaftlichen Lagern zu führen.

Der inzwischen größte Umweltverlag Deutschlands entstand 1987 um den Kern der von Jacob Radloff gegründeten Zeitschrift politische ökologie. Diese „Zeitschrift für Querdenker und VordenkerInnen“ versteht es seit mehr als 20 Jahren, den Diskurs über ökologisches Wirtschaften und nachhaltig zu verantwortende Politik immer wieder neu zu beleben. Derzeit tragen den oekom Verlag 20 fest angestellte MitarbeiterInnen, zahlreiche Pauschalisten und in Kooperation eingebundene Fachleute an Universitäten, in Akademien und Umweltschutzverbänden. Zusammen mit seinen über 3.000 AutorInnen, KooperationspartnerInnen und Förderern aus allen Bereichen der Gesellschaft bündelt der oekom Verlag fachliches Know-how und ein herausragendes Potenzial für die Umsetzung nachhaltiger Initiativen und Ideen.

Mit diesem Netzwerk über den Münchener Kern hinaus gibt oekom neben der politischen Ökologie regelmäßig sieben weitere Zeitschriften wie GAIA, umwelt aktuell, Ökologie & Landbau und Ökologisches Wirtschaften heraus, die sich an die Wissenschaft, an Umweltberater oder LandwirtschaftsexpertInnen richten. Daneben startete oekom 2005 sein Fachbuch- und 2008 sein Sachbuchprogramm mit inzwischen über 350 Titeln von renommierten AutorInnen.

Neben den eigenen Druckerzeugnissen bietet oekom vielfältige Dienstleistungen an, entwickelt für Kooperationspartner redaktionelle Beilagen, konzipiert Wettbewerbe oder richtet Veranstaltungen aus.

In der 1999 ausgegliederten Aktiengesellschaft oekom research – einer Ratingagentur, die weltweit Firmen nach ökologischen und sozialen Kriterien bewertet und unter diesen Aspekten Geldanlagen analysiert – beschäftigt oekom weitere 30 MitarbeiterInnen.

Ebenfalls zur „oekom-Familie“ gehört der gemeinnützige oekom e.V. – Verein für ökologische Kommunikation. Er entwickelt konkrete Konzepte für die Medien- und Bildungsarbeit, um die kommunikative Kompetenz engagierter Akteure zu unterstützen. Zu den wichtigsten Netzwerkaktivitäten des Vereins gehören die Veranstaltungsreihe „Münchner Forum Nachhaltigkeit“, der Münchner Zukunftssalon als Raum zum Vor- und Nachdenken mit öffentlicher Umweltbibliothek sowie die Konzeption neuartiger Publikationsprojekte.

Neben seiner inhaltlichen Kompetenz und seinem besonderen Netzwerk rund um die Themen nachhaltiger Entwicklung zeichnet sich oekom in seiner

Verantwortung als Unternehmen aus. oekom setzt sich hohe ökologische und soziale Standards für die Produktion seiner Publikationen. Um auch dieses im Laufe der Jahre aufgebaute Wissen über nachhaltiges Publizieren zu teilen, initiierte oekom 2011 das Projekt „Nachhaltig Publizieren: Neue Standards für die Verlagsbranche“ in Kooperation mit dem Institut für Energie- und Umweltforschung (IFEU), dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung und der Frankfurter Buchmesse. Mit dem vom Bundesumweltministerium geförderten Projekt soll die gesamte Wertschöpfungskette von Publikationen unter die (ökologische) Lupe genommen werden. Ziel ist es, konkrete, auf den Bedarf von Verlagen zugeschnittene Handlungsoptionen aufzuzeigen, um das enorme, bisher meist ungenutzte Potenzial zur Umweltentlastung zu heben.

oekom erreicht über seine Zeitschriften regelmäßig etwa 50.000 LeserInnen und über seine Sach- und Fachbücher weitere rund 60.000 LeserInnen pro Jahr. Der monatliche Verlagsnewsletter „Nachhaltigkeitsnews“ hat rund 30.000 AbonnentInnen. Nicht zuletzt besuchen pro Monat durchschnittlich 105.000 an Umwelt und Nachhaltigkeit Interessierte die Verlagswebseite und andere Online-Kommunikationsplattformen des Verlages wie Twitter oder Facebook. Der oekom Verlag unterstützt die Open-Access-Bewegung, die den öffentlichen Zugang zu Forschungsergebnissen erleichtert, zum Beispiel über zwei Open-Access-Modelle der Zeitschriften GAIA und Ökologisches Wirtschaften.

[Kristin Hinz]

▷ www.oekom.de

Himmel gehoben. Eine interessante Möglichkeit der bewussten Nutzung des Internets zur Vernetzung kommt aus Berlin: Die Gründer der Socialbar entwickelten auf der Suche nach zeitgemäßen Formen zivilgesellschaftlichen Engagements ein Konzept

frei nach der Devise „online vernetzen – offline bewegen“, in dem die virtuelle Vernetzung um die Offline-Komponente eines realen Treffens erweitert wird und damit Web-AktivistInnen, NGOs, Unternehmen und Ehrenamtliche zusammenbringt.

Ganz ohne Fördergelder stellten die meist ehrenamtlich arbeitenden Organisatoren, die sich selbst als „Weltverbesserer“ bezeichnen, eine modellhafte Vernetzungsstruktur auf die Beine, die inzwischen in 20 deutschen Städten sowie in Österreich,

der Schweiz und bald auch in Polen Mitstreiter findet.

In den nächsten Jahren wird es auch eine wissenschaftliche Evaluation zu der Frage geben, was Netzwerke im Bereich BNE leisten können. Das vom BMBF mit 320.000 Euro geförderte Forschungsprojekt „Institutionalisierung von BNE durch Netzwerkbildung – eine empirische Untersuchung von Schul-Unternehmens-Lernpartnerschaften“ wird in Kooperation zwischen der Bergischen Universität Wuppertal, Fachbereich School of Education (Projektleitung), und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie durchgeführt und soll in drei Jahren seine Ergebnisse veröffentlichen. **[Lisa Hübner]**

- ▷ www.umweltbildung.de
- ▷ www.bne.lehrer-online.de
- ▷ www.comenius-codes.eu
- ▷ www.socialbar.de
- ▷ www.ifb.uni-wuppertal.de/en/forschung-am-ifb/projekte/institutionalisierung-von-bne-durch-netzwerkbildung.html

SCHWERPUNKT: NETZWERKE

- ▷ Rio+20

Gerechtigkeit in einer endlichen Welt

□ Österreichische Umwelt- und Entwicklungsorganisationen und ihre weltweiten Netzwerke nehmen den Rio+20-Gipfel zum Anlass, konkrete Wege in eine ökologische und sozial gerechte Zukunft aufzuzeigen, um auf die multiplen Krisen in der Welt eine Antwort zu geben. Koordiniert wird die Initiative von Klimabündnis Österreich in Zusammenarbeit mit dem Ökobüro und der AG Globale Verantwortung, gefördert von der Austrian Development Agency (ADA), der Agentur der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Die Initiative bildet Rahmen und Dach für Diskussion und Engagement. Sie steht für andere Initiativen offen, die sich mit ihren Schwerpunkten einbringen und den

gemeinsamen Auftritt stärken wollen. Auf der Homepage finden sich neben einer detaillierten Vorstellung der beteiligten Organisationen eine Veranstaltungsübersicht und eine Sammlung interessanter Links.

- ▷ www.rioplus20.at

Informelles Lernen

Klub N vernetzt Nachhaltigkeitsinitiativen

□ Die Menschen, die sich beim Klub N in Hamburg treffen, kommen aus den Bereichen Politik, Show, Gesellschaft, Mode, Wirtschaft oder Sport und setzen sich für ein nachhaltiges Verhalten in ihrem Bereich ein. Jeder Teilnehmer erhält „100 Sekunden“, um sein spezielles Anliegen vorzutragen und Unterstützer zu finden. Der Klub N soll durch hohe mediale Präsenz das Nachhaltigkeitsbewusstsein schärfen und Wissen vermitteln. Gründer der Veranstaltungsreihe sind Benjamin Adrion von der Trinkwasserinitiative Viva con Agua de St. Pauli, Extra3-Moderator Tobias Schlegl und Greenpeace-Energy-Geschäftsführer Robert Werner. Als Nächstes wollen die Veranstalter den Klub N auch in weiteren Städten neben Hamburg und Hannover etablieren und einen „N Preis N“ ausloben.

- ▷ www.werkstatt-n.de/projekte/n-klub

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU Bayern

Tagung: Welt in Bewegung – Rio+20

□ Vom 27. bis 29. Juni findet die bundesweite Jubiläumstagung der ANU Bayern zu Rio+20 im ZUK in Benediktbeuern statt. Was hat die Umweltbildung seit der Agenda 21 bewegt, was kann sie auch in Zukunft

bewegen und was bewegt uns wirklich? 20 Jahre nach der legendären UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro und eine Woche nach Rio 2012 versprechen renommierte Referenten wie Franz Radermacher, Gerhard de Haan, Fritz Brickwedde und viele andere Akteure aus 20 Jahren Umweltbildung und BNE in Bayern einen anregenden Austausch. Mit spannenden Workshops, inspirierenden Projekten und einem lebendigen Rahmenprogramm schlägt die ANU die Brücke von der Theorie zur Praxis, von Alpengipfeln zum Zuckerhut und von aktuellen Debatten hin zur Zukunft der Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung.

- ▷ www.umweltbildung-bayern.de
- ▷ Kontakt: E-Mail: caroline.fischer@anu.de, marion.loewenfeld@anu.de

ANU Hamburg

Neue Klimaschutzangebote

□ Hamburg hat ehrgeizige Klimaschutzziele: Jedes Jahr soll der CO₂-Ausstoß in der Hansestadt um zwei Millionen Tonnen verringert werden. Damit dies erreicht werden kann, sind nicht nur technische Maßnahmen, sondern auch Bewusstseinsförderung und Bildung nötig. Finanziert durch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, hat die ANU das Projekt „Klimaschutz als Aufgabe der außerschul-

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber



Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Lisa Hübner [lh] (verantwort.), oekopaednews@anu.de;
Jürgen Forkel-Schubert [jfs], jfs@oekopaednews.de

ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,
Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de

lischen Umweltbildung“ auf den Weg gebracht. Ziel ist es, klassische Themen der Umweltbildung wie Wasser oder Ernährung mit Aspekten des Klimaschutzes zu verbinden. Fünf ausgewählte Umweltbildungseinrichtungen sollen für Schulen dazu jeweils ein neues Angebot entwickeln und erproben. Die ANU koordiniert und evaluiert das Projekt.

▷ www.kurzlink.de/anu-hamburg-0412

Neues Bildungszentrum in Hamburg

„Wälderhaus“ mit Bildung, Bar und Bett

□ Das ANU-Mitglied Schutzgemeinschaft Deutscher Wald realisiert in Hamburg-Wilhelmsburg ein völlig neuartiges Multifunktionsgebäude – das „Wälderhaus“, dessen futuristische Konstruktion mit kompletter Holzfassade als „bewohnte Fassade“ zugleich vielen Tieren als Unterschlupf dient. Es liegt direkt am Eingang zur Internationalen Gartenschau 2013 und vereint eine Waldausstellung, ein Restaurant und ein Hotel. Das ökologisch ausgerichtete Drei-Sterne-Hotel und das Restaurant eröffnen eine Vielzahl an Nutzungsmöglichkeiten – für Touristen, als Fachforum oder als Ausflugsziel für die ganze Familie. Die Eröffnung ist für den Sommer geplant.

▷ www.waelderhaus.de

WISSENSWERT

Schule

Regenwald und Klimaschutz

□ Wie schafft man es, Jugendliche nachhaltig für Themen wie Klimaschutz und Umwelt zu begeistern? Das Projekt „Weil wir es wert sind“ setzt mit der Nutzung verschiedener Medien wie Rappen, Tanzen, Graffiti sprays oder der Organisation

eines Promi-Dinners eng bei den Interessen der Jugendlichen an. Entstanden ist ein Materialpaket, das neben einer DVD mit ausführlichen Unterrichtseinheiten zu 14 Themen aus dem Bereich Regenwald und Klimaschutz eine professionelle Filmdokumentation zum Projekt und sieben Projektheftchen enthält, in denen die Methoden und die Herangehensweisen zielgruppengerecht aufbereitet wurden.

▷ www.oroverde.de/projekte-national/weil-wir-es-wert-sind/diematerialien.html

▷ www.oroverde.de/projekte-national/weil-wir-es-wertsind/der-film.html

Tagungsdokumentation

Was leisten kulturelle und politische BNE?

□ Das Ergebnis des Didaktikdialogs „Zukunft ist jetzt! Kulturelle und politische Bildung für nachhaltige Entwicklung“, zu der die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) und die Bundeszentrale für politische Bildung im November letzten Jahres nach Berlin eingeladen hatten, ist als umfassende Tagungsdokumentation im Internet veröffentlicht worden. In der Praxis sollen die pädagogischen Fachkräfte stärker zusammenarbeiten und die Kulturelle Bildung in ihr gesellschaftspolitisches Konzept in Bezug auf BNE konkretisieren und besser sichtbar machen.

▷ www.kurzlink.de/dokuzukunftistjetzt

Buchrezension

Das Kinder-Gartenbuch

□ Zum Beginn der neuen Gartensaison erschien ein mit vielen Fotos ansprechend gestalteter Ratgeber für das Gärtnern mit Kindern. Die Autorin Dorothea Baumjohann hat eine Vielzahl an Pflanztipps, Pflegehinweisen und Möglichkeiten der Ernteverarbeitung in ihrem Buch versammelt.

Zwar finden sich auch in anderen Büchern derartige Hinweise, doch gibt Baumjohann nicht nur an einigen Stellen Hilfestellungen, die selbst für erfahrene Hobbygärtner neu sein könnten, er liefert auch Ideen zum Basteln für den Winter. Besonders ansprechend ist das Herstellen einer stimmungsvollen Eislaterne.

▷ Baumjohann, D.: Das Kinder-Gartenbuch, BLV, München 2012, 120 S., 16,95 €, ISBN 978-3-8354-0917-0

▷ Empfohlen von Johannes Plotzki, Vorstandsbeirat ANU Hamburg

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine: www.umweltbildung.de. Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein!

15.05.–30.10., online und Karnitz/Mecklenburg (D) Nachhaltigkeits- und Klimakommunikation.

Internationale Sommeruniversität Die deutsche Version des Blended Learning, das Kompetenzen zur audiovisuellen und Stakeholderkommunikation entwickelt, beginnt am 15. Mai auf der E-Plattform IVANE und geht am 26. Juli in eine zweiwöchige Präsenzphase über. Namhafte Dozenten aus Deutschland, Chile und Brasilien vermitteln Klima- und Kommunikationswissen und begleiten die verschiedenen Werkstätten.

▷ Bewerbung: E-Mail: amette@kmgne.de

▷ www.uinternacional.org

▷ www.internationalesommeruni.wordpress.com

04.–08.06., Ueckermünde (D)

Alles im Fluss. Mobile Fortbildung auf dem Wasser Zu einer Fortbildung der besonderen Art lädt die Crew vom Expeditionsboot SilaVega des ZERUM Ueckermünde ein. Bei einer fünftägigen Reise über die Mecklenburgische Seenplatte auf den beiden Expeditionsbooten erschließen sich die TeilnehmerInnen das Thema „Wasser und Oberflächengewässer“ umfangreich, gewinnen ungewöhnliche Einblicke und Hintergrundwissen zu heimischen aquatischen Ökosystemen und lernen eine Reihe von Bildungsmodulen vor allem zur Vermittlung des Nachhaltigkeitskonzepts rund um das nasse Element kennen.

▷ www.silavega.de

▷ E-Mail: kontakt@schwimmender-lernort.de